

Bezugpreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“ sowie den Beilagen „Unserhaltung und Wissen“, „Aus der Himmelswelt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärtler“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Kulturarbeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Anzeigenzeile 60 Pfennig, Reklamzeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das festschriebene Wort 25 Pfennig (zwei Zeilen zwei festschriebene Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigenmarkt Preis 60 Pfennig. Familienanzeigen für Annoncen Seite 60 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstraße 3, monatlich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 21. Oktober 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebskonten: Berlin 27 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin, 65; Volksbank-Bereichsamt, Dönhoffstraße 1, Berlin, 2.

Keine Einigung im Braunkohlenstreik!

Die Schlichtungsverhandlungen auf Freitag vertagt.

Die Verhandlungen der Schlichtungskammer zur Beilegung des Braunkohlenstreiks wurden gegen 23 Uhr auf Freitag mittag 13 Uhr verlagert, da noch eine Reihe von Differenzpunkten der Klärung bedürfen.

Wie wir von beteiligter Seite erfahren, sind die Einigungsverhandlungen, die zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues gestern vormittag 11 Uhr im Reichsarbeitsministerium in Berlin begonnen wurden, ergebnislos verlaufen.

Darauf ist durch den Vorsitzenden Prof. Braun eine Schlichterkammer gebildet worden, die um 3 Uhr zusammengetreten ist und über Nebenfragen (Zurücknahme der Kontraktbruchstrafen seitens der Unternehmer und Zurücknahme der Kündigungen seitens der Arbeiter) grundsätzliche Einigung herbeiführte.

Ueber die Frage der Lohnerhöhung dagegen ist es wieder zu keiner Einigung gekommen.

Preußenregierung gegen Scharfmacher.

Amtliche Zurückweisung von Unternehmerfrechheit. Das Streikrecht wird nicht angetastet.

Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Der Arbeitgeberverband des Niederlausitzer Bergbaues Senftenberg vertritt einen offenen Brief an den preussischen Minister des Innern Grafen v. Helldorf, dessen Form und Ton eigentlich ein näheres Eingehen auf den Inhalt verbieten sollte. Der Minister des Innern ist sich bewußt, daß er für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in dem Streikgebiet verantwortlich und gewillt ist, diese Aufgabe mit den zur Verfügung stehenden Mitteln in geeigneter Weise durchzuführen. Dazu bedarf es keiner irgendwie gearteten Aufforderung durch eine der in Frage kommenden Interessentengruppen. Bislang sind alle erforderlichen Maßnahmen von den zunächst zuständigen Organen — Ortspolizeibehörden, Polizeipräsidenten und Regierungspräsidenten — getroffen und haben sich auch als durchaus zweckmäßig bewährt. Eine nennenswerte Störung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung ist nirgends erfolgt. Diese erfreuliche Tatsache ist nicht zuletzt auf die muster-gültige Disziplin der Streikenden zurückzuführen. Es ist zu hoffen und zu erwarten, daß an dieser Haltung der Bergarbeiter, die mit dem Streik nur von ihrem ihnen gewährleisteten Rechte Gebrauch machen, sich nichts ändert. Daß bei einer so großen, sich über ein so weites Gebiet erstreckenden Streikbewegung Zwischenfälle untergeordneter Art sich ereignen, ist eine stets beobachtete Begleiterscheinung, die zu Besorgnissen keinen Anlaß gibt. Wenn das Schreiben des Arbeitgeberverbandes glauben machen will, daß der Umfang der Streikbewegung durch Terrorakte beeinflusst ist, so hat er diese Behauptung durch keinerlei Tatsachen erhärtet. Das offene Schreiben des „Arbeitgeberverbandes des Niederlausitzer Bergbaues e. V.“, das bereits vor Eintreffen im Ministerium der Presse zugänglich gemacht worden ist, ist auch in keiner Weise geeignet, den geordneten Verlauf der Streikbewegung zu fördern. Der preussische Minister lehnt es ab, auf dergleichen Schreiben eine andere als die vorsehende Antwort zu erteilen.

schon geschlossen. Die Reichsregierung weiß über die Kosten ihrer Vorlage bis zur Stunde selbst noch nichts. Am Freitag wird sich der Reichstag mit der ersten Beratung der Besoldungsreform beschäftigen. (Bericht siehe 3. Beilage.)

Westarp und der Polenvertrag.

Ein merkwürdiges Kapitel amtlicher Nachrichtenpolitik.

In dem deutschsprachigen Bromberger Blatt „Deutsche Rundschau“ findet sich an hervorragender Stelle folgende Meldung:

Berlin, 17. Oktober. (P.M.) Im Zusammenhang damit, daß ein Vorkriegsorgan an die Königsberger Rede des Grafen Westarp erinnert, in der dieser erklärte, daß von einem Handelsvertrag nicht die Rede sein könne, solange Polen die deutsche Minderheit verfolge, veröffentlicht das Wolff-Bureau heute eine halbamtliche Notiz, in welcher festgesetzt wird, die deutsche Reichsregierung stehe, wie früher so auch heute, noch auf dem Standpunkt, daß bei dem Abschluß des Handelsvertrages mit Polen nur Wirtschaftsmomente entscheidend kämen. Die Verhandlungen sollen in aller nächster Zeit wieder aufgenommen werden. Es wäre nun außerordentlich vernünftig, wenn die deutsche Regierung in solcher Form den Quertreibern des deutschnationalen Führers entgegengetreten wäre. Das ist jedoch in Deutschland nicht geschehen. Hier beschränkte sich die Regierung auf mündliche Informationen. Wolffs Bureau hat jedenfalls eine solche Meldung nicht verbreitet. Das amtliche Nachrichtenbureau versichert, auch im Ausland die Meldung nicht gegeben zu haben. Trotzdem bezieht sich die polnische Telegrammagentur ausdrücklich auf das Wolff-Bureau. Eine mysteriöse Angelegenheit, die nur dann ihre Erklärung findet, wenn man annimmt, daß die Reichsregierung ihre offizielle Erklärung im Ausland hat als solche verbreiten lassen, im Inland aber aus nachliegenden politischen Gründen nicht öffentlich mit Westarp polemisieren wollen! Das ist ein so merkwürdiges Verfahren, daß die Reichsregierung wohl oder übel dazu Stellung nehmen muß, will sie sich nicht dem Verdacht aussetzen, daß sie eine Nachrichtenpolitik mit doppeltem Boden treibt.

Keine Krise in Lettland.

Meiherheit für den Rußlandvertrag gesichert.

Riga, 20. Oktober. (Eigenbericht.)

Die von der „Telegraphenunion“ verbreitete Nachricht, daß die Linkskoalition in Lettland gesprengt sei, entspricht nicht den Tatsachen. Zwar hat der Justizminister seine Demission eingereicht, ohne daß damit aber der Austritt der Demokraten aus der Regierung vollzogen wäre. Die Frage schwebt noch und dürfte erst in den nächsten Tagen entschieden werden. Die Mehrheit für die Ratifizierung des Rußlandvertrages ist selbst für den Fall gesichert, daß die Demokraten auscheiden.

Keudell wird gestellt.

Öffentliche Beratung des Zwischenfalls Keudell-Badt im Reichsrat vorgesehen. — Verständigungsversuche gescheitert.

Herr Marg, der Reichskanzler, wartet auf einen Spruch zweiter Instanz, ehe er den Drang in sich verspürt, Unrecht offen einzugestehen. Immerhin: es kann vielleicht noch werden.

Herr v. Keudell jedoch hat neben anderen Gaben die, daß er Unrecht vergessen kann. Nicht das Unrecht, das ihm widerfahren ist, sondern das Unrecht, das er selbst anderen zugefügt hat. Er ist von geradezu sublimem Vergeßlichkeit.

Vor einer Woche hat er den Vorfall im Reichsrat geführt. Thema: Schulgesetz. Sein glückliches Gedächtnis hat ihn nicht daran erinnert, daß er vor drei Monaten ebenfalls einer Reichsratsitzung beigewohnt hat. Es gab da einen kleinen Zwischenfall. Herr v. Keudell warf dem preussischen Vertreter Dr. Badt Bruch der Vertraulichkeit und Irreführung der Öffentlichkeit vor. Herr v. Keudell hat das natürlich längst vergessen.

Der preussische Ministerpräsident hat daraufhin Herrn v. Keudell nachgewiesen, daß der Vorwurf des Vertrauensbruchs nicht einmal den Schein der Berechtigung habe, und daß die Darlegungen des preussischen Vertreters objektiv und in allen Punkten zutreffend gewesen seien. Das war nicht angenehm, deshalb hat das glückliche Gedächtnis des Herrn v. Keudell ihn diese Bloßstellung vergessen lassen.

Das Gedächtnis des Herrn v. Keudell ist in der Zwischenzeit aufgefrischt worden. Ein Ausschuß des Reichsrats hat sich mit dem Zwischenfall beschäftigt, Verständigungsversuche zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung haben stattgefunden. Diese Verständigungsversuche sind gescheitert. Herr v. Keudell durfte wieder vergessen.

Er hat so gründlich vergessen, daß er weder in der vorigen Woche, noch in der gestrigen Reichsratsitzung den Mut gefunden hat, sein Unrecht öffentlich einzugestehen. Es ist Vergeßlichkeit; denn hier ist keine zweite Instanz, keine Hoffnung auf einen Richter, der menschliches Erbarmen verspürt mit Herrn v. Keudell. Die Dinge sind, wie sie sind, und sie werden nicht anders. Herr v. Keudell hat in öffentlicher Reichsratsitzung einem Beamten Vertrauensbruch und grobe Irreführung der Öffentlichkeit vorgeworfen. Er ist öffentlich überführt worden, daß seinen Anschuldigungen auch der Schein der Berechtigung fehle. Aus einer falschen Anschuldigung wird keine Ehrenerklärung, auch wenn Herr v. Keudell noch einmal drei Monate wartet. Herr v. Keudell vergißt also.

„Glücklich ist, wer vergißt, was nicht mehr zu ändern ist.“

Herr v. Keudell hat den preussischen Reichsratsvertreter Dr. Badt, den Reichsrat, seine falsche Anschuldigung, hat die Aufforderung des preussischen Ministerpräsidenten, Unrecht offen einzugestehen, glatt verdrängt. Aber weder die Öffentlichkeit, noch der Reichsrat, noch die preussische Regierung ist im Punkte Gedächtnis so glücklich veranlagt wie Herr v. Keudell, der Reichsminister des Innern. Ihre Fähigkeit, vergessen zu können, hat eine Grenze an Dingen des Charakters und der Ehre. So ist Herr v. Keudell noch einmal erinnert worden. Im Reichsrat hat gestern Staatssekretär Weismann die folgende Erklärung abgegeben:

„Meine sehr verehrten Herren! Sie werden sich erinnern, daß in der öffentlichen Sitzung des Reichsrats vom 14. Juli d. J. der Herr Reichsminister des Innern v. Keudell Vorwürfe gegen den preussischen Bevollmächtigten Ministerialdirektor Dr. Badt erhoben hat und auch daran, daß in der darauffolgenden Sitzung der preussische Ministerpräsident diese Vorwürfe zurückgewiesen hat und daß der Reichsrat beschloffen hatte, über diese Angelegenheit in einer Ausschusssitzung zu beraten. Diese Ausschusssitzungen haben stattgefunden. Im Anschluß an diese Ausschusssitzungen haben in Uebereinstimmung und im Einvernehmen mit dem Ausschuß des Reichsrats Verständigungsversuche zwischen der preussischen Regierung und der Reichsregierung stattgefunden. Zu unserem großen Bedauern sind diese Verständigungsversuche gescheitert. Sie haben zu keinem Resultat geführt. Sehr dringend ist es notwendig, daß diese an sich sehr wenig eritreuliche Affäre zu einem Ende gebracht wird. Die preussische Regierung legt Wert darauf, daß der Reichsrat mit ihr übereinstimmt, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Vollsitzung des Reichsrats am Donnerstag nächster Woche gesetzt wird. Selbstverständlich überläßt sie es dem Reichsrat — der Herr Berichterstatter ist nicht anwesend —, ob noch eine Ausschusssitzung in dieser Sache stattfinden soll. Es ist Zeit, daß diese Angelegenheit geklärt wird. Sie werden wissen, daß nach der vorigen Vollsitzung in einer Reihe von Sitzungen gestanden hat, daß man sich darüber wundere, daß die Angelegenheit nicht zur Sprache gebracht sei. Damit diese Angelegenheit endlich aus der Welt geschafft wird, habe ich meinen

Flaggendebatte im Rathaus.

Oberbürgermeister Böh gegen die Schwarzweißproten!

In der Berliner Stadtordnungsversammlung kam gestern der von den Deutschnationalen eingebrachte Mißtrauensantrag gegen Oberbürgermeister Böh wegen seines einschlässigen Verhaltens im Hotel-Flaggenstreik zur Behandlung. Der Oberbürgermeister sprach unter dem Beifall der Sozialdemokraten und der Mitte des Hauses sein Bedauern darüber aus, daß ein deutscher Bürgermeister in einer deutschen Stadt dafür zur Rede gestellt werden kann, daß er für die deutsche Flagge eintritt. Es sei selbstverständlich, daß jeder Beamte und jeder Bürger, der den Eid auf die Verfassung abgelegt habe, auch die Farben der deutschen Republik achten müsse!

Die Abstimmung ist auf nächsten Donnerstag verlagert. Bericht siehe 1. Beilage.

Ende der Schuldebatte.

Das Gesetz geht an den Ausschuß. — Keudell weiß nichts über die Kosten.

Nach nochmaliger fünfständiger Debatte hat der Reichstag am Donnerstag den Reichsschulgesetzentwurf dem Bildungsausschuß überwiesen. Dort wird er nun in allen seinen Paragraphen in langwierigen Beratungen durchleuchtet werden. Der letzte Tag der Reichsschulgesetzdebatte kam noch etwas Bemerkenswertes. Die Stellung der Fraktionen war ja schon in den beiden ersten Tagen klar geworden, soweit sie nicht, wie die Deutsche Volkspartei, faktische Gründe hatten, ihre letzten Absichten zu verschleiern.

Für die Deutschnationalen sprach der Volksschullehrer Schulze aus Frankfurt a. d. O. Der Demokrat Fischer-Köln interpellierte die Reichsregierung über die Kostenfrage. In bemerkenswerten Berechnungen kam er zu dem Schluß, daß die Durchführung der Regierungsvorlage Mehraufwendungen von einer Milliarde im Jahre erfordere. Der nächste Redner war der Zentrumsabgeordnete Dr. Schreiber. Es fiel auf, daß er sich mit seinen volksparteilichen und deutschnationalen Koalitionsgenossen überhaupt nicht beschäftigte, sondern mit großem Eifer und mancherlei geistigem Aufwand um die Sozialdemokratie warb.

Man braucht im übrigen kaum noch zu bemerken, daß der unglückliche deutschnationaler Reichsminister des Innern v. Keudell auf die schwerwiegende finanzielle Anfrage des Demokraten Fischer nichts zu antworten wußte. Während die Abgeordneten aus der Wandelhalle noch in den Saal eilten, hatte der parlamentarische Fünfmündendrenner v. Keudell seine sogenannte Rede

Antrag gestellt. Ich bitte, daß der Reichsrat und auch die Reichsregierung der Ansetzung des Termins für den nächsten Donnerstag keine Schwierigkeiten bereitet."

Der Reichsrat hat sich grundsätzlich mit dem preussischen Antrage einverstanden erklärt. Vor dem Plenum des Reichsrats wird also am nächsten Donnerstag in aller Öffentlichkeit festgestellt werden, daß Herr v. Reudell falsche Anschuldigungen gegenüber einem Beamten in aller Öffentlichkeit vorgebracht hat, daß er der Pflicht der Loyalität nicht nachgekommen ist, diese falsche Anschuldigung öffentlich zurückzunehmen.

Die Parallele zu dem Fall Marg-Treskow ist offenbar. Oder vielmehr zum Falle Reudell-Treskow. Herr v. Reudell hat Herrn v. Treskow des Vertrauensbruchs beschuldigt. Er hat diese Beschuldigung durch den Reichskanzler Marg öffentlich aussprechen lassen. Herr v. Reudell hat Dr. Badt des Vertrauensbruchs beschuldigt — in öffentlicher Reichsratsitzung. Die eine Beschuldigung war so falsch wie die andere. Herr v. Reudell gehört zu einer Klasse, die für sich in Anspruch nimmt, daß ihr Ehrgefühl auf das feinste entwickelt sei. Sein entwickeltes Ehrgefühl könnte das Bewußtsein nicht eine Stunde lang ertragen, einem anderen Unrecht zugefügt zu haben, ohne laut und freimütig das Unrecht einzugehen.

Aber freilich, Herr v. Reudell ist Staatsmann. Es gibt eine Theorie, die dem Staatsmann zugeht, daß er die Erfordernisse privater Moral und privater Ehre hinter größere politische Zwecke zurückstellen dürfe. Eine bequeme Theorie, so recht geeignet für Bürgerblockzeiten. Nur haben die Befürworter und Schöpfer dieser Theorie nicht gerade an Staatsmänner vom Format des Herrn Reudell gedacht und bei der Verletzung der Vorschriften privater Moral nicht gerade an falsche Anschuldigungen von jenem kleinsten Format, das Herr v. Reudell beliebt hat.

Herr v. Reudell wird also gestellt werden. Man wird öffentlich versuchen, eine Erklärung aus ihm herauszupressen, die Charakter offenbart. Eine beneidenswerte Situation für einen Reichsminister des Innern!

Wilhelm, wo warst Du?

Hinter der schwarzrotgoldenen Fahne!

Die kürzlich im Festsaal des Reichsarbeitsministeriums, der früheren königlich preussischen militärärztlichen Akademie, abgehaltene Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsrats hatte den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und seine Mitarbeiter vor ein schwieriges Problem gestellt: Hoch oben hinter dem Podium ist ein Wandgemälde vorhanden, das die Grundsteinlegung der Akademie darstellt. Im Vordergrund ein lebensgroßer Wilhelm II. in schönster Paradeuniform, umgeben von unzähligen ihm huldigenden Generälen und Offizieren.

Die „Achtung vor den Symbolen der Vergangenheit“, dieses zweideutige Schlagwort für die Duldung monarchistischer und schwarzweisser Propaganda, das heute zum Bestandteil der Bürgerblockregierung geworden ist, hat bei der Uebnahme dieses Gebäudes durch das Reichsarbeitsministerium die Entfernung dieses echt wilhelminischen Bildes verhindert. Andererseits hatte Dr. Brauns wohl begriffen, daß er unmöglich den Verwaltungsrat der I. A. A. in einem Saale tagen lassen konnte, in dem die Vertreter aller Nationen dauernd den gesüchteten und abgedankten Ex-Kaiser vor Augen gehabt hätten.

Was tun? Wie immer erfindet man auch hier eine „Patentlösung“. Da der Saal zu Ehren der ausländischen Gäste mit den Fahnen ihrer Länder geschmückt werden sollte, wurden jene Fahnen — etwa 50 an der Zahl — festartig zusammengestellt, womit beide Seiten des Gemäldes fast röhrenverdeckt wurden. Und der lebensgroße Wilhelm in der Mitte verschwand vollständig hinter einer großen schwarzrotgoldenen Fahne der Deutschen Republik.

Man kann dem Herrn Reichsarbeitsminister nur zu dem Einsatz gratulieren, durch den er vermieden hat, sich und die Reichsregierung

vor den Augen des Auslandes lächerlich zu machen. Es fragt sich nur, ob die deutschen Nationalen Minister, wenn sie davon erfahren, mit dieser Art von „Achtung vor den Symbolen der Vergangenheit“ einverstanden sein werden. Er mag sie aber beschwichtigen: Nachdem die Vertreter der Kulturwelt abgereist sind, hat man den Fahnen schmuck wieder entfernt und Wilhelm hat aus seinem Versteck wieder hervortreten dürfen.

Wäre es aber nicht würdiger, wenn man dieses Wahrzeichen des Regiments aus einem Amtsgebäude der Republik überhaupt entfernen würde? Wir hätten nichts dagegen einzuwenden, wenn man es zu der hohenzollernischen Abfindungsmasse freiwillig schlagen würde. Das wäre immer noch eine Wiederholung dieser jüngsten Komödie vorzuziehen, die eigentlich die aufrichtigen Monarchisten noch viel mehr empören müßte als die Republikaner. Denn für uns ist es nur eine Genugtuung, daß man sich schämt, Wilhelm II. der Welt zu präsentieren, und daß die schwarzrotgoldene Fahne dazu benutzt wird, ihn zu verstecken.

Cuno und die Hitler-Bewegung.

Ein belastendes Protokoll. — Untersuchung trotzdem abgelehnt.

München, 20. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtags hielt am Donnerstag nur eine kurze Sitzung ab. Zunächst ging es um die Entscheidung über den Beweisantrag des sozialdemokratischen Mitberichterstatters, der eine Klärung der Beziehungen der Reichsregierung Cuno zu den Kampfbündeln verlangte. Als Zeugen wurden genannt: Reichskanzler a. D. Cuno, der politische Leiter der Kampfbünde Dr. Koff, und der Kampfbündvertreter des Bundes Oberland, Professor Ruzer. Der Antrag zu diesem Beweisthema stützt sich auf die Aufzeichnungen im Protokollbuch der Kampfbünde. In diesem heißt es über eine Sitzung vom 4. Februar 1923:

„Hauptmann Röhm machte zur politischen Lage folgende Ausführungen: Die Reichs- und Landesregierungen stellen sich auf die Seite der Parlamente. Unter den Regierungsmitgliedern sind nur bestimmte Ausnahmen, Cuno, Rosenberg und Brauns. Jeller sagte aus: Cuno muß über die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Kampfbünde unterrichtet werden. Koff und Ruzer müssen zu diesem Zweck zur Audienz nach Berlin und von Cuno Aufklärung über die politische Lage erbitten. Ruzer führte aus: Minister Rosenberg hofft, daß sich die Reichsregierung in ihrem Kampf auf die Selbstschutzbünde stützen werde.“

Der Antrag des Mitberichterstatters wird schließlich nach einer längeren Debatte, in der man sich über die Möglichkeit, Reichsbehörden mit Gerichtshilfe vor den Untersuchungsausschuß zu laden, stritt, mit 5 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Der Ausschuß steht nunmehr vor der Aufgabe, das bisherige Untersuchungsergebnis über den Komplex des 1. Mal und über das Verhalten des Justizministers Gürtner in bestimmten „Feststellungen“ zusammenzufassen. Er beschloß zu diesem Zweck mit Mehrheit, über die Feststellungen in geheimen Sitzungen zu beraten, für die einzelne Mitglieder bereits Vorschläge ausgearbeitet haben.

Provinzialvertreter und Staatsministerium.

Eine Gegenerklärung.

Wolffsbureau teilt mit:

Seitens der preussischen Provinzialvertreter im Reichsrat wird mitgeteilt: Verschiedene Berliner Tageszeitungen haben ein aus Anlaß der Abstimmung im Reichsrat über das Reichsschulgesetz an die Provinzialvertreter gerichtetes Schreiben des preussischen Ministerpräsidenten auszugsweise veröffentlicht und zum Teil mit einem Kommentar versehen, der den Tatbestand unrichtig wiedergibt und das Verhalten der Provinzialvertreter bei dieser Abstimmung in äußerst abfälliger Weise kritisiert.

Sämtliche Provinzialvertreter haben in gemeinschaftlicher Sitzung einstimmig beschlossen, von einer Presseerörterung zunächst abzusehen, aber an den preussischen Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem sie bedauern, daß sich der Inhalt des Schreibens und der Veröffentlichung in der Presse auf materiell unrichtigen Voraussetzungen aufbaut; sie haben zugleich zur Klärung des Sachverhalts und zu einer Aussprache über bestehende Meinungsverschiedenheiten eine gemeinsame Sitzung des gesamten Staatsministeriums und der Provinzialvertreter unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten angeregt.

Wer ist Schuld am Streik?

Salomonische Antwort der Rechtsradikalen.

Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier wird von der radikalen Rechtspresse je nach Geruch, Geschmack und Farbe ausgedeutet. Wir zitieren!

Ad eins: „Deutsche Zeitung“, Oberfinanzrat Dr. Bong, Finanzminister im Kapp-Kabinett:

„Unter diesen Gesichtspunkten erscheint der jetzt von den Gewerkschaften erzwungene Lohnkampf als eine der üblichen Nachproben, als Teilercheinung des marxistischen Ausschüttungs- und Streikrieges gegen unsere Wirtschaft und damit gegen die Volksgemeinschaft und insbesondere die Arbeiterschaft selbst.“

Ad zwei: „Baltischer Beobachter“, Leitartikel, gezeichnet Dr. B.:

„Wenn Herr Reichel, der Kohlenwelt im Streikrevier, Redaktion des „Vorwärts“ seinen Gewinn um wenige Pfennige pro Tonne kürzen würde, müßte die dabei erzielte Summe, wie wir von unserem Berliner Gewährsmann erfahren, ausreichen, um die geforderte 10prozentige Lohnerhöhung flüssig machen zu können. Der Arbeitsminister, der dazu veranlaßt worden sein soll, in dieser Woche an Reichel heranzutreten, habe aber erklärt, er habe dazu keine gesetzliche Handhabe... Das erklärt die Streiklage und ihre Vorgeschichte wohl zur Genüge!“

Jetzt wissen wir also Bescheid: Nach der rechtsradikalen Presse haben am mitteldeutschen Braunkohlenstreik entweder die Unternehmer oder die Arbeiter Schuld!

Was zu beweisen war!

Schwarzweißrote Generalpleite.

Betrübliches aus Pastor Münchmeiers Jagdrevier.

Borkum, 20. Oktober. (WTR)

Das bekannte Borkumer Hotel Insekhalle ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten, nachdem erst vor kurzem die zur Röhlers Strandhotel Akt.-Ges., Borkum, gehörigen Betriebe große Verluste erlitten haben. Für den 7. Dezember ist vor dem Amtsgericht Emden der Zwangsversteigerungstermin der zur Röhler A.-G. gehörigen Grundstücke angesetzt worden. Die WTR. Handelsdienst erfährt, stehen zurzeit nicht weniger als 12 große Hotels und Logierhäuser in Borkum zum Verkauf, was charakteristisch für den wirtschaftlichen Zusammenbruch der bisher angelegtesten Unternehmungen in Borkum anzusprieht.

Diziplinarverfahren gegen einen Hofprediger. Bis aus Dessau gemeldet wird, hat das anhaltische Staatsministerium gegen den Hofprediger Bindemann das Disziplinarverfahren eingeleitet. Bindemann hatte am 4. September anlässlich einer Feier der Vereinerung ehemaliger Ober eine Rede gehalten, in der er den Staat angriff. Die Regierung erklärt, daß Hofprediger Bindemann das Vertrauen eines erheblichen Teiles seiner Gemeinde erschüttert habe.

Wajowitsch ist aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden, nachdem erst vor wenigen Wochen seine Ausschließung aus dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale erfolgt war. Die neue Maßregelung ist die Folge der „widerwärtigen und ungehörigen“ Haltung Wajowitschs, der eine Stellung in der Provinz erhalten sollte, sich aber seiner Verletzung aus Rostau nicht fügen wollte. Die neue Strafmaßnahme wird vielfach zugleich als ein nachmaliges Warnungssignal für Trocki angesehen.

Das Lied von der Erde.

Konjunktionschau von Kurt Singer.

Berlins Ruß ist eine Hölle und ein Paradies zugleich. Was liegt in der Mitte? Ein heißes Bescheiden mit dem Jammer dieser Erde. Kaum ist das aufwühlende Messeniedel des Lebens von Drosseln verklungen, da rauscht hinauf und herab das „Lied von der Erde“ in unser Herz. Das ist das Wunder eines reifen Werks und seiner reifen Interpretation durch Bruno Walter, daß diese sechs Gesänge uns im Innersten paden, mag der Komponist Gustav Mahler uns nun mit den luft- oder unluftbetonten Affekten bezaubert. Dieser Gesang geht uns alle an, die wir lieben, leiden, die wir Sehnsucht haben nach Genuß oder Sterben. Ein sam thronende Melancholie, turbulenter Jugendwirl, trunkenes Wonne, trostlose Verzweiflung, befreiende und selbstquälende Klänge, übermütiges Jubeln, ergreifendes Abschiednehmen: all das erfüllt ihr, erfüllt sich in dieser höchsten, gesungenen, vollendeten Melodie der Mahlerschen Partitur. Es ist der Querschnitt eines großen Lebens, und alle Facetten dieses Lebens liegen bloß, unzerrissen, fest ohne Dual. Ja, gib mir Ruh', ich hab Erquickung not! — so ruft es uns an, so ruft es von uns zurück ins Dasein, bis zu dem hinauf, der etwa die Geschichte der Welt bestimmt. Von drüben kommt die Verbeihung. Die Schleier der Ewigkeit sind im Schlußgesang für einen stillen Augenblick des Leidergessens geöffnet. Die Seele ist entführt, fortgetragen auf unirdischen Schwingen, und auch der Weilschmerz wurde klein. Dieser Abschied ist nicht mehr Ruß, er ist Vertilgung, Mistik, ist Glaube und Gottesdienst. Ein Einsamer, Großer dichtete ihn. Wie Walter dieses jenseitige Gefühl von sich aus nachgestaltete, herüberzittern ließ, das war Erfüllung. Ist auch er in aller Größe ein Einsamer? So erschütternd geht kein Musiker denn Nervo eines Seelenwertes nach, der nicht selber Tragik in sich spürt. Arhus war ihm ein vollendeter Helfer, Frau Dnegin wird langsam eine ganz große, von innen her glühende Vertreterin dieser dem äußeren Stimmungszug so abholden Partie werden. Das Philharmonische Orchester ließ sich — ach wie gern! — meistern. Und meisterte das unsterbliche Lied.

Auch Strauß hat versucht, der Messe des Lebens ein mystisches Symbol zu erkennen. In seinem „Zarathustra“ klangen 1896 die weltlichen wie die irdischen, die irdischen wie die überirdischen Symbole zusammen. Laßt die programmatischen Hinweise beiseite. Der junge Strauß hat hier von der Oberfläche fast nach der Tiefe seelischer Ausdrucksformen das künstlerische Lot gesenkt. Vor den Tany hat er die Weidenschaft, vor den Jubel das Gebet gestellt. Wer in diesem Variationenwerk nur das Klöngliche, das äußerlich Prunkende, das meisterhaft Gewonnene entdeckt, der ist auf falscher Nordbrüt. Aus dem „Klangkunststück“ kristallisiert sich das Kunstwerk, eisernd gläubig, zukunftsweisend (auch rein harmonisch und technisch ein Werk dieses Jahrhunderts). Freuden

und Leidenschaften, Wissenschaft und Hinterwäldertum mögen ihre aparten Weisen haben. Aber das Gesehen am Leben, das Emporfassen zu höheren Regionen, das Credo eines unweilsch Hoffenden werden sich stärker. Und der Durchbruch zum „Lanzelot“, zum Erfüllungsein in der Sehnsucht nach wirklichem Leben ist elementar, groß und logisch verbriet in der Grundstimmung des Wertes. Räßelhaft der Schluß, rätselhaft, geheimnisvoll wie das Schicksal und wie die Welt. Ein Ehrenrag für Heinz Unger, der diese wertvollste aller Tondichtungen von Strauß der unverdienten Vergessenheit entriß. Er wuchs über sich selber hinaus, war herrlich inspiriert und musizierte das Wert aus dem Herzen heraus, ohne Partitur.

Sehr beherzt und mit dem nötigen Schwung dirigerte auch Bohne ein Werk von Strauß, sein wirkungsvollstes, elegantestes Stück, den „Don Juan“. Welch ein stundebäuhendes Gefühl stammt hier auf, und — welch bezeichnender Kontrast! — wieviel zurückgedrängter dann das Gefühl in der E-Roll-Einfonie von Brahms, die den Schluß des Programms bildete!

In Tagen, an denen Becsen geigt und Edwin Fischer mit einem Kammerorchester Klavier spielt, haben es die kleinen Konkurrenten schwer, sich durchzusetzen. Aber selbst im Licht dieser beiden Meister dürfen einige Künstler lobend genannt werden, ohne ein künstiges Schattendasein fürchten zu müssen. Da ist Rudolf Serkin, fest geprägt in seinem Wissen um den Stil eines Werks, sehr geistvoll und männlich dem Es-Dur-Konzert Mozarts sich nahend. Da ist ein neuer Name, ein neuer Stern: Nijcha Leovigiti, der mit ebenso klarer Disposition wie innerer Kraft, der mit gleicher Sehnsucht und Wucht, segnet mit einer stürmischen linken Hand, Beethovens Appassionata meistert. Frans Wiemans, noch nicht so sicher im Griff, sucht mit Erfolg die Tiefe des op. 110 von Beethoven klingend zu machen. Und die Geigerin Sgloia de Gan, der spielerischen Vollendung noch ferner, zeigt in Straußens Sonate op. 18, daß ihr der Weg zur Höhe nicht verrammelt ist.

Die Zunahme der Motorschiffe. Die letzte Statistik von Lloyd Register über den Schiffsbau der Welt läßt vor allem erkennen, daß der Bau von Motorschiffen in dieser Zunahme begriffen ist. In Großbritannien und Irland waren Ende Juni 1896 416 Tonnen im Bau, so daß die Höchstzahl von 1 890 000 kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges fast wieder erreicht ist. Der Gesamtbeitrag von Handelstonnage, der in anderen Ländern zu gleicher Zeit im Bau war, betrug mit 1 537 641 Tonnen nur wenig mehr, als Großbritannien und Irland allein aufwiesen. Unter den anderen Ländern nahm Deutschland den ersten Platz ein mit 516 245 Tonnen, Italien den zweiten mit 208 420, Holland den dritten mit 143 824 und Frankreich den vierten Platz mit 130 914 Tonnen. Der Gesamtbeitrag des Weltschiffsbaues selbst mit 3 074 657 Tonnen um 872 501 Tonnen hinter der Zahl vom 30. Juni 1913 zurück. Gegenwärtig sind 37 Schiffe zwischen 10 000 und 20 000 Tonnen und 15 von 20 000 Tonnen und darüber im Bau. Bemerkenswert

ist nun, daß von diesem Gesamttonnagehalt 1 589 510 Tonnen auf Motorschiffe und nur 1 468 842 Tonnen auf Dampfschiffe entfallen, so daß also die ersteren bereits überwiegen.

Europa als Ursprung der klassischen Kunst? Der Berliner Ethnologe und Direktor am Völkermuseum De Coq hielt dieser Tage in London einen Vortrag, in dem er über die Ergebnisse seiner drei Expeditionen nach Zentralasien berichtete. Er sagte das Resultat seiner Forschungen dahin zusammen, daß er überzeugt sei, die buddhistische Kunst Indiens (sowohl wie Chinas stamme von griechischen Einflüssen. Schon 500 v. Chr. sei China in Verbindung gewesen mit den griechischen Städten am Schwarzen Meer und mit dem alten Persischen Reich. Diese Einflüsse seien dann um 300 v. Chr. durch den Eroberungszug Alexanders des Großen verstärkt worden. Die Mischung zwischen seinen Krieger und den einheimischen Frauen habe in Lighanistan und Turkestan zugleich eine neue Rasse und die Anfänge der buddhistischen Kunst ergeben.

Der Maschinenmensh. Auf einer Ausstellung in New York wird gegenwärtig von einer der größten amerikanischen Firmen der Elektrotechnik ein Mechanismus gezeigt, der, als erster in der Geschichte der Automaten, auf einen gesprochenen Befehl reagiert. Bis jetzt gesteuert der Apparat in drei Ausführungen, die bereits praktisch in Betrieb sind. Sie überwachen den Wasserstand in den Behältern der Wasserwerke von Washington und geben auf telephonischen Anruf einen bestimmten Laut so oft von sich, als die Höhe des Wasserstandes in englischen Fuß ausmacht. Neue Ausführungen des Apparates werden vorbereitet, die inländische sind, auf Anruf eine Tür zu öffnen, eine Signallampe einzuschalten, die Ventilation anzudrehen usw.

Eine Luftlinie durch Afrika. Mitte November wird von London aus ein Versuchsflug unternommen, bei dem die Möglichkeiten eines Luftseeweges rund um Afrika untersucht werden sollen. Sir Alan Cobham, der Leiter der nach ihm genannten Fluggesellschaft, hofft, den Flug über eine Strecke von etwa 20 000 englischen Meilen mit dem größten Ganzmetallflugzeug, das bisher gebaut ist, und das mit der Ladung über 10 Tonnen wiegt, gut durchzuführen zu können. Kenya würde durch diesen Luftweg nur sieben Tage von England entfernt sein, statt bisher einen Monat, Rhodesia neun Tage und Südafrika zehn Tage. Der Weltweg für den Berufsflug ist ganz neu gewährt; er wird den Nil entlang zum Victoria-See, dann längs des Tanganjika- und Njassa-Sees zur Küste von Beira, über Durban und Kapstadt zur Walvischbai, zum Kongo, nach Nigier, Goldküste und Sierra Leone, rings um Französisch-Westafrika, über Marokko zurück nach London führen.

Der neue Direktor der Akademie für Kirchen- und Schulmusik Prof. S. J. Wöber wurde Donnerstag vom Kultusminister in sein neues Amt eingeführt.

Die Wiedereröffnung des Metropol-Theaters findet unter Leitung des konzertierenden Direktors Ludwigo Apel bereits am Freitag statt. Aufgeführt wird die Operette „Die Tugendprinzessin“.

Die Erde schrumpft. In Paris sagte kürzlich die alle haben Jahre zusammenschreiende Meteorologen, bei der 31 Nationen partizipieren waren gegenüber 17 bei der letzten Zusammenkunft im Jahre 1920. Es wurde festgestellt, daß während der Einkrümmung des Erdballes der Meter sich um ein Zehnmillionstel Millimeter vergrößert hat.

Durch U-Boot-Krieg zum Kriegsverlust! Das Zeugnis von Lloyd George.

London, 20. Oktober.

Bei der Enthüllung einer von Lord Rothermere gestifteten, von dem französischen Bildhauer Guillaume geschaffenen Statue „La Délivrance“ („Die Befreiung“) in Finsbury erklärte Lloyd George in einer Rede: Die Statue stellt die Befreiung der Menschheit von der Knechtung und Versklavung Europas durch einen großen militärischen Despotismus dar. Frankreich mit seinen zerstörten Gebieten hat die wahre Bedeutung dieser Befreiung vielleicht besser als England erkannt. Jener militärische Despotismus ist in dem großen Kriege dem Triumph näher gewesen, als einige ahnten. Am Ende des dritten Kriegsjahres lagen vier von sieben kriegsführenden alliierten Ländern am Boden und ihre Armeen waren zerstreut. Wenn die deutsche Staatskunst der militärischen Tüchtigkeit Deutschlands ebenbürtig gewesen wäre, wäre Amerika nicht in den Krieg eingetreten, und England und Frankreich hätten allein der fürchterlichen militärischen Maschinerie gegenüberstanden, die die Geschichte kannte. Lloyd George erklärte, doch habe ihm gesagt, die deutsche Armee in Frankreich sei hinsichtlich ihrer Stärke, ihrer Ausrüstung, Ausbildung, Disziplin und Organisation die größte Armee gewesen, die die Welt je gesehen habe. Sie sei von Männern geführt gewesen, die Gehorsam, Disziplin, Autorität und Unterordnung unter die Kriegsherren über jede andere Bürgerugend stellten und für die die Freiheit lediglich eine die Tüchtigkeit beeinträchtigende Bestrebung gewesen sei. Europa habe nie einer größeren Gefahr ins Angesicht gesehen als im Jahre 1914, und der Menschheit sei es nur mit Mühe erspart geblieben, daß die Staaten Europas Vasallen einer einzelnen unüberwindlichen Militärherrschaft wurden. Die nächste große Aufgabe der Menschheit sei nicht die Befreiung durch das Schwert, sondern von dem Schwert.

Es ist wohl das erstmal, daß ein Staatsmann, der während des Krieges eine führende Rolle unter den alliierten Mächten spielte, ausspricht, daß Deutschland den Krieg wahrscheinlich gewonnen hätte, wenn nicht die Leistung des Kaiserreiches durch den U-Boot-Krieg Amerika in den Krieg gezogen und damit die deutsche Niederlage herbeigeführt hätte. Für uns ist nicht die Tatsache, die wir seit acht Jahren stets behauptet und mit Beweisen belegt haben, neu, sondern das Zeugnis eines Gegners, der selber anerkennt, daß Deutschland seine Niederlage nicht der Ueberlegenheit der Alliierten, sondern der Unfähigkeit seiner Führer verdankt.

Wer waren nun jene Führer, die den Ausschlag in der U-Boot-Frage gaben? Es war in erster Linie die oberste Heeresleitung, Hindenburg und Ludendorff, die dem Gutachten der Marineleitung (v. Capelle und v. Höpner) folgten und an die zivile Reichsleitung mit der Drohung herantraten, sie müßten zurücktreten, wenn der rücksichtslose U-Boot-Krieg nicht unverzüglich proklamiert wurde.

Vor dieser Drohung fielen leider Bethmann-Hollweg und Helfferich, die ursprünglich auf Grund der eindringlichen Warnungen des deutschen Botschafters in Washington, des Grafen Bernstorff, sowie des Geheimrats (späteren Reichsministers) Dr. Albert, Wegner des U-Boot-Krieges waren, um. Hindenburg und Ludendorff setzten ihren Willen durch, der U-Boot-Krieg wurde proklamiert. Amerika erklärte nun den Krieg, die U-Boot-Waffe erwies sich als völlig unwirksam. Trotz Herzs Prophezeiung kamen nahezu 2.000.000 amerikanische Soldaten nach Europa herüber — und der Krieg ging verloren.

Ludendorff gegen Hindenburg.

Der Tannenbergbund, jenes Grüppchen von Unentwegten, das Erich Ludendorff noch Gefolgschaft leistet, beschäftigt sich in einer Erklärung noch einmal mit den Vorwürfen bei der Einweihung des Tannenbergbenkmal. Der Zweck der Uebung ist, den Kriegsgott Hindenburg zu stürzen. Die Mißachtung Ludendorffs bei der Feier habe der Geschichtsklitterung Vorschub geleistet, denn:

„Die Wahrheit ist, daß Seine Majestät der Kaiser, als er Hindenburg und Ludendorff zur Rettung Ostpreußens und des Reiches vor der drückenden russischen Uebermacht mit der Führung der 8. Armee betraute, den Generalmajor Ludendorff an erster Stelle aussuchte, noch bevor die Uebernahme des Kommandos durch General v. Hindenburg überhaupt stattfand. Das war eine wohl überlegte Tat. Ludendorff war der einzige Mann, der die ungeheure Gefahr absehen konnte, weil er als Generalmajor „zu jung“ war, wurde ihm die Autorität des Generals der Infanterie v. Hindenburg zur Seite gestellt.“

Die Erklärung wiederholt Dinge, die im Rahmen geschichtlicher Abhandlungen auch schon von anderer Seite behauptet worden sind. Die Form, die der Tannenbergbund — sicherlich im Einvernehmen mit seinem Schirmherrn Ludendorff — wählt, indem er dem Generalfeldmarschall vor aller Öffentlichkeit attestiert, daß er im Kriege nur die Rolle einer *Mitrasse* gespielt habe, ist eine außergewöhnlich bössartige Beleidigung für den ehemaligen Vorgesetzten Ludendorffs.

Deutschlands Führer im Weltkrieg.

An den Kirchenaustritt Ludendorffs knüpft das „Bremer Kirchenblatt“ die Vermutung, daß Ludendorff an fränkischen Störungen des Geistes leide. Auch Wilhelm wird bekanntlich von vielen ernsthaften Zeitgenossen als ein fränkischer Größenwahnwahn betrachten. — Das deutsche Volk hätte somit zu verzeichnen, daß ihm das alte System in seinen schwersten Schicksalsjahren zweigeteiltig normaler Menschen, den einen als Monarchen, den anderen als militärischen Faschidiktator, zu Ventrern des Geschickes gab. Nimmt man zu den beiden geistig labilen Wilhelm und Ludendorff noch die politische Impotenz eines Reichskanzlers Michaelis, so ergibt sich, in wieweit phantastischem Ausmaß die deutsche Führung während des Krieges geistig unzureichend war. Wen kann es eigentlich wundern, daß ein von solchen Gehirnen geführtes Volk in den Abgrund stürzen mußte?!

Sozialpolitik im Reich.

Arbeitsplan des Sozialpolitischen Ausschusses.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages trat am Donnerstag zusammen, um den Arbeitsplan für die nächsten Wochen anzustellen. Vom Reichsarbeitsministerium lag ein Schreiben vor, wonach dem Reichstag bereits Vorlagen zur beschleunigten Beratung zugegangen sind über das Gesetz Uebereinkommen zur Unfallversicherung, eines zweiten Verordnung über die Abfindung für Unfallrenten und zur Durchführung der Unfallversicherung (Krankenbehandlung). Bis zu der nächsten Reichstagssitzung Ende November will das Reichsarbeitsministerium vorlegen: einen Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Seeleute, Richtlinien über

Salvemini gegen Bernard Shaw.

Eine überlegene Antwort des Flüchtlings.

Der bekannte Literaturhistoriker der Universität Florenz, Professor Gaetano Salvemini, der als Sozialist aus Italien flüchten mußte und in den angelsächsischen Ländern dank einer meisterhaften Beherrschung der englischen Sprache eine überaus wertvolle Aufklärungsarbeit über das Wesen und die Methoden des Faschismus leistet, hat in einem Brief an den „Manchester Guardian“ gegen den hier bereits mehrfach behandelten sonderbaren Standpunkt Bernard Shaws Stellung genommen. Er geht in seiner Antwort von dem leitenden Gedanken Shaws aus, daß es zwecklos sei, gegen die Methoden des Faschismus zu polemisieren und daß es vor allem auf die Erfolge des Faschismus ankomme. Salvemini erinnert an das bekannte Stück von Bernard Shaw „Frau Warrens Gewerbe“, in dem bekanntlich ein junges Mädchen zu seinem Entsetzen erfährt, daß der Wohlstand seiner Familie daher rührt, daß die Mutter seit Jahrzehnten die Kupferei gemerksmäßig betrieb. Salvemini wendet nun die Theorie Shaws über Mussolini auf die Helven des Shawschen Stückes an:

„Die Tochter von Frau Warren war also eine Kärin, daß sie sich sozial Gedanken über die Quelle jenes Geldes machte, durch das sie mit allen Bequemlichkeiten des Lebens versehen war. Leute, die den Beruf von Frau Warren ausübten, hat es eben immer gegeben und wird es in dieser Welt immer geben. Was hatte Biotie (die Tochter) es nötig, ihre Mutter zu fragen, was sie eigentlich war, da sie „ihre Arbeit gut machte“?“

Anknüpfend an die Bemerkung von Shaw, daß die faschistische Lira 30 Pf., der demokratische Franken nur 20 Pf. wert sei, sagt Salvemini:

„Wenn eine englische Regierung fähig wäre, den Wert des Pfundes um 50 Proz. zu erhöhen, wie es Mussolini angeht mit der Lira getan hat, dann würde wohl Mister Shaw dieser Regierung die Redefreiheit, die Pressefreiheit, die Vereinsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Glaubensfreiheit, das Recht zu arbeiten, das Recht zu streiken, das Recht zu reisen, das Recht zu leben usw. preisgeben?“

Ebenso wie der Verfasser jener Antwort, die in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 18. Oktober unter der Ueberschrift „Wer nicht weiß, der schweige“ erschienen ist, wirft Salvemini die Frage auf, was Shaw denn überhaupt über Mussolini wisse. Wenn die Behauptung, daß Mussolini Gegner ebenso gute Siegeschancen gehabt hätten wie er, zeige, daß ihm die Geschichte des Faschismus völlig fremd sei. Was den Wert der Lira betrifft, so stellt Salvemini fest, daß die Lira in der Tat 30 Pf. wert war, als der liberale Staat durch den Faschismus gestürzt wurde, daß der Faschismus sie innerhalb von dreieinhalb Jahren auf 15 Pf. heruntersetzte und erst durch eine Anleihe in Höhe von 1200 Millionen Markt, die ihm von amerikanischen Bankiers gewährt wurde, sie auf den früheren Stand von 1922 zurückführen konnte.

Salvemini erinnert an das Wort von Mussolini in seiner Rede vom 26. Mai 1927, wonach es in Italien eine ganze Generation gebe, die der Faschismus nicht würde gewinnen können. Die Ausnahmeergiebigkeit des Faschismus hätten zwischen dem Frühjahr und dem Herbst d. J. dieser Generation bereits 753 Jahre Ge-

fängnis erteilt und seien gerade dabei, weitere Jahrhunderte von Kerkerstrafen zu erteilen. Ueber 1000 politische Verdächtige seien auf verlorene Inseln und in entlegene Gebirgsdörfer deportiert, täglich würden Hunderte von Menschen verhaftet und nach Belieben der Polizei in Haft behalten — und doch lasse sich diese Generation nicht „erobert“. Allerdings werde Shaw keine Exemplare dieser unbehaglichen Generation im Regina-Palace-Hotel von Strafa angehtroffen haben, wo er seine Ferien verbrachte.

Schließlich weist Salvemini darauf hin, daß der Text des Briefes von Shaw an Adler in der italienischen Presse an bezeichnenden Stellen in gefälschter Form erschienen ist. So z. B. wurde ein halber Satz unterschlagen, wonach ein einziges diszipliniertes Regiment unter dem Befehl einer tüchtigen Regierung genügt hätte, um die Schwarzhänder bei ihrem Marsch auf Rom auseinanderzulassen. Diese Feststellung wurde unterdrückt, weil sie der faschistischen Legende einer unüberwindlichen Volkswegung, die den Faschismus ans Ruder gebracht hätte, entgegensteht.

Ebenso hat die italienische Presse in den nachstehenden Sätzen Shaws die Worte unterdrückt, die wir hier gesperrt wiedergeben:

„Es ist kindisch, uns zu erzählen, daß Mussolinis ungeheurer Erfolg bestiegelt wurde durch die Ermordung eines gegnerischen Abgeordneten und durch Eintrichern von Rijnusdi... Wollen wir darin fortfahren, darüber zu lamentieren, daß der Körper der Freiheit und Matteottis auf Italien herumtrampelte?“

Salvemini bemerkt dazu: „Matteotti ist aus der italienischen Ueberlieferung des Briefes von Bernard Shaw ebenso verschwunden, wie er selbst am 10. Juni 1924 aus Rom verschwunden ist.“

Noch toller ist folgende Fälschung. In Shaws Antwortbrief hieß es:

„So, wie die Dinge liegen, kann die Ermordung Matteottis nicht länger ein Argument gegen den Faschismus sein als die Ermordung von Thomas a Becket ein Argument gegen den Feudalismus ist.“

Daraus machte die offizielle italienische Uebersetzung folgendes:

„So, wie die Dinge liegen, kann niemand das Argument der Ermordung Matteottis als eine angeblich an höherer Stelle gewünschte Tat in einem Augenblick, in dem der Faschismus auf der ganzen Linie gesiegt hatte, ausbeuten. Dieses Argument ist gegen jede Logik. Und, selbst wenn es ausgebeutet werden könnte, so ist es nicht länger ein Argument gegen den Faschismus, als usw.“

In diesem Fall sind die im Sperdruck gesehenen Worte die einzigen, die aus dem ursprünglichen Text in die italienische Uebersetzung übernommen wurden — alles andere ist hinzugefügt worden!

Salvemini schließt mit den Worten: „Natürlich wird mein Brief in der italienischen Presse nicht veröffentlicht werden wie der Brief von Mr. Shaw. Ich beneide ihn nicht um diese Gunst.“

die allgemeine Heilfürsorge in der Sozialversicherung, Abänderungen zur Tarifverordnung vom 23. Dezember 1918 und den Entwurf eines internationalen Abkommens betreffend die Beschäftigung von Kindern in der Seefischerei usw.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Hoch verlangte namens der Sozialdemokratie die vordringliche Behandlung nachstehender Fragen: Sicherung der Wahlen im Betriebsrätegesetz, Ergänzung des Gesetzes über den Schutz der Wählerinnen durch Einschaltung der Gewerkschaften, Erweiterung der Versicherungspflicht in der Unfallversicherung, Erteilung eines Hausgeheimnisses, Gesetz über die Konturenzkauf der technischen Angehörigen. Er schlägt vor, für den Fall einer Vertagung des Plenums des Reichstages den Ausschuss in der bevorstehenden Pause des Plenums einzuberufen.

Der Vorsitzende Abg. Eller forderte die Fraktionen auf, bis zum Sonnabend festzustellen, welche Gesetze sie als vordringlich ansehen; die endgültige Feststellung des Arbeitsplanes wurde damit auf Sonnabend vertagt.

Krise bei den französischen Linksparteien. Austrittserklärungen aus der Republikanisch-Sozialistischen und der Radikalen Partei.

Paris, 20. Oktober. (Eigendericht.)

Die kommenden Wahlen haben in den bürgerlichen Parteien bereits starke Erschütterungen ausgelöst. So hat der Kongress der Republikanisch-Sozialistischen Kammergruppe, die 38 Mitglieder umfaßt, der aber auch zahlreiche Abgeordnete angehören, die nicht offiziell der Partei angehören, wie z. B. Briand und Painlevé, jüngst beschlossen, daß alle, die als republikanische Sozialisten gelten wollen, sich offiziell der Partei anzuschließen haben. Gegen diesen Beschluß hat sich eine starke Minderheit erhoben, die in einem Schreiben den Austritt aus der Partei erklärt. 17 Mitglieder der Republikanisch-Sozialistischen Kammergruppe werden deshalb eine eigene Gruppe bilden. Unter ihnen befindet sich Kriegsminister Painlevé und der bekannte Pariser Rechtsanwalt Moro-Giafferi.

In der Radikalen Partei wird der Fall Franklin-Bouillon viel Staub auf. Der Vorstand der Partei hatte beschlossen, schon vor dem Parteitag eine Entscheidung herbeizuführen, wieweit Franklin-Bouillon die offizielle Parteipolitik scharf bekämpft und in Wort und Schrift den Standpunkt vertritt, daß die Radikale Partei mit den Rechtsparteien in die Wahlen gehen müsse. Dieser Beschluß ist aber jetzt umgestoßen worden. Auf dem Parteitag selbst soll Franklin-Bouillon Gelegenheit gegeben werden, seinen Standpunkt zu vertreten. Mehr als die Hälfte der Mitglieder des Exekutivkomitees der Partei hat daraufhin ihre Demission eingereicht.

Der Linksruck in Norwegen.

Linksrückung notwendig. — Mitregieren der Sozialdemokratie fraglich.

Oslo, 20. Oktober. (Eigendericht.)

Das amtliche Ergebnis der Stortingneuwahl zeigt, daß nunmehr in allen vier nordischen Staaten — Dänemark, Finnland, Schweden und Norwegen — die Sozialdemokratie die stärkste Parlamentsfraktion bildet.

Die Zunahme der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei geht über ihre eigenen Erwartungen und die Befürchtungen der bürgerlichen Parteien noch hinaus. Von 32 Mandaten ist sie auf 56, also um 24, gestiegen. Dieser Erfolg ist zunächst dem vor wenigen Monaten erfolgten Zusammenschluß der ursprünglich kommunistischen „Arbeiterpartei“ und der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ zu verdanken. Nach dem Kriege hatte sich die norwegische Sozialdemokratie in ihrer Hauptmasse zu einem kommunistischen Programm

bekannt und erst die diktatorisch kurzfristigen Einwirkungsversuche Moskaus auf die inneren norwegischen Parteiverhältnisse brachten infolgedessen einen Rückschlag, als sich die „Arbeiterpartei“ von Rosla und Mandt. Im Storting von 1924 waren diese nationalsozialistischen Kommunisten mit 24 Abgeordneten vertreten, die als sozialistische „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ hatte 8 und die Moskauer Kommunisten 6 Vertreter. Die kürzlich erfolgte Wiedervereinigung der „Arbeiterpartei“ und der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ unter dem gemeinsamen Namen der letzteren hat nun zu dem gemeinsamen großen Erfolg geführt, während die Moskauer Richtung von ihren 6 nur noch 3 Sitze behält.

Den größten Verlust trägt die gemeinsame Liste des bisherigen Regierungsbündes, der „Rechten“ und der „Freisinnigen Linken“ (einer freikonservativen Gruppe), die mit Unterstützung der Bauernpartei über 76 Mandate von den 150 verfügte. Die bisherige Rechtsregierung ist unmöglich geworden. Damit ist es aber noch nicht sicher, daß die Sozialdemokratie als nunmehr stärkste Fraktion die Regierungsbildung übernimmt oder auch nur an ihr beteiligt wird. Die radikale Vergangenheit der Mehrheit ihrer Vertreter scheidet naturgemäß die bürgerlichen Parteien, ganz abgesehen davon, daß sich die früheren Mitglieder der damals kommunistischen Gruppe kaum von dem bisherigen Dogma befreien werden, nur für den Fall des Geminns der absoluten Mehrheit eine Regierung bilden zu wollen. Wahrscheinlicher ist, daß die „Linken“, die 1924 dem nunmehr gestürzten konservativen Kabinett Postle weichen mußte, jetzt unter ihrem Führer Moinikel eine Minderheitsregierung bildet und sich dabei die Unterstützung der Sozialdemokratie sichern muß. Ein entschiedener Linksruck wäre dann auf alle Fälle gesichert und damit auch verbesserte politische und wirtschaftliche Beziehungen zum Ausland.

In erster Linie wird die neue Regierung aber den reaktionären innerpolitischen Kurs des Kabinetts Postle wieder in Bahnen des sozialen Fortschritts lenken und die allgemeine wirtschaftliche Lage nach Möglichkeit unter gerechter Verteilung der Lasten mildern müssen.

Hakenkreuz-Universität Wien.

Was unterm Seipel-Kurs möglich ist.

Wien, 19. Oktober.

Die Kulturwissenschaftliche Gesellschaft hatte für heute Abend in einem Hörsaal der Universität einen Vortrag des bekannten volkswirtschaftlichen Schriftstellers und Herausgebers des „Deutschen Volkswirts“ Dr. Stolper (Berlin) über „Probleme der deutschen Volkswirtschaft“ angelehrt. Heute vormittag wurden an der Universität Flugblätter verteilt, in denen die Hakenkreuzler aufforderten, den Vortrag des Juden Dr. Stolper nötigenfalls mit Gewalt zu verhindern. Die Kulturwissenschaftliche Gesellschaft hat zur Vermeidung peinlicher Zwischenfälle den Vortrag abgelehnt.

Der Erpreßer Weiß muß nun doch sitzen

Der damals inkonsequente Reichsminister Alexander (Sandor) Weiß, der wegen gemalteter Erpreßungen zu 7 Monaten Kerker verurteilt worden ist, hatte dreimal Strafausschub erhalten — und jeder Strafausschub fiel beziehungsweise mit der Herausgabe eines neuen antisozialistischen Verleumdungsbüchleins zusammen. Jetzt ist ein neues Strafausschubgesetz rechtskräftig abgelehnt worden und der eifrige Helfer der Seipel wird nun keine Strafe antreten müssen. Ob er sie auch verbüßen muß, wird sich ja dann noch zeigen. Die Ablehnung des neuen Strafausschubgesetzes fällt wieder mit der Beurteilung eines kleinen Journalisten wegen eines entsprechend schäblichen Erpreßung zusammen. Da müßte man schließlich doch einmal den Verfassungsgrundlagen von der Gleichheit aller vor dem Gesetz gelten lassen!

Streiklichter im dunklen Revier.

Das bisherige Ergebnis des Braunkohlenarbeiterstreiks.

Der Braunkohlenarbeiterstreik in Mitteldeutschland hat eine außergewöhnliche Bedeutung nicht nur wegen der Zahl der Beteiligten, der etwa 65 000 bis 70 000 Arbeiter, ohne ihre Familienangehörigen, sondern mehr noch bezüglich der Lohnpolitik des Unternehmertums und dessen Kampfmittel.

Schon wochenlang vorher haben wir im „Vorwärts“ die elenden Bühne genannt, mit denen das Braunkohlenkapital in Mitteldeutschland seine Arbeiter für ihre lange, schwere und schmutzige Arbeit abspießte. Die Unternehmer wagten nicht einmal den Versuch, die Lohnangaben zu bestreiten oder zu behaupten, daß diese Löhne zum Lebensunterhalt ausreichten. Im Gegenteil, sie suchten aus der Minderwertigkeit der unangehörigen, in die sie die Arbeiter mit ihren Familien gebracht haben, noch einen besonderen Profit herauszuschlagen durch eine Erhöhung der Kohlenpreise.

Kein Mensch mochte sich Gedanken darüber, am allerwenigsten die Unternehmer selber, wie die Arbeiterfamilien in Mitteldeutschland mit Löhnen von vier Mark bis fünf Mark im Tag, bei 11stündiger Bindung an Werk, mit ihren Familien leben, mit 24 bis 30 M. in der Woche, ohne die verschiedenen Abzüge. Um sich reinzumachen und ihrem Haß gegen die Sozialpolitik die Fägel schießen zu lassen, bedauerten die Herren die Abzüge für soziale Lasten, die den Arbeitern noch einen Teil ihres fargen Lohnes kosten.

Jetzt, wo dieser Streik das sogenannte öffentliche Gewissen ein wenig aufgerüttelt hat, wird von allen Beobachtern übereinstimmend festgestellt, daß nicht nur der ganze Nachwuchs der mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter unterernährt ist, sondern die Arbeiter selber mit. Diese Feststellungen mögen den Herren peinlich sein, ihr Profit interessiert sie mehr. Sie werden sich diesem schmerzlichen Vorhalt gegenüber darauf berufen, daß ihre Arbeiter das Hungergebell ja gewöhnt seien.

Daß man es hier mit einer besonders rücksichtslosen Unternehmerruppe zu tun hat, war längst vorher bekannt aus ihrem eifrigen Bemühen, durch Anpflanzung einer „werstreu“ Selbstenbewegung die Arbeiterschaft zu zersplittern, um sie besser zu beherrschen und keine geschlossene Gewerkschaftsorganisation bei ihnen aufkommen zu lassen. Sonst hätten die unerhörten Mißstände nicht solange fortwähren können, wie es geschehen ist. Die Braunkohlenbergleute sollten offenbar im Hungern „erüchtigt“ werden von ihren deutschnationalen Arbeitgebern.

Seit Jahren sind sie mit der Streikentscheidungsgeellschaft auf einen Streik eingerichtet. Doch er einen solchen Umfang annehmen würde, damit haben sie wohl nicht gerechnet.

Wenn aber noch irgend etwas an der Charakteristik dieses Unternehmertums gefehlt hätte, dann hat die Lohnbewegung der Braunkohlenarbeiter und der Streik das Bild vervollständigt. Nichts blieb unerwähnt, kein Mittel schien den Herren verwerflich genug, um die Front der Arbeiter zu durchbrechen, um die Streikenden zu verleumden und ihnen die Polizeigewalt auf den Hals zu heben.

Der bürgerlichen Presse gaben sie kostspielige Inserate, um sie für sich günstig zu stimmen. Das ist ihnen nicht gelungen. Ihre Streik- und Terrorismustagen waren so frech und großschädlich, daß kein Mensch sie ihnen mehr abnahm, außer der von ihnen ausgehaltenen Presse.

Sie haben sich in ihren Spekulationen schwer verrechnet, die Herren. Keine „Teno“, kein Militär im Streikgebiet, und noch nicht einmal die Streikbrecher, auf die sie gerechnet hatten. Selbst die Gelehen sahen, daß der Streik einen Anfang bedeutet, ihr Elend zu mildern. Und der Kern der Arbeiterschaft, auf deren Auslösung und Uneinigkeit die Herren gerechnet hatten, machte ihnen erst recht einen Strich durch ihre pfiffige Rechnung.

Wer jedoch etwa glaubt, daß die moralisch vernichtende Niederlage auf dieses Unternehmertum irgendwie Eindruck gemacht habe, in dem Sinne, das jahrelange, himmelschreiende Unrecht, das sie an ihren Arbeitern und deren Frauen und Kindern begangen haben, in etwas wieder gut zu machen, durch Bewilligung der geforderten Schlichtzulage von achtzig Pfennigen, der kennt die Herren schlecht.

Auch jetzt noch legen sie aus freien Stücken keinen roten Pfennig Lohn zu, bevor sie nicht eine Kohlenpreiserhöhung von der Allgemeinheit erpreßt haben. Leben wir in einer wirklich demokratischen Republik, läßen nicht die Parteigänger dieses Unternehmertums mit in der Regierung, dann müßte durch Enteignung der Braunkohlenfelder zum Zwecke der staatlichen Bewirtschaftung dem Raubbau, der inmitten Deutschlands an einer fleißigen und — wie der Streik zeigt — besonnenen und gestillten Bevölkerung bisher getrieben wurde, ein Ende gemacht werden.

Die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter haben sich durch ihren Streik freigemacht, durch ihre bewundernswürdige Disziplin trotz aller Provokationen ihrer Sache gut gedient und sich die Sympathien und den Dank der gesamten organisierten Arbeiterschaft Deutschlands verdient. Jetzt gilt es für sie: an der Organisation festzuhalten und sie auszubauen.

Halle, 20. Oktober. (Eigenbericht.)

Was gestern mit Bestimmtheit angenommen werden konnte, ist eingetreten. Die Streikwelle ist nicht im Abflauen, sondern im Steigen begriffen. Das Geiseltal, über dessen schwache Streikbeteiligung der Deutsche Braunkohlen-Industrieverein Halle bisher irrtümlicherweise meinte, steht seit heute früh mit 65 Proz. sämtlicher Arbeiter im Streik. Die Zentralstreikleitung hat die wohl begründete Hoffnung, daß morgen der letzte Mann aus der Grube sein wird. Die glänzenden Fortschritte der Ausstadbewegung in diesem Revier sind deswegen von so eminenter Bedeutung, weil hier Leuna, das größte deutsche Stickstoffwerk liegt, das

22 000 Chemie- und 9000 Bauarbeiter

zurzeit beschäftigt und außerdem im Besitz von eigenen Braunkohlengruben ist, die bis gestern gearbeitet haben, weil die Leuna-Direktion ihnen die geforderten Zulagen bewilligt hat. Diese Leuna-Kohlenarbeiter sind aus Empörung über die unqualifizierten Übergriffe einzelner Polizeiorgane gegen Streikende in den Ausstadb getreten, so daß die Leuna-Gruben lediglich von Ruftandsarbeitern bedient werden. Damit ist die Gefahr, daß das Kiesenwerk, das mehr Stickstoff als sämtliche übrigen deutschen Werke erzeugt, und das gegenwärtig mit Hochdruck die Produktion flüssiger Kohle fördert, zum Erliegen kommt, eingetreten. Allein dieser Fall zeigt, welche unverantwortliche Haltung die Unternehmer, die in den letzten Jahren von einer Konjunktur zur anderen geschritten sind, einnahmen, als sie die Lohnforderungen der Bergarbeiter ablehnten. Von größtem Interesse ist, daß

die öffentliche Meinung Mitteldeutschlands

immer mehr dem gerechten Kampfe der Bergarbeiter ihre Sympathie zuwendet. Selbst die völksparteilich-deutschnationalen Leipziger „Neuesten Nachrichten“ lassen in ihrer heutigen Ausgabe keinen Zweifel darüber, daß sie den Schrei des Deutschen Braunkohlen-Industrievereins nach der polizeilichen Rettung für Dummheit hält. Sie schreiben unter anderem:

„Gerade um jede politische Förderung der ganzen Lohnbewegung zu vereiteln, hat die Streikleitung der beteiligten Organisationen ausdrücklich angeordnet, daß während des Streiks der Versuch öffentlicher politischer Veranstaltungen zu vermeiden ist. Auch die Fürsorge der Streikleitung für die reibungslose Durchführung der erforderlichen Notstandsarbeiten spricht dafür, daß Besonnenheit und

Verantwortungsgefühl nach sein wird. Um so mehr hat die übrige Bevölkerung Anlaß, Ursache, Verlauf und erwünschten Ausgleich der Gegensätze reibungslos zu erörtern und

nicht durch törichtes Zutappen die Spannung zu verschärfen.“

So klingt es also selbst aus dem publizistischen Lager der großindustriellen Interessengruppe. Man kann sich nach allem vorstellen, mit welchem Gefühl der Erleichterung die ehemals Bergbaugewaltigen, heute Bergbaukleinleute, also am Donnerstag nach Berlin gehen, um der Einladung des Reichsarbeitsministers zu neuen Schlichtungsverhandlungen Folge zu leisten.

Jetzt kommt die Nachricht, daß die Tscheljabowka bereits Eisenbahnmateriale zum

Abtransport tschechischer Kohle

zur Verfügung stellt, daß also die deutsche Braunkohlenindustrie Gefahr läuft, die von ihr seit dem englischen Bergarbeiterstreik eroberten Exportgebiete zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft los zu werden. Auch diese Tatsache, die das hellste Licht auf die unverantwortliche Handlungsweise der Unternehmer und ihre Regierungsprotektoren wirft, wird am Donnerstag bei den Verhandlungen nicht gerade unberücksichtigt bleiben können.

„Terror“ mit Musik!

Nach einer III.-Keldung wurden in einzelnen Gruben des Zeitz-Musfeldter Reviers die Arbeitswilligen von den Streikenden mit Musik nach der Grube begleitet und bei Schichtwechsel auf dieselbe Weise wieder abgeholt. Diese Taktik hatte den Erfolg, daß die Arbeitswilligen heute nicht wieder einführen.

Wo Terror geübt wird.

Müdenberg, 20. Oktober. (Ill.)

Die Streiklage ist heute entsprechend dem allgemeinen Bild in Mitteldeutschland weiter verschärft. Die Zahl der Arbeitswilligen läßt nach, sie ist aber schwer festzustellen, da in den Betrieben Unterkünfte eingerichtet sind und manche Arbeiter schon seit drei Tagen nicht mehr zu ihren Familien zurückgekehrt sind. Die Streikleitung in Bodmich erklärt, daß die Frauen von Arbeitern sich über dieses Vorgehen der Streikleitung der Subjag beschweren, da die Männer gegen ihren Willen bei der Arbeit gehalten würden. Die Tätigkeit der verstärkten Streikposten hat ein weiteres Aufbrücken der Arbeitswilligenzahl bewirkt. Lastautos, die heute Arbeitswillige aus ihren Wohnorten abholen sollten, kamen leer zurück.

Fort mit „Teno“ und Polizei!

Dresden, 20. Oktober. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat am Donnerstag schriftlich und mündlich von der tschechischen Staatsregierung die Zurückziehung der Polizei und der Technischen Rothhilfe aus dem Streikgebiet verlangt. Der Wirtschaftsminister erteilte keine entsprechende Zulage, sondern begnügte sich, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der Streik sobald als möglich im Interesse der Wirtschaft beigelegt werden möge. Alle Sympathien seien auf Seiten der Streikenden, und die Forderungen der Bergarbeiter seien vollkommen berechtigt. Der Innenminister sagte hinsichtlich der geforderten Zurückziehung der Polizei gewisse Anderrungen zu.

Der spanische Bergarbeiterstreik im asturischen Kohlenbergbau ist durch Annahme eines Vorschlags der Bergarbeiter beendet worden. Die Arbeiten werden demnächst wieder aufgenommen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klinghoff; Gewerkschaftsbewegung: St. Käfers; Revision: Dr. John Schilms; Sozial- und Politische: Rich. Karst; Anzeigen: Ed. Glaser; Familie in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt „Deut. Einz.“, Berlin; 93 98, Hindenburgstr. 2; Bezug: 3 Belfagen, „Stadtblatt“ und „Unterhaltung und Wissen“.

Musikanträge

Übergibt man nur dem Redakteur des Deutschen Musikantenbundes, Berlin, Rammelsburgerstr. 64/64, Dönhofsplatz 77-78, Schrifttagel 9-5, Sonntags 10-3 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch.

WERTHEIM

Preise soweit Vorrat; Fleisch, Fische, Obst u. Gemüse werden nicht zugesandt.

Teewurst (echte Rügenwalder) . . . Pfund 2 M	Leberwurst feine, Pfund 1.70
Landiebwurst Pfund 1.20	Pökelfleisch (gekocht) . . 1.70
Dampfwurst . . . Pfund 1.20	Schinkenspeck Pfund 1.75
Mortadella . . . Pfund 1.30	Zerelat u. Salami Pfund 1.75
Große Mettwurst Pfund 1.30	Nußschinken ca. 2 Pfund 1.90
Speck fett, Pfund 1.28	Wurstwaren, Spezialer Straß, Verleiher:
Jagdwurst . . . Pfund 1.45	Zwiebelleb.- u. Rotw. 68 Pf.
Schinkenpolnische Pfund 1.45	Speckwurst . . . Pfund 95 Pf.
Filetwurst . . . Pfund 1.55	Bier- u. Teewurst Pfund 1.65
Mettwurst (Braumuschelg. Art) . . . Pfund 1.55	

Limburger Käse . . . Pfund 55 Pf.	Gouda dänischer, Pfund 80 Pf.
Spitzkäse Kart. ca. 1 Pfund 60 Pf.	Steinbuscher 92 voll. Pfund 1.10
Allgäuer Slangen I, Pfund 72 Pf.	Tilsiter voll., Pfund 98 Pf. 1.15
Edamer Pfund 80 Pf.	Schweizer Käse Pfund 1.15
Holländer Pfund 80 Pf.	

Schweineschmalz . . . Pfund 79 Pf.	Tafelbutter . . . Pfund 2.06
Kokosfett 1-Pfund-Tafel 55 Pf.	Dänische Butter Pfund 2.18
Margarine Pfund 52, 58 Pf.	

Weißer Bohnen Pfund 17 Pf.	Burma-Reis . . . Pfund 22 Pf.
Linsen gut kochend, Pfund 20 Pf.	Bassin-Reis . . . Pfund 24 Pf.
Neue Linsen Pfund 28 Pf.	Italienischer Reis Pfund 26 Pf.
Viktoria-Erbse Pfund 30 Pf.	Patna-Reis . . . Pfund 28 Pf.
Viktoria-Erbse neue Pfund 38 Pf.	Amerik. Reis . . . Pfund 34 Pf.
Gelbe Erbsen pel., Pfund 34 Pf.	

Fettbücklinge Pfund 38 u. 45 Pf.	Sprottbücklinge Kieler 55 Pf.
Scheffische ger., Pfund 45 Pf.	Rotbars geruchert, Pfund 58 Pf.
Dorsch geruch., Pfund 45 Pf.	Spickaale Pfund von 2.65 an
Makrelen geruch., Pfund 48 Pf.	

Loo-Lin

Zitronen-Gärungsgeiränk

Verkauft: Drogerie-Abteilung, Augustenb., in den Erdgeschossräumen

Spanische Weintrauben Pfund 48 Pf.	Weißkohl . . . Pfund 4 Pf.
Pastorenbirnen Pfund 15 Pf.	Rotkohl u. Möhren Pfund 5 Pf.
Butterbirnen . . . Pfund 20 Pf.	Wirsingkohl . . . Pfund 9 Pf.
Goldparmanen Pfund 20 Pf.	Sellerie Pfund 15 Pf.
Musäpfel große 2 Pfund 25 Pf.	Märk. Rübchen Pfund 15 Pf.
Jägeräpfel . . . Pfund 25 Pf.	Schwarzwurzeln starke 35 Pf.
Kranzfeigen neue, Pfund 30 Pf.	

Wein

Preise für 1/2 Flasche ohne Glas.

1925 Grünstädter Berg sehr guter Tischwein . . .	1.25
1922 Ingelheimer Behälter rheinischer Rotwein . .	
Erdbeerwein köstliches Fruchtroma	
1924 Langenlonsheim, Sonnenborn gehaltv. Nahwein	1.50
1924 Enkircher Hinterberg sehr blumig, voll	
1922 Chät. La Grollet sehr guter Bordeauxflachwein	
1920 Forster Schnepfenflug Wachst. Winzerweine sehr reine Blüme	2 M
1922 Urziger Würzgarten erickelnd, wirzig	
1921 Château Gallais gepflegter, fein entwickelter Bordeaux	
Goldmalaga feinste Qualität	1.35
Rotwein feurig, süß, vorzögl. Kranken- und Frühalkoholwein	1.65
Halb & Halb Berliner Spezialbier	1.95
Deutscher Qualitäts-Weinbrand ***	3.50
Wein u. Spirituosen vom Faß zu Extrakt	

Konserven

Br.-u. Schnittbohnen 56 Pf.	Pflaumen mit Stein 66 ohne Stein 80 Pf.
Prinzebohnen mittel- 82 Pf.	Mirabellen 1.20
Junger Spinat . . . 44 Pf.	Ananas Hawaii, 5 Scheiben 1.30
Karotten geschnitten 35 Pf.	Prelsalbeeren 10 Pf.
Gemüseerbsen . . . 64 Pf.	5 Pfund Ein 2.50 4.80
Junge Erbse 1.25	Rindergulasch 1/2 Dose 1.60
Gemisch. Gemüse mittel- 1.12	Evaporierte Vollmilch ca. 7 1/2 % Fett, 1-Pf.-Dose 48 Pf.
Tomatenmark 3/4 Dose 50 Pf.	Crab Meat Hummer, 1/2 D. 2.10
Apfelmus 68 Pf.	

Frisches Fleisch	
Kalbskamm Brust und Nierenbraten Pfund 84 Pf.	
Kalbskeule Pfund 104	
Schweinebauch und Blatt, mit Belage Pfund 90 Pf.	
Schweinekamm und Rücken, mit Belage . . . Pfund 92 Pf.	
Schweineschinken Pfund 94 Pf.	
Querrippe Pfund 80 Pf.	
Rinderkamm u. Brust Pfund 85 Pf.	
Schmorfleisch Koalbeef mit Knochen Pfund 1 M	
Hammelvorderfleisch u. Rücken Pfund 94 Pf.	
Gehacktes Pfund 76 Pf. Liesen Pfund 90 Pf.	
Kaßler, Speer u. Kamm Pfund 106	
Prima Gefrierfleisch	
Ochsen-Suppenfleisch Pfund 56 Pf.	
Hammel-Vorderfleisch Pfund 82 Pf.	
Geflügel u. Wild	
Suppenhühner Pfund 88 Pf.	
Poulets u. Nähnne . . . Pfund 105 an	
Bratgänse Pfund 98 Pf. 110	
Stopfgänse Pfund 120 an	
Fasanenhennen Stück 2.65 an	
Hasen getreid. und ausgeworfen . . . Stück 4.75 an	
Fische	
Merlan Pfund 9 Pf.	
Dorsche Pfund 16 Pf.	
Scheffische Pfund 16 u. 30 Pf.	
Grüne Meringe tschech. 12 ca. tschech. Pfund 22 Pf.	
Fischilet Pfund 25 Pf.	
Rotbars ohne Kopf Pfund 27 Pf.	
Seelachs ohne Kopf, ganze Fische Pfund 34 Pf.	
Kabeijau ohne Kopf, ganze Fische Pfund 32 u. 42 Pf.	
Leb. Karpfen u. Hecht Pfund 115 an	

Scharfe Debatten im Rathaus.

Gegen Keudells Schulgesetzentwurf. — Für die Flagge Schwarzrotgold.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung nahm gestern die Erörterung politischer Fragen die ganze Sitzung in Anspruch. Mehrfach kam es zu Zusammenstößen mit den Deutschnationalen, die dabei nicht gut abzuweichen. Die vor acht Tagen abgebrochene Beratung der Anträge gegen Keudells Reichsschulgesetzentwurf wurde fortgesetzt. Dem Kommunisten Wenz, der zu glauben schien, daß man mit Beschimpf über die Sozialdemokratie den Kampf gegen ein reaktionäres Schulgesetz am wirksamsten führt, antwortete unser Genosse Kreuziger. Die Keudellsche Gesetzesarbeit sei, sagte er, für das deutsche Volk ein Unglück, das verhütet werden müsse. Die Abstimmung ergab Annahme des sozialdemokratischen Antrages. — Gegen Oberbürgermeister Böß, der durch einschüßliches Auftreten die Achtung vor der Flagge der Republik zu erzwingen sich bemüht hat, stürmten Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Partei heftig an, jene mit einer Anfrage wegen des angeblichen Hotelboykotts, diese mit einem Antrag, der auf eine Mißtrauensklärung hinauslief. Sie kamen diesmal an den Unrechten; denn der Oberbürgermeister befragte ihnen eine so kräftige Abfuhr, wie sie ihnen vom Magistratsstisch aus lange nicht gekommen ist. Unser Genosse Wähmann erklärte, daß in dieser Frage die sozialdemokratische Fraktion sich auf die Seite des Oberbürgermeisters stellt, so sehr sie sonst in mancher anderen Frage im Gegensatz zu Böß steht. Den Deutschnationalen sagte unser Redner einige unangenehme Wahrheiten, gegen die sie mit Lärm sich zu wehren versuchten. Beachtung verdient, daß diesmal die Kommunisten den Deutschnationalen die Gefolgschaft verweigerten; wenigstens mußte man die Ausführungen der kommunistischen Frau Rosenthal so auffassen. Zur Abstimmung über die deutschnationale Mißtrauensklärung kam man noch nicht. In vorgerückter Stunde wurde die Sache vertagt.

Beweis ist längst erbracht, daß man auch ohne Religionsunterricht sittlich hochstehende und tatvolle Menschen erziehen kann. Wir Sozialdemokraten stehen durchaus nicht bedingungslos zu dem von der preussischen Regierung ausgearbeiteten Verbesserungsentwurf; wir sehen ihn aber als eine geeignetere Grundlage für weitere Verbesserungsarbeit an, als den Keudellschen, weil er den Bestimmungen der Verfassung mehr entspricht. Genosse Kreuziger trat schließlich für die Annahme unseres Antrages ein. Die weitergeführte Debatte schließt mit einer persönlichen Bemerkung des Stadtverordneten Genossen Adolf Hoffmann. Gegenüber der Behauptung des Kommunisten Wenz, er, Hoffmann, habe in bezug auf die Propagierung des Kirchenaustrittes nicht genug getan, bemerkt Genosse Hoffmann, daß er wohl mehr getan habe, als die Kommunisten, die heute noch Dreifaltigkeit- und Heiligenbilder über dem Bett hängen haben. Dem deutschnationalen Kreisrichter Tross, der die von Genossen Adolf Hoffmann seinerzeit in seiner Eigenschaft als Minister herausgegebenen Schulerlasse kritisierte, sagte Hoffmann, daß alle Erlasse gerade mit rechtsstehenden Schulmännern durchberaten wurden und damals ihre Zustimmung fanden! (Beifall und hört, hört! links.) In der Abstimmung wurde dann mit den Stimmen der Kommunisten unser Antrag, der sich gegen den Keudellschen Reichsschulgesetzentwurf richtet, angenommen.

Die Verammlung wandte sich dann der Beratung der Anfragen der Volkspartei und der Deutschnationalen wegen der

Flaggenfrage.

Zur Begründung der deutschnationalen Anfrage erhielt Stadtverordneter Pfundner, Geheimer Regierungsrat, Ministerialrat a. D., Rechtsanwalt beim Kammergericht und Notar, aus Schlichtens das Wort. Er redete inhaltlich die Leitartikel des „Total-Anzeigers“ in der Angelegenheit und machte der Stadtverwaltung die beständigen Vorwürfe wegen der Beflaggung der städtischen Gebäude und Verkehrseinrichtungen am Verfassungstage und auch wegen der Verfassungsfeste in der Funkhalle. Der Redner ist während seiner Ausführungen die Zielscheibe vieler humorvoller Zurufe, die oft größte Helleberten auslösten.

Oberbürgermeister Böß

antwortet sofort. Zu der Anfrage der Dnail. Volksp. wegen der Benachteiligung wirtschaftlicher Unternehmungen (gemeint ist der Hotelboykott durch die Stadtverwaltung) berief sich der Oberbürgermeister auf den Beschluß des Magistrats, der es seinen Mitgliedern und den anderen städtischen Beamten unterlag, sich an Feiertagen in Hotels zu beteiligen, die sich weigern, die Reichsflagge zu zeigen. Der Oberbürgermeister bestritt, daß das ein wirtschaftlicher Boykott sei. Mit erhobener Stimme sagte dann Böß den Deutschnationalen:

„Ich halte es für außerordentlich bedauerlich, daß ein deutscher Bürgermeister in einem deutschen Stadtparlament deswegen zur Rede gestellt wird, weil er für die gesetzlich festgelegten Reichsfarben eintritt!“

(Beifalliges Bravo bei den Sozialdemokraten und in der Mitte des Hauses.) Zu der von den Deutschnationalen bemängelten Verfassungsfeste erklärte der Oberbürgermeister, daß sich die Stadtverwaltung mit der Staatsregierung wegen der Abhaltung einer würdigen Verfassungsfeste in Verbindung gesetzt habe, daß diese Verfassungsfeste im vollsten Einverständnis mit der Reichsregierung stattgefunden habe, und daß sogar die Kosten zwischen der Stadt, der Staats- und der Reichsregierung geteilt worden seien.

Im übrigen habe jeder städtische Beamte und jeder Bürger, der den Eid auf die Verfassung geleistet hat, die Verpflichtung, die Reichsfarben zu achten! Der Magistrat der Stadt Berlin wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, daß der schwarzrotgoldene Flagge die gebührende Hochachtung erwiesen wird, weil sie die verfassungsmäßig festgelegte Flagge des Deutschen Reiches, unseres Vaterlandes ist.

Oberbürgermeister Böß teilte dann noch mit, daß das Hotel, in dem seinerzeit der Oberbürgermeister von New York wohnte, es sogar auf ausdrückliches Verlangen des amerikanischen Klubs absehat, neben der amerikanischen auch die deutsche Reichsflagge zu sehen. Bei der nächsten Verfassungsfeste, so betonte der Redner, werden, wie in vielen anderen deutschen Städten, auch die Berliner Kirchen gehalten werden, am Verfassungstage die Glocken zu läuten. (Zuruf des Stadtverordneten Pfarrer Koch (Dnail): „Das wollen wir mal sehen!“ — Beifalliges hört, hört! links und in der Mitte.) Gegenüber den Beschwerden der Deutschnationalen, daß der Oberbürgermeister seinerzeit bei einer deutschnationalen Kriegervereinsfeierlichkeit auf einem Friedenauser Schulhof persönlich forderte, den schwarzweißroten Flaggenstempel zu entfernen, bemerkte der Oberbürgermeister, daß der veranstaltende Verein die Verpflichtung übernommen habe, nur im Einverständnis mit den städtischen Behörden eine Beflaggung und Ausdämmung vorzunehmen. Diese Vereinbarung ist aber von dem Verein nicht innegehalten worden. Der Oberbürgermeister trat am Schluß seiner Ausführungen dafür ein, daß sich die Parteien bestreihen mögen, sich selbst und ihren Emblemen gegenüber die nötige Achtung zu erweisen.

Die Kommunistin Rosenthal hielt den Stadtverordneten der Rechten vor, daß diese jetzt wieder so sehr für Schwarzweißrot einträte, obwohl sie beim Zusammenbruch 1918 diese Farben verleugnet hätten. Die Rednerin erklärte weiter, daß die Kommunisten damit, daß sie gegen den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen den Oberbürgermeister stimmten, dem Magistrat kein ausdrückliches Vertrauensvotum ausstellen wollten.

Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion vertrat Genosse Wähmann. Die Sozialdemokraten müssen erklären, daß sie in der Flaggenfrage hinter dem Oberbürgermeister stehen. Zu bedauern ist nur, daß das Stadtoberhaupt nicht schon früher so energisch gegen rechts vorgegangen ist, weil sich dann die heutige Debatte vielleicht erübrigt hätte. Die Deutschnationalen fragte Genosse Wähmann, warum sie heute so energisch für Schwarzweißrot einträten, nachdem sie noch 1918 alles Schwarzweißrote verleugneten. (Zuruf von rechts: Na, na!) „Wollen Sie vielleicht bestreiten, daß ein prominenter Hohenzoller, nämlich Prinz Leopold, am Tage der Revolution eine rote Flagge auf seinem Schloß hochzog?“ fragte Genosse Wähmann nach rechts hinüber. Die Farben Schwarzweißrot kamen erst wieder durch Ludendorff und Ehrhardt beim Kapp-Putsch hervor. Über selbst da war es keine reine schwarzweißrote Flagge; sie wurde vielmehr mit allerhand Emblemen, wie Hakenkreuzen und wilden Tieren verbrämt, weil man sich offenbar der Wirkung der bloßen Farben nicht mehr sicher war.

In dem Augenblick erst, als Schwarzweißrot die Fahne der Rathenau-Mörder und des Femegeändels wurde, war der Flaggenkampf akut.

Daß die Sozialdemokraten dabei ihren Mann stehen würden, konnten sich die Deutschnationalen eigentlich schon vorher sagen. Wir überließen es Ihnen (zu den Deutschnationalen gewandt), Ihre schwarzweißrote Vereinsfahne jedem Kriegervereinsauszug voranzutragen, wir verblüht es uns aber, daß Leute, die zu dieser schwarzweißroten Fahne stehen, gegen Hüter der Reichsverfassung und der in ihr festgelegten Reichsfarben einen Mißtrauensantrag stellen. Wir sagen nicht zum Oberbürgermeister: „Landgraf, werde hart“, wir rufen ihm vielmehr zu: „Landgraf, bleibe hart.“

Mit Zustimmung der Versammlung vertagte Stadtverordnetenvorsteher Genosse Hafz wegen der vorgeschrittenen Zeit die Weiterberatung und die Abstimmung auf kommenden Donnerstag.

Ruppolds Vorgefetzte suspendiert!

Die Folgen der Nachschuntereschlagungen.

Die Untersuchung gegen den Nachschpflieger Ruppolt hat dazu geführt, daß die Disziplinarbehörden drei Beamte, die in die Angelegenheit verwickelt sind, bis zur Durchführung der über sie verhängten Disziplinarverfahren vom Dienst suspendiert hat. Es handelt sich in erster Linie um den zuständigen Dezernenten beim Amtsgericht Schöneberg, Amtsgerichtsrat Stabrandt, der Ruppolt zu beaufsichtigen hatte und der trotz vielfacher Beschwerden nicht gegen den betrügerischen Nachschpflieger eingeschritten ist. Amtsgerichtsrat Stabrandt wird fahrlässigkeit und Vernachlässigung seiner Dienst-

Schidtlj blähte seine Nasenflügel auf, in den Falten seiner Wangen zuckte ein Lächeln, und er ballte seine Faust, um auf den Tisch zu schlagen.

„Ich habe dir nicht das Wort erteilt, Luchawa. Sitz ruhig. Wollen wir weiter über die Frage des Heizmaterials beraten.“

Und unter Luchawas Worten, die ebenso herausfordernd waren wie sein Lächeln, und der unklaren Anspielung seiner zusammengekniffenen Augen fuhr Gheb zusammen, und sein Herz erstarrte in einer Blutwelle.

„Genosse Tschumalow, wir haben nicht ein einziges Holzstück. Wir krepieren vor Hunger. Die Kinder in den Heimen sterben hin. Die Arbeiter sind desorganisiert. Wie kann man, in drei Teufels Namen, jetzt über das Werk sprechen. Was fäselst du für einen Unsinn? Nicht das ist jetzt die Frage. Was kannst du über die Zustellung des Holzes sagen? Wie könnte man zu diesem Zwecke das Werk ausnutzen? Sag etwas zu Luchawas Vorschlag.“

„Brennholz? Gut, fürs erste Brennholz. In einem Monat wird das Holz an Ort und Stelle sein. Ich wette: der Einsatz — Erschießung.“

„Also jetzt zur praktischen Durchführung.“

„Sag, wie man die Sache praktisch machen kann, ohne große Phrasen.“

Gheb rief den Helm von seinem Kopf und warf ihn auf den Tisch.

„Schreib: den Bremsberg bis zum Gipfel. Die Laufstöße bis zum Kai. Die Verladung auf die Waggons bis zur Stadt und zum Bahnhof. Die Organisierung der Sonntagstarbeiter in allen Gewerkschaften. Mehr habe ich nicht zu sagen.“

Er nahm seinen Helm und setzte ihn sorgfältig auf seinen Kopf.

Schul leuchte, kochte, war von Schweiß übergossen, klammerte sich an Gheb und grinst über das ganze Gesicht vor Freude.

„Ihr sitzt hier, ihr Diebäuche... schwätzt da herum... Und er, schaut ihn nur an... ein ganzer Kerl... er wird alles umdrehen, alles in Gang bringen... Zeig's ihnen nur, Genosse...“

Man hörte ihm nicht zu, und er, an den man gewöhnt war, der täglich kam, verschwand im Alltag, wie ein Nichts. Er war immer vor aller Augen, aber man sah ihn nicht, und sein Geschrei, das vom Herzen kam, wurde nicht gehört.

(Fortsetzung folgt.)

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

„Serjoscha hat einen konkreten Vorschlag, Genossen. Nun formuliere...“

„Ich wollte im Zusammenhang mit Luchawas Antrag auf den Genossen Tschumalow aufmerksam machen. Die Beratung dieser Frage könnte Zeit gewinnen, wenn Genosse Tschumalow diesbezüglich seine Meinung auslagern würde... als Arbeiter dieses Werkes... und ich muß gleich...“

Schidtlj fiel ihm mit einer Handbewegung ins Wort. „Stopp, stopp!... Serjoscha deklamiert wie immer voller Gefühl, und seine Blase rötet sich...“

„Ich muß sofort zu einer Beratung der Agitprop und dann zu einem Vortrag zur Sektion für Volksbildung und dann...“

Tschibis lächelte und sagte, Sergeij aufmerksam anschauend: „Intellektueller... dieses „dann“ klingt in seinem Munde wie ein Gebet. Und nachts schläft er nicht wegen verschiedener verfluchter Probleme... Intellektuelle sind die Esel in der Partei, die immer die Antwort schuldig bleiben; sie fühlen sich immer gedrückt und schuldig. Es ist gut, daß man sie an der Kandare hält, immer im Auge hat...“

Sergeij wurde blutrot, verwirrt, und seine feuchten, braunen Augen erglänzten in Tränen.

„Aber Sie sind doch auch ein Intellektueller, Genosse Tschibis...“

„Ja, ich bin auch ein Intellektueller.“

Schidtlj lächelte, ein spöttisches, freundschaftliches Lächeln. „Nun, Genosse Tschumalow... komm näher. Du mußt stehen, wir haben keine Stühle...“

Gheb trat an den Tisch und stand nach Soldatenart stramm.

„Demobilisiert als qualifizierter Arbeiter und stehe dem Parteikomitee zur Verfügung.“

Ohne seine Augen von Gheb zu wenden, gab Schidtlj ihm seine Hand, und als er Ghebs Hand drückte, schüttelte er sie freundschaftlich und lachte mit den Nasenflügeln.

„Genosse Tschumalow, du bist zum Sekretär der Betriebszelle eures Werkes ernannt. Sie ist desorganisiert. Hamsterer und Spekulanten. Sie sind alle an ihren Ziegen und Feuerzeugen verrückt geworden. Das Werk wird öffentlich ausgeplündert. Du bist wahrscheinlich über die Sache unter-

richtet. Schau, daß du sie stark und arbeitsfähig machst — nach militärischer Art.“

Gheb legte wieder seine Hand an den Helm. „Zu Befehl, Genosse Schidtlj!“

Luchawa bohrte wieder sein Kinn in die Knie, taute mit dem Rundwinkel an der Zigarette, schaute Gheb mit zusammengekniffenen Augen an, und in seinen Augen brannte ein Fieber und eine herausfordernde scharfe Frage. Und dieser Blick trug an Ghebs Seele. Und nur als Antwort auf Ghebs Worte rief er Schidtlj kalt und nachlässig zu: „Führt den Genossen in die organisatorische Abteilung... Wir können die Sitzung nicht durch alle möglichen Richtigkeiten unterbrechen...“

Und schaute Gheb ununterbrochen, seine Augen zusammenkniffend, durch den Zigarettenrauch an. Gheb warf den Kopf zurück, seine Augen trafen Luchawas, er sagte aber gar nichts. Fühlte einen dumpfen Stoß in der Brust: Luchawas Augen regten ihn mit ihrer trüben, herausfordernden Anspielung, die in ihnen glühte, bis ins Innerste auf.

Tschibis sah ihn mit rotem Blick durch das dicke Netz der Wimpern an.

„Sie sind qualifizierter Arbeiter... Regimentskommissar... Wozu haben Sie die Arme verlassen, wo doch das Werk für Jahre hinaus stillstehen wird.“

Gheb wandte sich an Tschibis, antwortete allen gleichzeitig.

„Das Werk... ja... gewiß... Wollen wir offen reden, Genossen. Das Werk ist ein Riese, ist wunderbar... ein weltberühmtes Werk... Wie wollt ihr aber die Arbeiter an der Keule packen und die Ziegen auseinanderjagen, wenn keine Produktion ist?... Man sollte vor Anstrengung in allen seinen Nähten plagen, aber die Produktion muß wieder aufleben... Sonst werden die Arbeiter Schweinehirten, aber nicht Arbeiter sein.“

Und wieder begegneten seine Augen Luchawas Augen, und wieder sah er in seinem Blinzeln dieselbe herausfordernde Anspielung und bemerkte noch einen versengenden Spott und eine Feindschaft in ihnen. Gheb sah in scharf an und empfand wieder Luchawas Blick wie einen dumpfen Schlag in der Brust.

„Die Helden der roten Fahne müssen außer der Tapferkeit auch das reale Begreifen der Sachen erlernen.“

Tschibis sah, sich an den Stuhl anlehnd, kalt und verschlossen da, und man konnte durch den staubigen Anflug auf seinem Gesicht nicht erkennen, ob er das Gespräch verfolgte oder sich langweilte.

pfllichten zum Vorwurf gemacht. Weiterhin richtet sich die Disziplinaruntersuchung gegen einen Kanzleisekretär und einen Sekretär, die ebenfalls mindestens fahrlässig gehandelt haben. Ein weiterer in die Angelegenheit verwickelter Beamter, der Inspektor Schneider, hat sich bekanntlich vor einigen Tagen das Leben genommen.

Der Geldbrief aus Argentinien.

Die falsche Senorita Meyer.

Mit einem Liebesroman aus der Jugendzeit, den sie mit der eingehendsten stillen Menge argentinischer Poesien besetzt glaubte, suchte die Reimachefrau, geschiedene Johanna Meyer, vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte ihr Verhalten zu rechtfertigen. Sie konnte aber die Anklage wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung, unter der sie stand, durch ihn nicht erschüttern.

Eines Morgens fand Frau Meyer, die in der Bandelstraße wohnte, in ihrem Briefkasten einen Brief, der an „Senorita Johanna Meyer, Bergstraße“ ursprünglich adressiert, ihr aber zugestellt worden war, nachdem vermutlich irgendjemand auf der Post die Wohnungsangabe mit Bleistift in Bandelstraße umgeändert hatte. Als sie bedenkenlos den Brief, der aus Buenos Aires kam, öffnete, fand sie darin eine Mitteilung der dortigen Filiale der Deutsch-Argentinischen Bank, daß 105 Peseten für sie eingezahlt worden seien. Die Reimachefrau, die keine überflüssigen Geschäftsverbindungen hatte, wurde zunächst daraus nicht klug und ließ den Brief einige Wochen liegen. Dann aber ging sie auf Anraten zu der hiesigen Deutsch-Argentinischen Bank, wo ihr der Kassierer die Aufklärung gab, daß „drüben“, wie die Angeklagte sagte, Geld für sie eingezahlt worden wäre. Gleichzeitig stellte er auf ihre Bitte den für die Auszahlung nötigen schriftlichen Antrag, den dann die Reimachefrau Senorita Johanna Meyer unterschrieb, nachdem sie noch ausdrücklich gebeten hatte, wegen Wohnungswechsels das Geld nach der Bandelstraße zu schicken. Die Auszahlung klappte auch vorzüglich und ebenso ging es mit den weiterenlaufenden Ueberweisungen, die einmal sogar über 5000 Peseten lauteten. Auf diese Weise hatte die Angeklagte bereits 5000 Mark erhalten, als es endlich herauskam, daß die Reimachefrau Johanna Meyer Bandelstraße die falsche Senorita Meyer war und die richtige Senorita Johanna Meyer noch wie vor in der Bergstraße wohnte. Irgendwie war diese bei der Briefbestellung mit der Angeklagten verwechselt worden, die dann die Peseten wie ein Geschenk des Himmels annahm. Die Angeklagte versuchte sich mit einem höchst ungeschickt erdichteten Liebesroman herauszureden. Sie wollte früher in der Bergstraße gewohnt und eine Bekanntschaft mit einem Ausländer gehabt haben. Das Gericht verurteilte sie jedoch zu vier Monaten Gefängnis. — Wenn man bedenkt, daß die Frau offenbar durch ein Versehen der Post den Brief bekommen hatte, den sie dann, da er doch ihren richtigen Namen trug, auch öffnen konnte, daß sie dann wochenlang wartete, was werden würde und endlich, angerufen durch den Rat Fremder, die Einlösung vornahm, die ihr auch wieder nicht schwer gemacht wurde, dann kommt man vielleicht doch zu einer mildernden Beurteilung des Falles.

Im Cut ohne Hut und Mantel.

Weiteres zur Flucht Egloffstein-Dertel.

Die Flucht des berühmten Hochstaplers Ludwig Dertel alias Freiherr v. Egloffstein-Dertel, die die Deffentlichkeit ungemein beschäftigt ist, augenblicklich Gegenstand eingehender Untersuchungen der zuständigen Behörde, des Amtsgerichts Mitte. Der Weg, den Egloffstein genommen hat, um aus dem Gefängnis ins Freie zu gelangen, ist bisher noch nicht einwandfrei festgestellt. Bisher konnte folgendes ermittelt werden:

Nach Beendigung des Haftprüfungsstermines ließ sich Staatsanwaltschaftsrat Ryser den Gefangenen noch einmal zu einer Besprechung vorführen. Nach deren Beendigung wurde Dertel kurz vor 4 Uhr von einem Wachtmeister in den Vorraum des Vorführungsganges geführt. Die Tür wurde hinter ihm verschlossen. Zufällig war der Gefängnisbeamte, der die Gefangenen von dem Saalwächter in Empfang zu nehmen hat, nicht anwesend, weil er einen anderen Gefangenen in das Untersuchungsgefängnis geleitete. So war Dertel einige Augenblicke allein. Der Gang gehört zu einem System, das zu den Kellern und Heizungsräumen führt. Die auf den Vorraum mündenden Türen des Sitzungssaales und anderer Zimmer sind gewöhnlich verschlossen. Ob am Mittwoch nachmittag eine der Türen zufällig offen war oder ob Dertel im Besitz eines Nachschlüssels war, oder ob er Helfershelfer gehabt hat, wird das von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Ermittlungsverfahren ergeben.

Den Fluchtplan hat Dertel ohne Zweifel schon länger gehabt. Er hatte verschiedentlich Haftprüfungsstermine beantragt, denen auch stattgegeben wurde. Jedemal hatte er jedoch im Termin seinen Antrag zurückgezogen. Es kam ihm also lediglich darauf an, den Weg, den er vom Gefängnis nach dem Terminzimmer zurücklegen sollte, genau auszukundschaften. Dertel hat wegen früherer Straftaten im ganzen schon 3 Jahre in Untersuchungshaft gesessen. Die Räume sind jedoch im Laufe der Zeit verschiedentlich verändert worden. Damit mußte er rechnen, er mußte sich neu orientieren. Daß er am Mittwoch bestimmt an eine Flucht dachte, geht aus daraus hervor, daß ein Zellengenosse, noch bevor die Flucht bekannt war, äußerte, Egloffstein werde wohl nicht wiederkommen, er werde wohl geflohen sein. Bemerkenswert ist auch, daß die alte Braut des Hochstaplers zu Anfang d. M. ihre Wohnung in der Bernburger Straße aufgegeben hat und unbekannt verzogen ist. Es scheint, daß sie mit seiner baldigen Flucht gerechnet hat. Der Flüchtige muß, bald nachdem ihm sein Streich gelungen war, von irgendeiner Seite mit Geld unterstützt worden sein. Schon um 6 Uhr hatte er einen alten Bekannten aufgesucht. Bei Kriminalkommissar Raubach rief Dertel an, er werde wiederkommen, sobald sein Mittäter, den die Hauptschuld treffe, festgenommen sei. Um des Flüchtlings wieder habhaft zu werden, hat die Kriminalpolizei die Nacht zum Donnerstag hindurch große Streifen und Kontrollen veranstaltet, leider erfolglos. Ob er heute noch in Berlin ist, läßt sich nicht sagen. Der Flüchtige entkam im Cutwan ohne Hut und Mantel. So wurde er auch in der Friedrichstadt noch gesehen, später aber schon in Hut und Mantel. Mitteilungen über sein Auftauchen an Kriminalkommissar Raubach, Dienststelle B. 1 im Polizeipräsidium.

Die Septemberstatistik der Unfälle.

Nach einer Zusammenstellung des Kommandos der Schutzpolizei ist die Zahl der Unfälle im Monat September gegen den Monat August um 301 Unfälle — von 2013 auf 2314 — gestiegen. Davon entfielen auf die 2036 (21176 im August) Privatkraftwagen 65 (45), auf die 1102 (10832) Last- und Geschäftskraftwagen 74 (57), auf die Last- und Geschäftskraftwagen mit Anhänger 16 (8), auf die 9358 (9303) Kraftdroschken 367 (281), die 530 (526) Kraftomnibusse 68 (52), die 15868 (15822) Privatstraßenräder 119 (125), die 3753 (3852) Straßenbahnwagen 138 (117), die mit 44528 Pferden (Stand vom 1. Dezember 1926) bespannten Wagen 232 (192), die Handwagen 58 (29), die Treibräder 607 (592), die Fußgänger bis zu 14 Jahren 83 (63), die Fußgänger über 14 Jahre 388 (351), auf Häuser, Laternen, Bäume, Gitter, Säune, Bordschwellen, Türen usw. 95 (97) Unfälle.

An diesen Unfällen waren als Wegebenutzer 4734 (4150) Führer, Personen bzw. Gegenstände beteiligt. Bei den Unfällen wurden insgesamt 6 (9) männliche und 3 (1) weibliche Personen getötet und 699 (691) männliche und 275 (298) weibliche Personen verletzt.

Durch einen doppelten Kinnhaken getötet.

Folgen eines Saufgelages.

Der Tischlermeister Busch feierte seinen Geburtstag und lud dazu seine beiden Gesellen ein. Jeder trank am Vormittag 15 Flaschen Bier. Nachher wurden noch in einer Gastwirtschaft zahlreiche Cognacs genehmigt. Aus dem Hof der Werkstatt verabschiedete der ebenfalls schwer betrunken Meister einem Lehrling mehrere Ohrfeigen, worüber sich einige Hausbewohner aufregten. So auch die Mutter des Arbeiters Konieczny, die daraufhin von dem Meister beschimpft wurde. Konieczny sah das und gab dem Meister einen Stoß, daß er in eine Ecke stieg. Nun mischte sich dessen Gefelle Grzinski dazwischen und ging mit den Worten: „Wer meinen Meister schlägt, bekommt es mit mir zu tun“ auf Konieczny los, erhielt nun aber von diesem einen Kinnhaken, durch den er zusammenfiel. Der Getroffene sprang aber wieder auf und griff K. von neuem an. Durch einen zweiten Kinnhaken wurde er zu Boden geworfen und schlug mit dem Kopf auf den Erdboden auf. In bewußtlosem Zustande brachte man den Verletzten nach seiner Wohnung, wo seine Ehefrau, die den Unfall nicht kannte und ihn lediglich für sinnlos betrunken hielt, ihm noch einige Ohrfeigen gab. Er hatte aber einen Schädelbruch erlitten und starb daran im Krankenhaus. Nach dem Gutachten hatte jedoch auch schon der erste Kinnhaken eine tödliche Verletzung, nämlich einen Gehirnhirnbruch verursacht. Konieczny war gestern vor dem Schwurgericht I wegen Körperverletzung mit Todesausgang angeklagt, wurde jedoch freigesprochen, da er sich als Angegriffener in Notwehr befunden hatte.

Grauenhafter Selbstmord.

Auf entsetzliche Weise machte gestern abend der 23jährige Kontorist Fritz Rakete-Fischer aus der Baumshulenkstraße 33a zu Oberhörschönweide seinem Leben ein Ende. Reisende auf dem Bahnhof Baumshulenkweg sahen, wie ein junger Mann das Dach eines Eisenbahnwagens des Personenzuges nach Königswusterhausen erklimmte. Die Jurufe des Bahnpersonals verhallen wirkungslos. Auf der nächsten Station, die man telefonisch verständigt hatte, wurden die Wagendächer abgesehen und man fand R. mit zertrümmertem Schädel und schweren Quetschungen tot auf dem Wagendach liegen. Während der Fahrt ist er von einem Brückenträger totgequetscht worden. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Ein Grauhaariger auf der Anklagebank.

Mit leiser Stimme hat der grauhaarige Mann, der dem Schöffengericht Mitte zur Aburteilung wegen Herausgabe von Fallgeld vorgeführt wurde, doch von der Verlesung seiner Vorstrafen Abstand zu nehmen. Der Vorsitzende schlug das Strafregister auf und begann zu addieren. Sein Zeigefinger ging immer tiefer auf dem Blatt herunter. Schließlich sagte der Richter: „Ich muß dann aber doch wenigstens feststellen, daß Sie 21 Jahre im Zuchthaus und sechs Jahre im Gefängnis gesessen haben, und daß Sie Berufseinbrecher sind.“ Das mußte der Angeklagte alles zugeben. Er ist jetzt 51 Jahre alt und hat seine erste Strafe mit 20 Jahren erlitten, so daß er also seitdem nur wenig von der Freiheit gesehen hat. In der Strafsache selbst ergab sich, daß der Angeklagte einem Händler, der in der Münzstraße gestohlene Handtaschen verkaufte, falsche Zweimarkstücke andrehen wollte. Der andere Gauner merkte das aber und schlug Kraak. Ein Arbeitsloser hörte im Vorbeigehen die gegenseitigen Vorwürfe, die sich die beiden Verbrecher machten und ließ beide festnehmen. Wegen des versuchten Münzverbrechens erhielt der Angeklagte Tischler Rührs acht Monate Gefängnis.

Der „Udergeruch des Zusammenbruchs“.

Einer von Hugenbergs Federführern tat sich beim Kampf gegen die Einführung des 11. August als Nationalfeiertag besonders hervor und sparte in seinem Artikel „Nationalblamoge“, der im Hugenbergschen Montagblatt am 27. Juni 1927 erschienen war, keineswegs mit derben Ausdrücken. Dabei hieß es u. a., daß um den 11. August „der Udergeruch des Zusammenbruchs“ die Schande eines jammervollen Bußes und das Bewußtsein vom tiefsten Tiefstand des deutschen Namens sei. Herr Friedrich Hufschong merkte diese Schimpfung mit seinem Namen und die Republikanische Beschwerdestelle stellte gegen ihn Strafantrag wegen Herabwürdigung und Beschimpfung der Verfassung.

Herr Hufschong wurde dann vernommen und der Strafantragsteller besam vom Generalstaatsanwalt die Mitteilung, daß dem Verfasser des Artikels eine Beschimpfung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform ferngelassen habe. Eine solche sei in dem beanstandeten Satze auch nicht notwendig zu finden. Er enthalte eine Schwächung der Revolution. Dies werde zwar mit dem 11. August, dem Verfassungstag in Verbindung gebracht, jedoch wohl nur in dem Sinne, daß mit Rücksicht auf den Zusammenbruch und die Revolution eine

Funkwinkel.

In der Vortragsreihe „Romantische Figuren der Weltgeschichte“ spricht Georg Miller-Hahn über den Baron Theodor v. Neuhoff, diesen abenteuerlichen Westfalen, der durch Verknüpfung sonderbarer Umstände am Anfang des 18. Jahrhunderts König von Korsika wurde und nach seiner Vertreibung verlor in London starb. Es handelt sich hier um den ausgeprägten Typ des politischen Abenteuerers, um ein romantisches Schicksal, das interessant genug ist, um behandelt zu werden. Aber Miller-Hahn begnügt sich nur mit der Aufzählung der historischen Tatsachen. Es entsteht kein Bild der Persönlichkeit, die Schilderung ist farb- und leblos. Miller-Hahn geht nicht auf das Psychologische ein. Amüsant und unterhaltend ist die halbe Stunde „Amerikanischer Humor“. Billie Wilder veranstaltet keine langen Untersuchungen über Humor im allgemeinen und über Amerika im besonderen, sondern er erzählt troden und bissig kleine, manchmal bekannte Geschichten, Anekdoten und Witze, die das Wesentliche scharf beleuchten. Kürze und Trodenheit, Sachlichkeit und Groteske sind die Hauptmerkmale des amerikanischen Humors. — Am Abend ein Sinfoniekonzert mit Mozarts G-Moll-Sinfonie und Wahlers Vierton. Bruno Walther dirigiert. Das Konzert ist eines der schönsten, die der Rundfunk gebracht hat. Das Orchester klingt prächtig. Es ist dem Rundfunk zu danken, daß er Walther berief. Auch bei einer Uebertreibung bleibt der Dirigent von entscheidender Bedeutung. Vor allem anerkennenswert, daß endlich Wahlers Vierton den Zuhörern vermittelt wird. Immer wieder muß betont werden, daß bei musikalischen Darbietungen der Hauptfaktor bei der Programmgestaltung zu liegen hat. Musik vermittelt im Rundfunk noch immer die stärksten Eindrücke. Die Zeitung der „Funkstunde“ darf sich darin durch nichts betren lassen.

Prof. Jäckh lehrte seine weltpolitische Umschau mit einer Darstellung des Problems der Rinderheisopfer in den Staaten Europas fort, worunter das deutsche Volk die größte Menge stellt. Die Verteilung Europas in Versailles usw. hat das Rinderheisopferproblem verallgemeinert, hat Europa balkanisiert. Rich: Irredente kann Deutschlands Verhältnis zu diesen auslanddeutschen Volksteilen bestimmen — Erhaltung und Stärkung der Kulturgemeinschaft mit ihnen ist Deutschlands Aufgabe. Im Rinderheisopfer des Völkerbundes ist Deutschland nicht vertreten; befreundete Staaten, die Gerechtigkeit für die Rinderheisopfer wollen, legen sich gegebenenfalls für unterdrückte Rinderheisopfer ein.

Beranlassung zur Feier nicht bestehe. Wenn auch auf der Revolution die republikanische Staatsform des Reiches beruhe, so enthalte doch eine Beschimpfung der Revolution nicht notwendig eine Beschimpfung der Staatsform; diese sei auch im vorliegenden Falle nicht erkennbar in Bezug benommen. Das Verfahren wurde deshalb eingestellt.

In der Kiesgrube tödlich verunglückt.

Gestern gegen 15.30 Uhr ereignete sich in einer Kiesgrube der Berlin-Blankenfelder Kies- und Sandwerke G. m. b. H. zu Blankenfelde ein tödlicher Unfall. Beim Herausfahren eines beladenen Keszuges auf die Rampe sprangen aus bisher noch unbekannter Ursache die drei vordersten Räder aus den Schienen. Dem 19jährigen Schlosser Emil Sikora aus der Goethestr. 15 in Buchholz, der als Bremser auf der vordersten Lore stand, gelang es nicht mehr, rechtzeitig abzuspringen. Er geriet unter die Lore und konnte von Arbeitskollegen nur noch als Leiche geborgen werden. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach der Pantower Friedhofshalle gebracht.

Kölnisches Mordertum.

Der bekannte Berliner Sexualpathologe Dr. Magnus Hirschfeld wollte am 27. Oktober in Köln über das Thema „Das Recht auf Liebe“ (Die Sexualreform) sprechen. Für Dr. Hirschfeld war der große Vortragsaal des Vereines der Wissenschaften gemietet. Als die Gesellschaft aber erfuhr, über welches Thema Hirschfeld zu reden beabsichtige, verweigerte sie, wie die Telegraphen-Union mitzuteilen weiß, ihm den Saal. Rummehr wurde der städtische Gürzenichsaal für den 27. Oktober gemietet. Als man aber in Erfahrung brachte, über welches Thema Dr. Hirschfeld reden wollte, wurde den Veranstaltern des Vortragsabends auch der Gürzenichsaal verweigert. Dr. Hirschfeld wird nunmehr seinen Vortrag im Reichshalletheater halten. Also für den ersten wissenschaftlichen Vortrag eines weit bekannten ernsten Forschers ist in Köln am Rhein im Jahre des Heils 1927 weder der städtische noch der andere bekannte Vortragsaal zu haben. Dieselben Säle aber werden nach vier Monaten der Ehre teilhaftig werden, die ganz besonders feischen und stillen Karnevalsparaden und Rarrinnen bei sich zu Gast zu sehen.

Technischer Ausbildungskursus für Funktionäre. Die Lichtbild-Abteilung des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet in der Woche vom 24. bis 26. Oktober im Berliner Filmseminar, Lütlichstraße, einen Kursus zur Ausbildung von interessierten Genossen an Lichtbildapparaten, Epidiaskopen und Bildbandapparaten. Alle wesentlichen Fragen werden dort sowohl theoretisch wie auch praktisch behandelt. Da in immer stärkerem Maße das Lichtbild für Partei- und Jugendveranstaltungen verwendet wird, ist die Beteiligung an diesem Kursus dringend zu empfehlen. Der Kursus findet in den Abendstunden in der Zeit von 16 Uhr bzw. 18 Uhr bis 22 Uhr statt. Die Teilnehmergebühr beträgt 20 M., zahlbar in Raten. Da nur noch einige Teilnehmer angenommen werden können, muß die Anmeldung sofort eventuell telefonisch (Dönhoff 8443) erfolgen.

Freie Sozialistische Hochschule. Die Seminare der freien sozialistischen Hochschule, die von Heinrich Cunow, Karl Wierendoff, Fritz Rothball, Karl Schröder und Alexander Stein abgehalten werden, beginnen am Montag, dem 24. Oktober. Anmeldungen, die sofort eingereicht werden können, sind noch Berücksichtigung finden. Sie sind zu richten an den Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, SB 68, Lindenstr. 3, wo auch ausführliche Prospekte angefordert werden können.

Ein deutscher Königsstuhl im Umherziehen.

Nachdem der alte historische Königsstuhl bei Rhens am Rhein schon zweimal seinen Standort gewechselt hat, soll er, wie das amtliche Organ der Reichszentrale für Verkehrswerbung mittelst, nun noch ein drittes Mal, und diesmal endgültig, verlegt werden. Er erhält seinen Stand auf der Bergeshöhe, wo er weit ins Land hinein sichtbar ist. Es ist sicherlich sehr zu bezaubern, daß ein historisches deutsches Baudenkmal im neuen Deutschland von Ort zu Ort wandern muß. Interessanter aber noch als diese Tatsache ist der Umstand, daß man, um die erforderlichen Mittel für den umgehenden Königsstuhl auszubringen, eine Lotterie veranstalten muß, die der Oberpräsident bereits genehmigt hat. Da es sich dabei aber immerhin um ein monarchisches Denkmal handelt, so sollte man meinen, daß es den schwerreichen rheinischen deutschnationalen Industriellen ein Vergnügen sein müßte, sozusagen aus der Westentasche die Umzugskosten zu bezahlen. Die Herren haben aber offenbar andere Sorgen, als den Denkmalschutz praktisch zu unterstützen. Die Tatsache, daß sie das Denkmal ruhig wandern und obendrein die Mittel von anderen aufbringen lassen, kennzeichnet ihre wahre Gesinnung. Uebrigens wurde der ursprüngliche Kaiserstuhl aus dem Jahre 1376 von den Franzosen 1794 zerstört. Seine jetzige Gestalt erhielt der Stuhl genannte Bau erst im Jahre 1846 durch eine Wiederherstellung der alten Form.

Flugzeugunglück bei Kottbus.

Kottbus, 20. Oktober.

Heute nachmittag kamen mehrere Flugzeuge der Verkehrsfliegerschule Staaken von Görlitz nach Kottbus, wo sie landeten. Beim Wiederaufstieg stürzte die Maschine D 1185 in einer Kurve aus ungefähr 150 Meter Höhe ab. Der Pilot Weisk wurde schwer verletzt in das Krankenhaus Kottbus übergeführt, wo er nach seiner Einlieferung starb.

Das Urteil im Lübecker Kreditbankprozeß.

Lübeck, 20. Oktober.

Heute abend wurde im Kreditbankprozeß das Urteil verkündet. Direktor Reißbar wurde zu neun Monaten Gefängnis und 800 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte Hen erhielt vier Monate zwei Wochen Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe, Sparmann insgesamt 900 Mark Geldstrafe an Stelle der verwirkten Gefängnisstrafe von sechs Wochen, Bruhn 1000 und 300 M. Geldstrafe an Stelle einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Steen und Soerenen wurden freigesprochen. Der Haftbefehl gegen Direktor Reißbar wurde aufgehoben und Reißbar aus der Haft entlassen.

200 000 Reichsmark unterschlagen!

Bei einer unermutelt vorgenommenen Prüfung der Regierungshauptkasse in Düsseldorf sind erhebliche Unterschlagungen festgestellt worden, die ein Kassenbeamter durch Fälschung von Anweisungen und Quittungen und fingierte Buchungen geschickt zu verdecken gewußt hat. Es handelt sich um insgesamt etwa 200 000 Mark.

Das Ende einer Europareise.

Die beiden Deutschen Johann Martin und Heinrich Leopold Bosler aus Bruchsal, die in einem Jagtboot eine Reise um Europa unternahmen wollten, sind auf tragische Weise ums Leben gekommen. Am 17. Oktober brachen sie von Konstantia auf, um zunächst nach Konstantinopel zu fahren. Bald darauf wurde in der Nähe von Konstantia eine Leiche an Land geschwemmt, deren Identität jedoch nicht festgestellt werden konnte. Dann wurde noch eine zweite Leiche an den Strand geworfen, und aus den bei ihr vorgefundenen Papieren konnte festgestellt werden, daß es sich um die deutschen Jagtbootfahrer handelt.

Costes in Buenos Aires.

Buenos Aires, 20. Oktober.

Die Flieger Costes und Le Brig sind heute mittag, von einer riesigen Menschenmenge begrüßt, hier gelandet.

Weiterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Teils heiter, teils wolky, ohne härtere Niederschläge, Miß mit Nachfröhegefahr. — Für Deutschland: Im Süden demüßigt, sonst teilweise heiter, nachts Frostgefahr, keine härteren Niederschläge.

Auftakt zur Werbewoche.

Sozialdemokratie und Völkerverbund.

Unsere Kreisorganisation Charlottenburg hatte am Montag eine Kreismitgliederversammlung einberufen, in der Genosse Rudolf Breitscheid über die Stellung der Sozialdemokratie referierte. In seinen, mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Ausführungen schilderte Genosse Breitscheid zunächst die Arbeit des Völkerverbundes. Der Völkerverbund beschränkt seine Arbeit nicht auf die alljährlich abzuhaltenden Vollversammlungen und Ratsitzungen. Er hat, wie jedes Parlament, seine Unterausschüsse, die einzelne Gebiete gefordert bearbeiten. An den Völkerverbund sind das Internationale Arbeitsamt und die Abteilungen für die humanitären Aufgaben angeschlossen. Gerade in diesen Abteilungen wird recht wertvolle Arbeit geleistet. Der Völkerverbund selbst wird in den Parteikreisen häufig verkannt. Er ist kein Bund der Völker. Im Völkerverbund kommen nicht die Völker, sondern die Regierungen zu Wort. Gerade wir Sozialdemokraten, die wir schon seit Jahren für den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund gearbeitet haben, müssen immer wieder feststellen, daß er nicht so arbeitet, wie wir es wünschen. Doch bei aller Kritik müssen wir uns hüten, den Völkerverbund für dieses Vergehen allein verantwortlich zu machen. Der Völkerverbund ist eine Vertretung der Regierungen, und die Regierungen sind so zusammengesetzt, wie die Völker ihr Wahlrecht ausgeübt haben. Wir sehen es in Deutschland am besten. Das Volk steht zu der Friedensarbeit des Völkerverbundes. In Genf arbeiten auch die deutschen Regierungsvertreter an der weiteren Sicherung des Friedens, und in Deutschland werden zu gleicher Zeit von Vertretern der Regierungsparteien unmögliche aufsehende Reden gehalten. Es war nicht nur die deutsche Sozialdemokratie, nein, auch unsere Genossen in den anderen Ländern haben sich von der diesjährigen Arbeit des Völkerverbundes nicht viel versprochen. Wir hoffen auf ein besseres Arbeiten für die Ratsitzungen im nächsten Jahr. Nicht nur in Deutschland, auch in Frankreich und in Schweden, wahrscheinlich auch in England finden Neuwahlen der Volksvertretungen statt. Wir haben die begründete Hoffnung, daß diese Neuwahlen in allen Ländern den Sozialdemokraten mehr Macht und damit mehr Einfluß auf die Arbeit der Regierungen bringen werden. Mit dem steigenden Einfluß auf die Regierungen in den Ländern steigt dann auch unser Einfluß auf die Arbeit des Völkerverbundes. Wie wichtig die Arbeit zur Sicherung des Friedens noch immer ist, erhellt die Tatsache, daß in fast allen Ländern nicht ab-, sondern aufgeführt wird. Erst in diesem Jahr ist die Arbeit der Abrüstungskommission gescheitert, weil in Genf zu dieser Konferenz nur Militärs zusammengekommen sind, die nur Sachverständige für Auf-, aber nicht für Abrüstung sind. Deutschland muß immer wieder die Forderung aufstellen, daß, nachdem Deutschland abgerüstet hat, nun auch die anderen Länder ihre Rüstungspolitik aufgeben. Die Sozialdemokratie ist seit Jahren für die Arbeit Deutschlands im Völkerverbund eingetreten. Auf Aufforderung der Regierung hat ein Vertreter der Sozialdemokratie an den letzten Ratsitzungen teilgenommen. Nach einer ausführlichen Diskussion betonte Genosse Breitscheid in seinem Schlusswort, daß die Sozialdemokratie keine Veranlassung habe, ihre außenpolitische Haltung zu ändern, weil sich die Deutschnationalen auch für die Völkerverbandsarbeit ausgesprochen hätten. Wenn das deutsche Volk im nächsten Jahr sein Wahlrecht richtig gebraucht, und auch in den anderen Ländern der Einfluß der Sozialdemokratie steigt, wird auch der Ausbau des Völkerverbundes Fortschritte machen.

Sozialdemokratie im Kampf um die Staatsmacht.

Am letzten Mittwoch veranstaltete die 3. Abteilung der Partei eine Werbendebatte, in der Genosse Stalling über das Thema „Die Sozialdemokratie im Kampf um die Staatsmacht“ referierte. Die Kundgebung, die im großen Saal des Gewerkschaftshauses abgehalten wurde, war gut besucht. Die Ausführungen des Genossen Stalling, besonders die zu den kommenden Wahlen, wurden durch reichen Beifall ausgezeichnet. Die Arbeiterschaft, so führte Genosse Stalling aus, weiß noch immer nicht, daß ohne den heutigen Staat die Wirtschaftskämpfe der Arbeiter weit schwieriger wären. Früher war der Arbeiter ein zweitrangiger Staatsbürger. Erst die Republik hat ihn gleichberechtigt gemacht. Zurzeit wird die Republik von einem reaktionären Kabinett regiert. Nur wenn es gelingt, im nächsten Jahre die Arbeiterschaft bis auf den letzten Mann an die Wahlurne zu bringen, wird der Einfluß der Sozialdemokratie im

Reichstag so stark werden, um die Macht des Bürgerblocks zu brechen. Nur dann wird auch die Ausgestaltung der Republik im Interesse des Volkes, im Interesse des sozialen Fortschritts möglich sein. Die Arbeiterschaft hat es in der Hand, zu bestimmen, wer in Deutschland regieren soll: der schwarz-blaue Block oder die für Völkerverständigung und sozialen Fortschritt kämpfende Sozialdemokratie. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen. 15 Versammlungsteilnehmer erklärten ihren Beitritt zur Partei.

Politischer Rückblick und Ausblick.

In der letzten Kreismitgliederversammlung im Bezirk Wedding, die in der Chausseestraße 64 tagte, hielt Genosse Hugo Heimann einen Vortrag über das Thema „Politischer Rückblick und Ausblick“.

Er kritisierte die Politik der vergangenen Jahre, die zu dem Besitzbürgerblock geführt habe. Er zeichnete die Treulosigkeit der Deutschnationalen, die in den Richtlinien die Rechtmäßigkeit der Republik und ihrer Farben anerkennen und versprechen, sie zu schützen, die aber auf ihrem Parteitage in Königsberg erklärten, ihr Ziel sei die Befreiung Deutschlands von der volkstümlichen Staatsform. Sie seien wie bisher monarchisch, völkisch, christlich und sozial. Eine solche Treulosigkeit einer Partei habe man in Deutschland bisher noch nicht erlebt. Trotzdem halte der Besitzbürgerblock immer noch, denn er werde zusammengehalten durch die Gemeinsamkeit der Kapitalisteninteressen. Wir haben das sonderbare Schauspiel, daß ausgesprochene Feinde der Republik ihren Schutz übernehmen. In diesem Besitzbürgerblock wie in den Unternehmerorganisationen überhaupt sind Katholiken, Juden, Evangelische und Arbeitliche zusammenschlossen, die Arbeiter sind aber immer noch konfessionell und parteipolitisch gespalten. Darum war es dem Besitzbürgerblock möglich, seine Zollgesetzgebung auf Kosten der Arbeiterschaft zu machen. 1925 wurde der Getreidezoll von 3 Mark auf 5 Mark, der Mehlzoll von 8 Mark auf 10 Mark erhöht. 1927 erhöhte man den Mehlzoll auf 12 Mark, den Zoll für Kartoffeln von 25 Pf. auf 1 Mark, den Zoll für Schweinefleisch von 21 Mark auf 32 Mark, den Zoll für Zucker von 10 Mark auf 15 Mark. Die Großgratier allein ziehen aus dieser Zollgesetzgebung ungeheure Vorteile. Aus diesem Grunde haben sie ihre idealen Prinzipien aufgegeben, haben sogar das Republikenschutzes geschloßt. Ihr nächstes Ziel ist der Sturz der Preußensregierung, damit sie vor den Wahlen den Verwaltungsapparat in den Händen haben. Kruher ihnen sind die Hausbesitzer durch den erhöhten Anteil an den Mieten für den Besitzbürgerblock gewonnen, die Unternehmer durch Herabsetzung der Besitzsteuern. Wenn die Arbeiterschaft nicht noch schlechter gefahren ist, so ist dies nur der Sozialdemokratie, dem getreuen Anwalt der werktätigen Bevölkerung zu verdanken; die immerhin bei der Arbeitslosenversicherung einige Verbesserungen durchzusetzen vermochte, die auch den Abbau der Krisenfürsorge und der Sonntagsruhe im Bäckereigewerbe zu verhindern wußte. Der wohlthätige Einfluß der Sozialdemokratie zeigte sich auch, als die Regierung die fünf Millionen für die Kinderpeisung gestrichen hatte. Auf Betreiben der Sozialdemokratie wurde dieser Posten wiederhergestellt. Gegenwärtig betreibt die Sozialdemokratie eine Forderung des Lohnsteuergesetzes; die Lohnsteuer soll beträchtlich gesenkt werden, bei einem Arbeiter mit zwei Kindern sollen 180 Mark steuerfrei sein, bei einem Arbeiter mit vier Kindern 280 Mark. Die Erfolge der Sozialdemokratie wären noch größer gewesen, wenn die Partei nicht fortwährend durch die unverantwortlichen Anträge der Kommunisten behindert worden wäre. Genosse Heimann schildert dann den moralischen Niedergang dieser Partei, die zusammengehalten werden durch die Unwissenheit ihrer Mitglieder und durch die religiöse Verehrung der Moskauer Sowjetheiligen. Er schloß mit den Worten: Auf in den Wahlkampf. Bereit sein ist alles! Unaufhaltsam wächst in den Herzen und Hirnen der vom Kapitalismus herabgedrückten Massen der Gedanke des Sozialismus.

Im Anschluß an diesen Vortrag wurde die Agitation während der Reichswerbewoche besprochen. Man einigte sich dahin, daß die Agitation von Mund zu Mund wie in früheren Zeiten so auch heute noch die wirksamste Agitation sei. Angenommen wurde eine Entschliebung: „Die am 18. Oktober tagende Mitgliederversammlung des dritten Kreises der SPD. erhebt geharnischten Protest gegen den Reubellischen Reichsschulgesehtwurf, weil er die

Vorzugsstellung der Gemeinschaftsschule aufhebt und darum verfassungswidrig ist, weil er die Wiedereinführung der geistlichen Schulaufsicht ermöglicht und das staatliche Aufsichtsrecht einschränkt. Weil er die Entwicklung unseres Schulwesens durch die Zerstückelung nach konfessionellen und weltanschaulichen Gesichtspunkten hemmt. Und weil er den Gemeinden eine starke finanzielle Mehrbelastung bringt. Die Mitglieder der SPD. fordern, daß die Entwicklung unseres Schulwesens zur weltlichen Gemeinschaftsschule nicht verbart werde.“

Schulgesehtwurf und die Stadt Berlin 276 neue Klassen — 37 neue Schulen — 40 Millionen Kosten.

Sollte der Reichsschulgesehtwurf des deutschnationalen Bürgerblockministers Reubell Gesetz werden, so ist eine aufhebende, in jede Familie eindringende Agitation zu erwarten, die es auch den abseits stehenden Elternkreisen unmöglich machen wird, fernerhin irgendeine sogenannte „Neutralität“ zu bewahren.

Die zahlreichen katholischen, jüdischen, sektiererischen Kinder, die bisher die allgemeine Volksschule besuchten, werden eines Tages zu ihrem Erstaunen entdecken, daß sie in evangelisch-konfessionellen Schulen sitzen. Denn da die allgemeinen Berliner Volksschulen nach Meinung des Ministeriums als „evangelische“ zu gelten haben, sind sie mit dem Inkrafttreten des Reubellischen Gesetzes „konfessionell“ bis hinein in die Neben- und Naturfunktionsstunden. So würden die anders gesinnten Eltern gezwungen sein, ihre Kinder herauszuführen und in eigenen Schulen unterzubringen. Bei der Erregung in der öffentlichen Stimmung wird selbst ein zögerndes Elternpaar dem Druck des Bestimmungszwanges nachgeben müssen. Was bedeutet das praktisch für das Groß-Berliner Schulwesen?

In Alt-Berlin (Bezirke 1-6) sitzen 743 katholische und 2741 jüdische Kinder in den „evangelischen“ Volksschulen. Von der Gesamtschülerzahl sind das 0,7 Prozent und 2 Prozent. Dadurch, daß diese Kinder herausgenommen werden, geht keine der bestehenden Schulen ein, es werden aber zwei katholische und 6-7 jüdische Volksschulen neu zu errichten sein. Handelt es sich doch um etwa 20 katholische und 80 jüdische Klassen.

In Charlottenburg würden neu eine katholische und eine jüdische Schule zu schaffen sein (für 413 bzw. 406 Kinder). In Spandau gäbe es eine vierklassige katholische Schule mehr, da die beiden vorhandenen gefüllt sind. Im Bezirk Wilmersdorf können vielleicht 111 katholische Kinder in den vorhandenen Klassen untergebracht werden, aber für 347 jüdische wäre eine zehnklassige neue Schule zu schaffen. Zehlendorf hat keine katholische Schule, hier müßte für 142 Kinder eine vierklassige Schule eingerichtet werden, in Schöneberg eine jüdische für 288 Kinder (etwa 7 Klassen).

Siegling hat eine überfüllte katholische Schule, für 288 weitere Kinder müßte eine neue gegründet werden mit etwa 6 Klassen. Für den Bezirk Tempelhof sorgt eine katholische Schule mit 335 Kindern, außerdem sind 111 in evangelischen Schulen. Ob es räumlich möglich sein wird, sie gleichfalls in dieser Schule unterzubringen, ist nicht zu übersehen, jedenfalls ist mit einem Zuwachs von drei Klassen zu rechnen. Reutlin hat vier volle katholische Schulen, außerdem 200 Kinder in anderen Schulen, das ergäbe eine zehnklassige Schule mehr und dazu käme eine dreiklassige jüdische Schule für 114 Kinder. Im Bezirk Treptow ist eine katholische Schule in Oberschneweide vorhanden, aber 324 Kinder sind in evangelischen Schulen, so müßte eine neunklassige katholische Schule neu eingerichtet werden. In Köpenick sind etwa 100 katholische Kinder neu zu beschulen; es ist nicht zu übersehen, ob sie mit der einen vorhandenen Schule bei den weiten Entfernungen zu versorgen sind, daher wäre eine dreiklassige Zwergschule zu schaffen. Lichtenberg bedürfte unter allen Umständen einer neuen katholischen Schule für mehr als 300 Kinder und einer zweiklassigen jüdischen Zwergschule. In Weißensee würde sich voraussichtlich nichts ändern. Pantow hätte — bei einer katholischen Schule — noch 115 katholische Kinder zu versorgen, also gegebenenfalls eine dreiklassige Zwergschule neu zu gründen und eine zweiklassige jüdische. Schließlich sind in dem ausgedehnten Bezirk Reinickendorf noch 171 Kinder katholischer Konfession neu zu beschulen, sie werden schwerlich in den beiden vorhandenen Schulen unterzubringen sein, so entstände eine neue fünfklassige Schule.

Es ergibt sich aus den Schätzungen, daß nirgends Höchstzahlen für die Klassen angenommen sind, sondern daß stets mit kleinen Resten, die die Umschulung nicht mitmachen, gerechnet ist. Es würden also mindestens 80 neue Klassen für katholische Kinder, 116 für



Nur nicht so hoch hinaus!

Sie wissen Bescheid: den höchsten Grad einer Eigenschaft nennt man Superlativ. Die meisten Verkäufer und so viele Firmen, die Reklame machen, reden immer nur in Superlativen. Es klingt so, als gäb's nirgendwo auf der weiten Welt etwas Besseres als was sie verkaufen wollen. Gemach, gemacht! Wir meinen, das soll der Käufer selber herausfinden. Deshalb arbeiten wir unablässig an der Veredelung unserer Zigaretten, damit wir auch vor dem verwöhntesten Raucher bestehen können, wenn er unserem Werberufe folgt:

Urteilen Sie selbst!

Massary=Perle 4,

Massary=Delft 5, Massary=Ritter 6,

jüdische Kinder entstehen, die sich auf 17 bis 25 neue Schulen verteilen würden. Hinzu kämen die Klassen für die Kinder jüdischer Eltern. Für neuapostolische Kinder wären rund 30 Klassen, für katholisch-apostolische rund 15 Klassen, ebensoviel für baptistische Kinder zu rechnen; für evangelisch-lutherische Kinder und für solche der Evangelischen Gemeinschaft zusammen etwa 20 Klassen. Auf wieviel Zwergschulen sich diese verteilen würden, ist nicht zu übersehen; es soll auf sehr geringe Zahlen, auf 7-12 Schulen geschätzt werden. Ferner ist auch die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß zahlreiche, heute in Privat- und Familienschulen untergebrachte Kinder in konfessionelle Schulen hinüberwechseln würden oder daß ihre Eltern, zusammen mit den bisherigen Bekehrten, eine Neugründung mit öffentlichen Mitteln versuchen würden. Schützt doch die Konfession vielfach das Standesinteresse! In Charlottenburg allein sind über 900 grundschulpflichtige Kinder in Privat- und Familienschulen. Doch ist dieser Prozeß nicht im voraus zu beurteilen. Wir haben also mit $80 + 116 + 80 = 276$ neuen Konfessionellen Klassen in 24-37 neuen Schulen zu rechnen.

Die Denkschrift der Berliner Schulpflichtverwaltung rechnet mit 500 neuen weltlichen Klassen und mit 10 neu zu errichtenden Schulen, von denen mindestens sechs auch neue Gebäude beanspruchen würden. Das ergäbe ein Gesamtergebnis von 776 neuen Klassen und 34-47 neuen Schulen. Nehmen wir nur 24 neue Gebäude für die entstehenden Schulen an, da vielfach eine Umgruppierung dem Bedürfnis Rechnung tragen wird, so wären die einmaligen Aufkosten auf rund 40 Millionen, die laufenden auf rund 4 Millionen zu veranschlagen.

Es sei übrigens darauf hingewiesen, daß eine Umgruppierung mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes außerordentlich erschwert wird; in den Schuldeputationen werden die Rechtsparteien mit den Geistlichen die Mehrheit haben; die Zusammenlegung konfessioneller Schulen wird kaum möglich werden, denn für die Kinder aus solchen Elternkreisen sind natürlich weite Schulwege viel unzuträglich als für Kinder aus „weltlich“ eingestellter Elternschaft.

Vielleicht tragen diese nächsten Zahlen dazu bei, den Geist der allzu ausgebreiteten Politik auf der Rechten abzukühlen. Siegfried Kawerau.

Lehrgänge für Lehrer und Lehrerinnen.

In der staatlichen Hauptstelle für den naturwissenschaftlichen Unterricht finden auch in diesem Winter Lehrgänge für Lehrer und Lehrerinnen aller Schularten statt. Von den 27 Lehrgängen sind die folgenden besonders hervorzuheben:

Dipl.-Ing. Blech, Einführung in das Flugwesen an Hand von Modellversuchen. Oberstudienrat Dr. Behold und Studienrat Dr. Rosafius, Einführung in die Laboratoriumspraxis des Chemielehrers. Professor Dr. König, Übungen zur Klimafunde. Dr. Bed, Einführung in die Liebhaberphotographie mit praktischen Übungen, und Dr. Bed, Die Herstellung eines brauchbaren Lichtbildes für die Verwendung im Unterricht. Professor Dr. Thien, Einführung in die Farbenphotographie mit praktischen Übungen. Studienrat Dr. Scheer, Zeichnen im erduntdlichen Unterricht. Oberstudienrat Rohberg, Mathematische Anwendungen aus dem modernen Wirtschaftsleben. Professor Dr. Kollwig und Studienrat Dr. Bethge, Übungen über Bau und Leben der Pflanzen. Studienrat Dr. Otto, Ausgewählte Kapitel aus dem biologischen Arbeitsunterricht. Studienrat Dr. Curio, Chemische Untersuchungen des normalen und des gestörten Stoffwechsels. Dr. Kahl und Studienrat Weiß, Astronomie mit Übungen. Die Übungen beginnen in der Zeit vom 1. bis 14. November und

dauern 18 Wochen. Meldungen schriftlich oder mündlich bei der Staatlichen Hauptstelle, Berlin W. 35, Potsdamer Str. 120, geöffnet von 10 bis 4 Uhr, Sonnabends von 10 bis 2 Uhr. Die Vorlesungen von Professor Dr. Rejner, Die Entwicklung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und Unterrichtsprobleme über die Beziehungen zwischen Mathematik und Materie, finden in der Technischen Hochschule statt.

Reaktionäre Schildbürgerstreiche.

Das Straßengpflaster bei der Brommybrücke.

Wenn man der „Täglichen Rundschau“ glauben will, müssen im Bezirk Friedrichshain tolle Zustände herrschen. Unter der Überschrift: „Schildbürgerstreiche im Bezirk Friedrichshain“ wird berichtet, daß vom Bezirksamt Friedrichshain beschlossen sei, die Zufahrt von der Mühlenstraße zur Brommybrücke mit Walzspalt zu versehen. Dieser Beschluß hätte „bei allen, die diese Stelle kennen, ein gewisses Schütteln des Kopfes ausgelöst“. Denn warum diese Neuerung? Die „Tägliche Rundschau“ verrät es: „Die Beamten des städtischen Wohlfahrtsamtes an der Brommybrücke werden durch das Geräusch des Verkehrs auf dem Steinpflaster gestört.“ Resigniert setzt die Tägliche hinzu: „Ja, dann allerdings...“ Damit nun aber über diesen Standal in der „roten Stadtverwaltung“ Berlin ein vollständig reaktionäres Terzett zusammenkommt, stimmen auch die „Kreuz-Zeitung“ und Hugenberg's „Tag“ ähnliche Melodien an. Ja, wo ein sozialistischer Bürgermeister regiert, da geht eben alles drunter und drüber!

Wie aber liegen nun die Dinge in Wirklichkeit? Es war im Frühjahr dieses Jahres, als die Fabrikräume des Franke-Hauses an der Brommybrücke, die früher keine Büroräume waren, sondern als Speicher benutzt wurden, zu Büroräumen für das Bezirkswohlfahrts- und Jugendamt Friedrichshain ausgebaut wurden. Die ersten Beschwerden über die Nachteile des neuen Dienstgebäudes gingen nicht etwa von den Beamten aus, sondern kamen aus dem Kreise des Publikums, dessen Interessen — unter dem Rubrum „Steuerzahler“ — von der Reaktion angeblich bei diesem Standalfall gewahrt werden sollen. Die Organisationen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen erklärten nämlich, daß der Lärm, der durch den außerordentlich starken Lastwagenverkehr vom und zum Schleifischen Güterbahnhof verursacht würde, ein Verhandeln mit den Beamten und Angestellten unmöglich mache, die aus Zweckmäßigkeitsgründen mit Rücksicht auf die Kriegesopfer ihre Dienststelle im Erdgeschosse haben. Zudem sind in jedem Zimmer dieser Dienststelle ebenso wie in denen des Wohlfahrts- und Jugendamtes mehrere Expeditionen untergebracht, die gleichzeitig mit den Antragstellern zu verhandeln haben. Sollte nicht jeder einzeln erweisen können, welchem Kreise von Unbeteiligten durch das bei diesem Lärm oft überlauten Sprechen die ganz internen Familienverhältnisse von Fürsorgebedürftigen offenkundig werden? Telefongespräche sind fast unmöglich! Einstimmig hat deshalb das Bezirksamt den Beschluß zur Asphaltierung gefaßt. Mit Ausnahme des deutschnationalen Bezirksverordneten Jacoby äußerte sich ebenso einstimmig die Bau- und Wohnungsdeputation. Im übrigen handelt es sich um ein Projekt, das erst 1928 nach Bereitstellung der Mittel durch die städtischen Körperschaften verwirklicht werden kann und das nur dann ausgeführt wird, wenn die an anderer Stelle vorgeschlagenen Versuche mit der in Aussicht genommenen Straßendecke ihre Zweckmäßigkeit bewiesen haben.

Haben sich übrigens die „Tägliche Rundschau“, der „Tag“ und die „Kreuz-Zeitung“ ebenso aufgeregt, als seinerzeit mit Rücksicht auf seine Majestät der Lindentunnel gebaut wurde? Wir erinnern uns an keinen Entrüstungsturm!

Hier handelt es sich aber um eine sozialistische Verwoaltung, und da muß man sich natürlich solche journalistischen Schildbürgerstreiche erlauben!

Mit der „Täglichen Rundschau“ sagen wir: „Ja, dann allerdings...“

Abonnentenversicherung und Wandergewerbe.

Für das Ausbreiten der Abonnentenversicherung war der § 56 der Gewerbeordnung, der das Feilbieten von Versicherungszeitschriften im Umherziehen verbot, ein großes Hindernis. Der Preussische Pressedienst machte vor einiger Zeit auf einen Erlaß des preussischen Ministers des Innern vom 14. Juli 1927 (II E. 280 IV/V), betreffend Werbung für Abonnentenversicherung im Wandergewerbe, aufmerksam. In diesem Erlaß heißt es u. a.: „Ein rechtlicher Grund, den Abonnentenversicherungen der unter II (beauftragte Abonnentenversicherung) genannten Art Schwierigkeiten zu bereiten, besteht nicht. — Im Gegenteil, da auf diese Weise der Versicherungsgedanke Bevölkerungskreisen nahe gebracht wird, die andernfalls den wirtschaftlichen Vorteilen einer Versicherung kein Verständnis entgegenbringen würden, verdienen derartige Unternehmungen die Förderung der Behörden.“

Nun erfahren wir, daß in einem neuen Erlaß des preussischen Ministers des Innern vom 2. September 1927 (II E. 704) dieser Rundschreiben dahin berichtigt wird, daß der angeführte Satz von „Im Gegenteil“ bis „Behörden“ zu streichen ist. Von einer Förderung der beauftragten Abonnentenversicherung durch die Polizeibehörden ist also keine Rede mehr.

Ausbau der „Heidekrautbahn“.

Seit längerer Zeit war die Industrie- und Handelskammer bemüht, bei den zuständigen Behörden eine Verlängerung der Reinickendorf-Liebenwalder Eisenbahn, die der Volksmund „Heidekrautbahn“ getauft hat, bis Zehdenitz durchzuführen. Der Reichsverkehrsminister der dem Projekt ursprünglich ablehnend gegenüber stand, hatte schließlich eine erneute Prüfung angeordnet, die nunmehr abgeschlossen und zugunsten des Ausbaus dieser Strecke ausgefallen ist. Daraufhin hat der Minister der Niederbarnimer Eisenbahndirektion vor kurzem mitgeteilt, daß er mit der Aufnahme der allgemeinen Vorarbeiten für den geplanten Bahnbau einverstanden sei.

Eine Motorspritze für Buch.

Der Löschgerätepark der Freiwilligen Feuerwehr in Buch ist dieser Tage um eine Motorspritze bereichert worden. Die in neuester Konstruktion ausgeführte Spritze wurde in dem festlich mit Lamengrün und den schwarzrothgoldenen Farben geschmückten Hof der städtischen Werke in Gegenwart des Oberbranddirektors Kempf ihrer Bestimmung übergeben. Bei einem Probelauf bewies die Spritze ihre Leistungsfähigkeit in jeder Beziehung. Der 28 PS starke Motor treibt eine Zentrifugalpumpe, die 1000 Liter in der Minute 80 Meter hoch befördert. Im Ernstfall ist die Motorspritze durchaus in der Lage, in hervorragender Weise bei der Sicherung der städtischen Gebäude in Buch mitzuwirken.

Die Straßenbahn hat auf Anregung aus den Kreisen der Monatskarteninhaber versuchsweise zugelassen, daß zur Beförderung eines Hundes im Abonnement eine Zusatzkarte für Gepäckbeförderung gelöst werden darf. Die Gepäckmarken haben den Preis der Monatsmarken — für eine Linie 7,50 M., für zwei Linien 10,50 M., für drei Linien 13,50 M., für alle Linien 18 M. — und sind zu den üblichen Zeiten erhältlich in der Hauptausgabestelle, Leipziger Platz, in den Markenerverkaufsstellen der Kaufhäuser Berthelm und Tieg sowie auf den Straßenbahnhöfen Westend, Spandau und Köpenick. Die Beförderung erstreckt sich natürlich nur auf solche Hunde, die nach den polizeilichen Vorschriften — Aushang in den Wagen — mitgenommen werden dürfen.

Zahlung der Versorgungsrenten. Entgegen der sonst üblichen Zahlung der Versorgungsrente am 29. des Monats für den kommenden Monat sind, wie der Reichsverband der Kriegsbeschädigten mitteilt, die für den Monat November fälligen Renten nach dem Reichsversorgungsgesetz dem Altrentnergesetz und dem Kriegspersonenschädengesetz (einschließlich der Vorkaufzahlung auf die zu erwartende Rentenerhöhung für Oktober und November 1927) ausnahmsweise schon vom 27. Oktober an zu zahlen.

Das Fest der Goldenen Hochzeit feiert ein alter Parteigenosse, der Flottenmacher Krausott U n e n s e, am 23. Oktober. Amende war in schwieriger Zeit, 1890-1904, in Finkenwalde als Assistent und in Wollheim als Kreisvertrauensmann für die Partei eifrig tätig. Er ist heute noch eifriges Mitglied der Partei und leidet des „Vorwärts“.

Bei Sicht | Jochias | Nerven- u. Kopfschmerz
Rheuma | Grippe | Ermüdungsbeschwerden
haben sich Fogal-Tabletten hervorragend bewährt.
Ein Versuch überzeugt!



In allen Apotheken
Preis Mk. 1.40

Fogal schneidet die Harnsäure aus!

Ziehung 25. bis 28. Oktober

Rhein-Saar-Lotterie

24124 Gewinne u. 2 Prämien i. v. **225 000** RM.

Höchstgewinn auf 1 Doppeltos **100 000** RM.

Höchstgewinn auf 1 Einzeltos **50 000** RM.

Lose zu 1 RM., Doppeltose 2 RM. 35 Pf.

H. C. Kröger A.-G. Bankgeschäft Berlin W8 Friedrichstr. 192-193 an d. Leipziger Str.

NEUE AUSWAHL MODERNER MÄNTEL

Unsere Qualitäten und Paßformen werden gelobt.
Unsere besondere Preiswürdigkeit ist überall bekannt.

Niedrige Preislagen
M. 39, 48, 55, 60

Hauptpreislagen
M. 68, 75, 86, 98

Besond. gute Mäntel
M. 105, 118, 125, 135

Erders & Dyckhoff

GERTRAUDTENSTR. 8-9 AN DER PETRIKIRCHE



Polens wirtschaftlicher Aufstieg.

Ueberraschende Entwicklung. - Stabilisierungsanleihe und Zollkrieg.

Ueberwindung der Wirtschaftskrise und Stabilisierung des Kapitalismus in Polen - so kennzeichnet übereinstimmend der halbamtliche „Glos Prawdy“ wie der oppositionelle sozialistische „Robotnik“ bereits vor Monaten das wirtschaftliche Ergebnis der Raummwägung Pilsudskis, mit der ursprünglich so ganz andere Erwartungen verknüpft waren.

Anwachsen der Produktion und Staatseinnahmen.

Die bereits vorliegenden Vergleichsangaben der „Statistischen Hauptverwaltung“ Polens, die im „Glos Prawdy“ (Nr. 173) wiedergegeben sind, zeigen vor allem ein Steigen der Produktion in den sogenannten Grundindustrien, namentlich in der Berg- und Hüttenindustrie. Hiernach betrug die durchschnittliche Monatsproduktion (in tausend Tonnen):

Table with 3 columns: Item, 1. Halbj. 26, 2. Halbj. 26, 1. Halbj. 27. Rows include Steinkohle, Roheisen, Rohstahl, Holz.

Dieser Aufstieg der Grundindustrien ist, insbesondere im Verein mit dem gesteigerten Verbrauch industrieller Rohstoffe und Halbfabrikate (vgl. unten), für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft sicher kennzeichnend. Ergänzend sei auch darauf hingewiesen, daß beispielsweise die für die Landwirtschaft so wichtige Produktion von Kunstdünger ebenfalls in ständigem Steigen begriffen ist (1924: 299 000 Tonnen, 1925: 515 000 Tonnen, 1926: 613 000 Tonnen).

Die gleiche Aufwärtsbewegung zeigen auch die Staatseinnahmen: Diese betragen vom Beginn des laufenden Budgetjahres an, das heißt vom 1. April bis Juli d. J. einschließlich, 815 Millionen Zloty, denen 713 Millionen Zloty an Ausgaben gegenüberstehen, was ein Plus von 102 Millionen Zloty ergibt, während im gleichen Zeitraum des Vorjahres die Einnahmen 601, die Ausgaben 605, das Minus also 4 Millionen Zloty betrug.

Steigender Außenhandel auch mit Deutschland.

Dieses Wachstum der Zolleinnahmen deutet auf steigenden Warenverkehr mit dem Auslande hin. In der Tat: nicht nur der Transitverkehr über Polen hebt sich andauernd (Tagesdurchschnitt passierender Güterwagen 1925: 715; 1926: 835; Januar-April einschließlich 1927: 1980), sondern ebenso auch die Ein- und Ausfuhr. Die Einfuhr der ersten Jahreshälfte 1927 beträgt 819,9 Millionen Zloty (gegenüber nur 351,9 Millionen Zloty im ersten Halbjahr 1926), die Ausfuhr 708,5 (573,6). Freilich ist durch die gesteigerte Einfuhr die im Vorjahre aktivierte Handelsbilanz dies Jahr passiv geworden.

Einfuhr im ersten Halbjahr

Table with 3 columns: Item, 1927, 1926. Rows include Rohstoffe und Halbfabrikate für die Hüttenindustrie, Rohstoffe und Halbfabrikate für die chemische Industrie, Rohstoffe und Halbfabrikate für die Textilindustrie, Gesamteinfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten.

Starke Ausfuhrsteigerung.

Auch im September Senkung des Einfuhrüberschusses um 50 Millionen.

Die Bilanz des deutschen Außenhandels im Monat September ist besonders durch zwei Momente charakterisiert. Der Einfuhrüberschuß ist gegenüber dem Monat August von 292 auf 242 Millionen zurückgegangen, nachdem seit dem höchsten Einfuhrüberschuß im Juni mit 449 Millionen im Juli eine Senkung auf 430 und im August eine Senkung auf 292 Millionen zu verzeichnen war. Sodann ist die deutsche Fertigwarenausfuhr gegenüber August um 64,5 Millionen gestiegen, nachdem im Juni für 559,3 Millionen ein fester Tiefstand zu verzeichnen war, der sich im Juli auf 633,8 Millionen verbessert hatte.

Table with 3 columns: Warengruppen, Einfuhr (in Mill. RM.), Ausfuhr (in Mill. RM.). Rows include Lebende Tiere, Lebensmittel und Getreide, Rohstoffe u. halbfert. Waren, Feinlebensmittel, Kleiner Warenverkehr, Gold und Silber, Zusammen.

Die Gesamteinfuhr zeigt eine leichte Zunahme um 14 Millionen Mark, wobei die Einfuhr an Lebensmitteln bemerkenswerterweise um 24 Millionen gestiegen, die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren dagegen um 22 Millionen zurückgegangen ist. In der Gesamtausfuhr ergibt sich eine Zunahme um 64 Millionen Mark, wobei die Ausfuhr von Lebensmitteln um 10 Millionen zu- und die Ausfuhr von Rohstoffen um 11 Millionen abnahm.

Es ist sehr bemerkenswert, daß trotz des nun jahrelang dauernden Zollkrieges zwischen Deutschland und Polen die oben geschilderte wirtschaftliche Gesamtentwicklung Polens auch dem deutsch-polnischen Handel in steigendem Maße zugute gekommen ist, wie die folgenden Zahlen beweisen:

Die Einfuhr nach Deutschland betrug in Millionen Reichsmark

Table with 3 columns: Item, im ersten Halbjahr 1927, 1926. Rows include aus Danzig, Ostpolen, Westpolen, Polnisch-Oberschlesien, Insgesamt.

Die Ausfuhr aus Deutschland betrug in Millionen Reichsmark

Table with 3 columns: Item, im ersten Halbjahr 1927, 1926. Rows include nach Danzig, Ostpolen, Westpolen, Polnisch-Oberschlesien.

Die vorstehenden Zahlen beweisen das wirtschaftliche Aufeinanderangewiesensein der beiden Länder. Würden nun bei den bevorstehenden Verhandlungen, wie zu fordern ist, die beiderseits bestehenden Zollhindernisse erheblich verringert werden, so würde der gegenseitige Warenverkehr noch stärker steigen. Dies ist namentlich nach dem Zustandekommen der Anleihe zu hoffen.

Stabilisierungsanleihe und deutsch-polnische Verständigung.

Der Hauptzweck dieser Anleihe ist so die Stabilisierung der polnischen Währung, wie die jüngst von der polnischen Regierung veröffentlichten interessanten Angaben über die Verwendung der Anleihegelder ergaben. Hiernach sind 75 Millionen Zloty zur Erhöhung des Anleihekapitals der Bank Polski bestimmt, 140 Millionen Zloty zur Uebernahme der Hälfte des umlaufenden ungedeckten Papiergeldes durch die Bank Polski, 90 Millionen Zloty zum Umtausch der anderen Hälfte in Silbermünzen, 25 Millionen Zloty zur Tilgung laufender Staatsschulden, 75 Millionen Zloty zur Bildung einer Finanzreserve der Bank Polski, die restlichen 135 Millionen Zloty für Kredite an Staatsunternehmungen und die Landwirtschaft. Bisher war die Furcht der Regierung vor einer Erschütterung des Zloty durch gesteigerten Import, auch ein großes Hemmnis für die Erweiterung der Einfuhr.

Sozialpolitische Reaktion.

Wir dürfen diese Betrachtung nicht abschließen, ohne auch der sozialpolitischen Wirkungen der Dollaranleihe zu gedenken. Schon der amtliche Hinweis darauf, daß immerhin fast ein Viertel des Anleihebeitrages in der inneren Wirtschaft investiert werden wird, legt eine solche Betrachtung nahe. Unter den in der amtlichen Angabe sogenannten „Staatsunternehmungen“ ist in erster Linie wohl der Ausbau des heute noch ungenügenden Eisenbahnnetzes zu verstehen: das liegt ja auf der Linie der oben gekennzeichneten aufsteigenden Wirtschaftsentwicklung. Dieser Ausbau sowie die Anlage öffentlicher Wege und dergleichen wird auch der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zugute kommen. Hingegen wird die von der Regierung gleichfalls angekündigte Kreditaktion für die Landwirtschaft zum Prüftstein ihres guten sozialpolitischen Willens, ja ihres Klassencharakters werden, da erst jüngst selbst die Zeitung „Polski“ gerade über die Kreditnot der ärmsten Bauern klagte.

Neuer Glanzabschluss der Schwerindustrie.

Millionengewinne im Rüdner-Konzern. - Der Bergmann darf hungern.

Die Erfahrung lehrt, daß mit der wachsenden Ausdehnung der Großunternehmen die Dividenden in immer geringerem Maße die tatsächlich erzielten Jahresgewinne widerspiegeln und nur noch als das Ergebnis eines reinen Rechenexperiments anzusehen ist. Dies ist jetzt besonders für die Schwerindustrie zutreffend, die seit zwei Jahren ihre Betriebe vor Grund auf reorganisiert und aus den gewaltigen Konjunkturgewinnen des letzten Jahres Erweiterungsbauten in noch nicht dagewesenem Umfang vornimmt. So gibt auch die Entwicklung der Rüdner-Dividenden, die sich von 0 Prozent vor zwei Jahren auf 5 Proz. im vorigen Jahr und für den Abschluß 1926/27 auf 7 Proz. erhöhten, nur die äußere Umrahmung für die Glanzkonjunktur in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ab.

Der Rüdner-Konzern, der mit seinen 90 Millionen Kapital gleich partei Interesses im Kohlenbergbau wie in der Eisenindustrie unterhält, ist neben dem Stahlwerk Hoehf der stärkste Außensteller des Ruhrmontantruffs. Dem alten Peter Rüdner scheint aber sein Eingängertum sehr gut zu bekommen. So sind die Produktionsziffern für Kohle, Roheisen und Rohstahl um rund 40 Proz. gestiegen, während der Gesamtumsatz mit 184 Millionen sich um 32 Proz. erhöhte. Dementsprechend sind die Betriebsgewinne von 24,4 auf 32,8 Millionen Mark angewachsen, während der ausgewiesene Reingewinn sich von 5,3 auf 7,2 Mill. M. erhöhte. In welchem Ausmaß der Konzern seine Werke erneuern und erweitern konnte, geht daraus hervor, daß in dem Berichtsjahr nicht weniger als 17,5 Mill. M. neu in die Anlagen hineingesteckt wurden, auf die eine Abschreibung von 8,0 gegen 7,0 Mill. M. erfolgte. Außerdem konnte die Gesellschaft ihre Beteiligungen in der Maschinen- und Kalkindustrie mit rund 21 Millionen verdoppeln. Da die Erhöhung der Anlage- und Beteiligungsrate insgesamt 27,5 Mill. M. beträgt, die ohne Inanspruchnahme fremder Mittel erfolgte, läßt sich somit annähernd übersehen, welche ungeheuren Summen bei der Schwerindustrie von den Betriebsgewinnen abfließen. Hiermit und mit der Erhöhung der Beteiligungen von 20,0 auf 27,0 Millionen steht die scharfe Senkung der Forderung und Bankguthaben von 46,0 auf 30,0 Mill. M. in Einklang, während die Schulden sich von 34,0 auf 41,0 Mill. M. erhöhten.

Die Glanzabschlüsse von Hoehf-Rdn-Neuessen und Rüdner sind nicht als Einzelergebnisse anzusehen, sondern sie sind typisch für die schwerindustrielle Konjunktur. Wenn daher die Ruhrkohlenarbeiter jetzt mit Forderungen an die Gewerkschaften herantreten, um ihre Löhne der wachsenden Teuerung anzupassen, so ist dies in volstem Maße gerechtfertigt. Wenn demgegenüber die Gewerkschaften den Antrag der Arbeitgeber nicht nur schroff ablehnen, sondern darüber hinaus noch mit Drohungen drohen, so stellt dieses Vorgehen der Unternehmer eine Herausforderung nicht nur der Bergleute, sondern der ganzen Öffentlichkeit dar.

Der Ruhrmontantruff meldet Selbstkostenenkung.

In einer Aufsichtsratsitzung der Vereinigten Stahlwerke A.-G. wurde über die in dem am 30. September schließenden Geschäftsjahr durchgeführte Rationalisierung berichtet. Es ist von erheblicher Bedeutung, aus dieser Sitzung zu hören, daß sehr wesentliche Verbesserungen in den Selbstkosten im vergangenen Jahre erzielt wurden. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß man diese Feststellung, die die Herren des Ruhrtruffs aus naheliegenden Gründen sicher nicht gern vor der deutschen Öffentlichkeit machen, als an die Adresse der Auslandsagitateure gerichtet ansehen darf. Das wäre nämlich dann von Bedeutung, wenn die Vereinigte Stahlwerke A.-G. eine weniger günstige Bilanz herausbringen würde, als sie bei den Aufsenfern des Ruhrtruffs bisher zu verzeichnen war. Gezielte Selbstkosten- und die Bombenkonjunktur des Jahres 1926/27 müßten an sich auch für den Ruhrmontantruff große Gewinne bedeuten. Aber wir haben schon oft darauf hingewiesen und seine Generaldirektoren sagen das vertraulich selbst -, daß der Ruhrmontantruff um etwa eine Viertelmilliarde überkapitalisiert ist. Das werden auch die Belegkosten zu beachten haben, wenn der Ruhrmontantruff mit seinem bald zu erwartenden Geschäftsabschluss miesmachen möchte.

Der Kursstand der deutschen Aktien. Der Kurswert der an der Berliner Börse gehandelten deutschen Aktien betrug nach einer von einer Großbank veröffentlichten Zusammenstellung am 10. Oktober d. J. 164,9 Proz. des Aktienkapitals und hat somit gegenüber Ende September (164,8 Proz.) nur eine geringfügige Veränderung erfahren. Gegenüber dem Ultimo der vorhergehenden Monate hingegen hat sich der Kurswert verringert. Er betrug Ultimo Juni 172 Proz., Ultimo Juli 171,2 Proz. und Ultimo August 172,4 Proz. Bei einem nominalen Kapital sämtlicher Aktien in Höhe von 10,56 Milliarden stellte sich der Kurswert des Aktienkapitals am 10. Oktober auf 16,98 Milliarden Mark.

Kapitalerhöhungen für Fusionen. Wir haben kürzlich die Verschmelzung der holländischen Bergwerke A.-G. mit der Sachtleben A.-G. gemeldet. Die Sachtleben A.-G. will dazu ihr Kapital von 12,0 auf 15,0 Millionen erhöhen. Diese Kapitalerhöhung geht weit über die für die Fusion benötigten Gelder hinaus. Da 2,5 Millionen zunächst zur Verfügung des Aufsichtsrats bleiben, ist wohl mit weiteren Ausdehnungen der Sachtleben A.-G. zu rechnen. - Auch die Maschinenfabrik Baum A.-G. in Herne, die einen Zusammenschluß in der Bergwerksmaschinenindustrie betreibt, wird nach Abschluß des Fusionsvertrages mit der Gewerkschaft Schächtermann u. Kremer in Dortmund ihr Kapital um 4,2 auf 6,6 Mill. M. erhöhen. Diese bedeutende Erhöhung ist notwendig, da die Gewerkschaft Schächtermann u. Kremer gegen Einbringen ihres gesamten Vermögens 4,2 Mill. M. Aktien der Maschinenfabrik Baum erhält.

Englische und deutsche Elektrizitätsindustrie. Wir haben kürzlich eine Ankündigung des englischen „Coening Standard“ gebracht, wonach auf eine internationale Kartellierung der Elektrizitätsindustrie hingearbeitet wird. Die beteiligten Länderindustrien werden darüber natürlich nichts verlausen lassen, bevor die Sache perakt ist. Die Wahrscheinlichkeit der Verhandlungen wird aber dadurch unterstrichen, daß die vierte Jahresübersicht des Verbandes der britischen Elektrizitätsindustrie sich ausführlich über die hohe Leistungsfähigkeit der englischen Elektrizitätskonzerne und deren Ueberlegenheit auf einzelnen Gebieten gegenüber der deutschen Elektrizitätsindustrie verbreitet. So wird behauptet, daß die britische Industrie als Ganzes, soweit die Verwaltung in Betracht komme, weit wirksamer organisiert sei. Außerdem sei der Gesamttrag der englischen Elektrizitätsindustrie seit dem Jahre 1925 im Verhältnis starker gestiegen als der der deutschen Elektrizitätsindustrie. Diese Feststellungen brauchen nicht richtig zu sein. Daß sie aber jetzt gemacht werden, kann durchaus als Verweis dienen, daß die Nachricht über die beabsichtigte Gründung eines internationalen Elektromaschinenkartells richtig ist, weil um die Verteilung der Absatzgebiete ein scharfer Kampf geführt werden müßte.

Eine Million Arbeitslose, 3 1/2 Millionen Kurzarbeiter in Amerika. Anlässlich einer Tagung des Retail Trades Department der American Federation of Labor in Los Angeles hat der Sekretär der Federation erklärt, daß es in USA zurzeit mehr als eine Million Arbeitslose gibt; weitere 3 1/2 Millionen Amerikaner arbeiten verkürzt. Diese Tatsache werde ein etwas anderes Licht auf die viel besprochene Prosperität Amerikas.

Im einzelnen ist bei der Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren beachtlich die Abnahme der Textilrohstoffeinfuhr mit 5,4 Millionen, ferner der Rückgang der Einfuhr von Eisenerzen und Blei. Die Einfuhr von Fertigwaren ist um 8,2 Millionen angewachsen; Textilfertigwaren wurden um 5,9 Millionen mehr eingeführt. Die Mehreinfuhr von Lebensmitteln und die Abnahme der Rohstoffeinfuhr werden durch die Zunahme der Lebensmittelzufuhr und die Abnahme der Rohstoffzufuhr ziemlich ausgeglichen. Die ganze Verbesserung der Handelsbilanz liegt bei der Ausfuhr von Fertigwaren, die sich um 64,5 Millionen erhöht hat. An dieser Erhöhung sind am stärksten beteiligt Maschinen mit 21,6 Millionen Mark. Die vermehrte Fertigwarenausfuhr entspricht im ganzen der Bewegung, die man aus den gleichen Monaten früherer Jahre kennt, doch ist die Erhöhung im September als recht beträchtlich zu bezeichnen.

Leichte Einfuhrsteigerung bei relativ starker Ausweitung der Ausfuhr kann für die Konjunkturerwartung etwas bedeuten. Wenn man beachtet, daß die Einfuhr von Eisenerzen, Kupfer, Wolle und Garnen nicht unerheblich zurückgegangen ist, Maschinenteile, Eisenwaren, Textil- und Werkzeugmaschinen, sonstige Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse eine recht erhebliche Ausfuhrsteigerung erfahren haben, so könnte daraus geschlossen werden, daß die Kaufkraftfähigkeit des Inlandsmarktes relativ zurückgegangen ist. Dagegen spricht aber, daß die Einfuhr von Fertigwaren aus dem Ausland ihre Aufwärtsentwicklung im ganzen fortgesetzt hat. Es ist deshalb schwer, aus der Entwicklung des Außenhandels im September zutreffende Schlüsse auf ihre Bedeutung für die Konjunktur zu ziehen.

Die nächste Sitzung der Beratungskommission soll, wie gemeldet wird, erst in der nächsten Woche stattfinden. Dabei dürften auch die neuen Richtlinien, die von den Vätern mit den Vertretern der Reichsbank und des Reichswirtschaftsministeriums in den letzten zwei Tagen beraten wurden, ihre erste Anwendung finden. Es sollen wesentliche Änderungen beschlossen worden sein, doch sind darüber noch keine Einzelheiten bekannt.

Die Berliner Beamtenebefoldung.

Man schreibt uns: Den städtischen Beamten und Angestellten ist mit Rücksicht auf die in Reich und Staat schwebende Befoldungsneuregelung für die Monate September und Oktober ein Zuschuß zum Gehalt gezahlt worden.

Diese Regelung hebt die durch die Teuerung hervorgerufene Verschlechterung der Befoldung nicht auf, sie lindert die Not aber wenigstens da, wo sie am größten ist.

Die Hoffnung der Berliner Beamten und Angestellten, diesen Zuschuß bis zur endgültigen Regelung ihrer Bezüge zu erhalten, wird durch eine Magistratsvorlage an die Stadtverordnetenversammlung stark in Frage gestellt.

Table with 3 columns: Befoldungsgruppe, Bezahlrate 25 Mk., Restige 20 Mk.

Die nichtplanmäßigen Beamten aller Gruppen erhalten ohne Unterschied 20 Mk.

Die Herabsetzung des Vorschusses an die nichtplanmäßigen Beamten ohne Unterschied auf Familienstand und Gruppe ist eine Härte ohne Gleichen.

Tariffreit mit den Berliner Schilderfabrikanten.

Die Berliner Schilderfabrikanten und Helfer haben vor einiger Zeit dem Verein Berliner Schilderfabrikanten Forderungen zum Abschluß eines Lohn- und Mantelvertrages überreicht.

Der Deutsche Lehrerbund und die Bahnkommission haben nun in dieser Angelegenheit zu morgen Freitag, abends 7 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses eine außerordentliche Branchenversammlung einberufen.

Berliner Gewerkschaftsschule.

Heute beginnen folgende Kurse der Berliner Gewerkschaftsschule: Im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz, S. 3: „Mensch und Wirtschaft.“

Im Sophien-Angeum, Weinmeisterstraße 16/17, C. 10: „Arbeitsrechtliche Gruppe für Anfänger.“

Im Unterelzstrahm der Gewerkschaftsschule, Engelufer 24/25, 2. Hof, I Tr. r., S. 2: „Nationalökonomisches Seminar.“

Metallarbeiterstreik in Gütersloh.

Wegen Lohnhöhen und Regelung der Arbeitszeit sind am Mittwochabend nach Feierabend die Metallarbeiter der Betriebe Breda-Werke, H. Spreen u. Co. und Drahtseilwerk Wolf in den Streik getreten.

Es ist noch nicht zu übersehen, ob der Kampf Weiterungen nach sich zieht. Wir erlauben alle Verwaltungen und Organisationen, den Zugang von Metallarbeitern nach Gütersloh fernzuhalten.

Die dänischen Gewerkschaften danken für Moskau.

Zur Teilnahme am 10jährigen Jubiläum der sowjetrussischen Herrschaft, das am 7. November gefeiert wird, erhielt der Dänische Gewerkschaftsbund von den russischen Gewerkschaften eine Einladung.

Der polnische Bankeinsturz.

Der gestrige Protest fast sämtlicher polnischen Bankangestellten gegen die Behandlung der Streikenden in der Bank Dyskontow wurde vollständig durchgeführt.

Eine Milliarde Mehrausgaben?

Kostenberechnung des Reudell-Entwurfs. — Anfrage im Reichstag. — Reudell bleibt stumm.

Der Reichstag nahm gestern zunächst ohne Aussprache in allen drei Lesungen den Gesetzentwurf über den deutsch-französischen Rechtsverkehr, den deutsch-japanischen Handels- und Schiffsvertrag, die Vereinbarung über norwegische Fischkonferenzen und des deutsch-polnische Abkommen über den Warthe-Grenzverkehr an.

Hierauf wird die erste Beratung des Reichsschulgesetzes fortgesetzt.

Abg. Schulze-Frankfurt (Dnat.): Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion hat gestern eine Darstellung der sozialistischen Weltanschauung gegeben.

Jedem das Seine und nicht etwa jedem das Gleiche.

wie es die Gegner fordern. Erziehungsschulen, nicht Lernschulen muß man schaffen. Erziehungsschulen müssen aber auf einer gemeinsamen Weltanschauung fundamntiert sein.

Die Kostenfrage.

Abg. Dr. Fischer-Röln (Dem.) begründet eine demokratische Interpellation über die Kostenfrage. Die bisher der Öffentlichkeit bekannt gemachten Einzelrechnungen gäben ein erschreckendes Bild.

einen Gesamtaufwand von 1112 Millionen Mark,

wobei die Kosten für Schulaufsicht, Lehrerausbildung usw. noch nicht einbezogen seien.

im Reichsdurchschnitt eine 46- bis 50prozentige Vermehrung der Schulkosten

zu befürchten habe. Der Redner erklärt, daß er nirgends Deckungsmöglichkeiten für die Vorlage sehe.

Abg. Schreiber (Z.) bezeichnet als Kernproblem der Debatte die Frage, wie in Deutschland eine das gesamte Volk umfassende Bildungseinheit geschaffen werden könne.

Die Oberbehörde des Staates über das Schulwesen stehe im Widerspruch zu der Entwicklung, die die Staatsidee genommen habe. In der ausmätigen Politik sei die Idee des Wohlfahrtsstaates verlassen worden.

Abg. Schneller (Komm.) bezeichnet das sogenannte Elternrecht als das Recht der katholischen Kirche, deren Diktat sich die katholischen Eltern fügen müßten.

Die Restauration des Zentralrohls „Schweinefleischhof“, Inhaber Wollenberg, ist wegen Nichterhaltung des Tarifvertrages geschlossen.

Im Berliner Möbelhandel wurde am Montag eine Einigung erzielt. Das Verhandlungsergebnis, das einen vollen Erfolg für die Streikenden brachte, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Werbung, G.D.-Genossen des Bezirksamts Tempelhof heute 19 Uhr im Lokal von Koch, Rastdorf, Chaussee 27, wichtige Versammlung aller G.D.-Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin, heute, Freitag, 19 1/2 Uhr, laden die Gruppen Hermannplatz, Gruppenheim Jugendheim Sanderstr. 11, etc

Reichsminister des Innern v. Reudell

beantwortet hierauf die demokratische Interpellation. Die Kosten hängen ab nicht nur von der Gestaltung der Vorlage selbst, sondern auch von den Ausführungsgelegenheiten der Länder.

Abg. Rabe (Nat.-Soz.) verlangt vom Zentrum, es solle entweder in Preußen die Koalition mit den Sozialdemokraten eingehen oder auch im Reich auf die Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien verzichten.

Abg. Alpers (Wirtsch. Bgg.) wünscht volle Gleichberechtigung der Bekenntnis-, Gemeinschafts- und weltlichen Schule.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Z.) bezeichnet das Vorbild als das beste Erziehungsmittel. Es könne aber nur dort wirken, wo die Religion einseitig sei.

In den Simultanländern komme der Wille der Eltern nicht zur Geltung.

Die gewaltige Mehrheit der Katholiken, auch die, die nicht dem Zentrum angehören, habe sich für die Bekenntnisschule entschieden.

Abg. Rönneburg (Dem.) erinnert daran, wie schlecht die Bekehrten an den einflüssigen Schulen, die die Parteien der Rechten heute wieder so rühmen, von ihnen bisher behandelt worden sind.

Von dem sogenannten humanen Unterricht gehe ein viel stärkerer erzieherischer und sittlicher Einfluß aus als vom Religionsunterricht.

Ein Schulgesetz auf dem Rücken der Lehrerschaft dürfe niemals gemacht werden. Man dürfe auch nicht glauben, daß sich die Lehrer kommandieren lassen.

Ueberweisung an den Bildungsausschuß.

Damit ist die erste Lesung beendet. Der Reichsschulgesetzentwurf wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten dem Reichsbildungsausschuß des Reichstags überwiesen.

Um 17 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 18 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Befoldungsreform sowie einige kleinere Vorlagen.

Der Bildungsausschuß des Reichstages, der nun das Schulgesetz berät, hat folgende Zusammensetzung: Von der sozialdemokratischen Fraktion die Abgg. Frau Agnes, Crispian, Dietrich (Thüringen), Fleißner, Dr. Löwenstein, Frau Pfaff, Schred und Seydewitz;

Schneeweis, Gruppenheim Jugendheim Kaulener Str. 2 (Peter Sadi); Sonntag: Die Jugendbewegung, im Verein und Werden; - Werbung: Gruppenheim Stadtteil Wedding, Gerickestr. 60; Jugendbewegung (Baden ohne Ende); - Werbung: Gruppenheim Jugendheim Gieselerstr. 19, Zimmer 12; Volkshilfsmittelladen haben Verbindung.

Jugendgruppe des DAV, heute, Freitag, 19 1/2 Uhr, finden folgende Besprechungen statt: Bezirk Südost: Jugendheim Gieselerstr. 12, Vortrag: „Die soziale Stellung der Frau“ (Kern); - Bezirk Südwest: Jugendheim West-Williams-Str. 7/10, Übung in kurzen Redaktionen.

Advertisement for Grünfeld, featuring a logo with 'RV' and 'BERLIN' and the text 'Grünfeld ist fahrend, billig und guil'.

Large advertisement for Chlorodont toothpaste, celebrating 20 years and listing various products and prices.

Das ist unsere Ware:



Kammgarn-Anzug
in schönen mod. Mustern, kariert und gestreift, gute Passform u. Verarbeitung.
Wochenrate 4.- **62⁰⁰**

Herren - Ulster
Fischgrätenmuster, mittel-schwere Qualität, mit Absatte.
Wochenrate 2.- **38⁰⁰**

Herren - Ulster
modernes Überkaro, schwere Qualität, mit angewebtem Fütter.
Wochenrate 2.- **48⁰⁰**

Herren - Ulster
marino, moderne Form, mit Absatte, gute Passform.
Wochenrate 3.50 **59⁰⁰**

Gehrock - Paletot
auf Salmella gefüttert, in Passform.
Wochenrate 3.50 **62⁰⁰**



Velour-Mantel
Kragen und unterbrun mit modernem Plüschbesatz, in neuen Farben.
Wochenrate 1.00 **22⁵⁰**

Velour-de-laine-Mantel
sehr feuchte, mod. Form, reich mit gepreß. Plüsch besetzt, in marine u. schwarz.
Wochenrate 2.00 **33⁰⁰**

Ottoman - Mantel
mod. Winkelform, Bündelkrag, Aermelanstriche, Handblende aus Plüsch.
Wochenrate 2.50 **45⁰⁰**

Ottoman - Mantel
halb auf Damast gefüllt, die vielgehörte Form, reich mit Wolplüsch besetzt.
Wochenrate 3.00 **54⁰⁰**

Sealplüsch-Mantel
gute Uelchwarze Qualität, ganz auf elegantem Damast gefüllt.
Wochenrate 4.00 **65⁰⁰**

Apart. Wollkleid
in großem Farbensortiment, Plüschrock und elegante Bandersmitur.
Wochenrate 1.- **18⁵⁰**

Ripskleid
in Crêpe-de-Chine-Weste u. Krag, aparte Stickeret, Das mod. Kleid für den Winter.
Wochenrate 1.50 **25⁰⁰**

Fesches Tanzkleid
aus gutem Crêpe-de-Chine m. Spitze-bordüre in schönen Ballfarben.
Wochenrate 2.- **28⁰⁰**

BEACHTEN SIE BESONDERS:
Neu aufgenommen Schuhe
FÜR DAMEN, HERREN u. KINDER,
sowie
Teppiche - Gardinen - Decken!
Die Abteilungen
Wollwaren, Strickwaren, Trikotagen, Oberhemden, Baumwollwaren, Bett-, Leib- und Tischwäsche
ganz wesentlich vergrößert

Treue:

Teilzahlung
in Raten
ohne Preisaufschlag

Das sind unsere

KAUFHAUS
Modern
IM OSTEN:
Große Frankfurter Str. 101
(Am Straußberger Pl.)
IM SÜDEN:
Kottbuserdamm 72,
Ecke Lenaustr. Nähe Hermannpl.

Die erste Sünde.

Von Ignat Herrmann.

Wahrhaftig, ich vermog mich nicht mehr auf das genaue Jahr zu entsinnen, wann ich sie verübt habe, indes, obgleich seit jenem Tage einige Jahrzehnte verfloßen sind, erinnere ich mich aller Details, die meiner sorgfältigen Vorangängen, sie begleiteten und ihr nachfolgten. Ich erinnere mich ihrer, obgleich später ganz andere, verheerende Gewitter über mein Haupt niedergingen, obgleich ich mein ganzes weiteres Leben hindurch mich um ein Stück Raum in der Welt gerauscht und mit der Welt ums Brot des Daseins gerungen habe.

Ich erinnere mich — ja, ich erinnere mich sehr wohl. Ich blühte auf das alte Bild, das Antlitz des Vaters, und ich erinnere mich, wie arg es damals war. Selbstredend, wie arg es damals wirklich war, konnte ich erst später, viel später beurteilen, als ich zu Bestand kam und ein einigermaßen eigenes Urteil erlangte. Aber in dem sorglosen, knabenhaften Gemüte erwachte schon damals die Ahnung, daß es nicht so wäre, wie es sein sollte, und ich erinnere mich manchmal einer Begebenheit, welche plötzlich wie ein Blitz in mir die ganze düstere Situation erhelle und gleichzeitig in mir zum ersten Male die Stimme des Gewissens wahrrief.

Schlimm war's also damals. Ich prüfe nicht, wo der Grund lag, wer die Schuld an dieser Not trug — obgleich ich vielleicht zu einem richtigen Urteil gelangen könnte. Aber es ist nicht meine Sache, zu urteilen und zu verurteilen. Wer den Fehler beging, hat bitter dafür gebüßt. Dafür, daß mit ihm auch andere büßten, büßte er doppelt. Sicher aber ist's, daß nicht einmal jeder meiner Schritte torrett war.

Ich begreife es kaum, wenn ich so bei meinem Seher zu sitzen pflege und ein Stück Schinken oder eine andere Schmorte verzehre, wie es damals so schlimm sein konnte. Wieviel Fettware ist hier auf all den Schüsseln und Brettern angehäuft, wieviel hängt davon auf den Haken und eisernen Angeln, wieviel Fett fließt auf den Boden der Schüssel, das man dann in den Topf mit dem „dunklen Fett“ unter das Pult gießt, wieviele Menschen wechseln einander in der Weise ab, während ich bei der Marmorplatte in der Ecke des Ladens sitze, und jeder von ihnen trägt ein Stück warmen, verlockenden Fleisches nach Hause, für sich und seine Familie.

Ich esse und esse wieder — nur damit ich esse, und dabei erinnere ich mich, wie ich damals gekostet hätte — damals, als es dies nicht gab. Nach jenen mißlungenen Versuchen des Vaters, auf einem Kasten Boden festen Fuß zu fassen, nach jenen Jagdfahrten nach dem Glücke (Herrmanns Vater versuchte erfolglos sein Glück in Amerika), als er mit den Trümmern der alten, zerbrochenen Möbel in sein Heimatsnest zurückkehrte, das jetzt so kalt und wie die ist — nach all diesem war ein Stück Fleisch bei uns eine seltene, übersehtene Erscheinung. Ich sehe im Geiste jene traurigen Stuben vor mir, die wir durchwanderten; auf der Suche nach einer immer billigeren und billigeren Wohnung, und es kommt mir vor, als ob ich beständig dieses Gespenst gewahren würde, das zu unseren Fenstern hereinblähte, ob sie nun offen oder geschlossen waren. Als ob ich es sehen würde, dieses gelbe Haupt, fast nur ein kahler Schädel ohne Fleisch, ohne Haut, ohne Bodentuschen, mit ausgereifter Nase, mit klappenden Zähnen, aus denen ein scharfer, pfeifender Laut hervorbrang, mit abstehenden Nadelhaarschnecken, schmutzigen, verklebten Haaren am Vorderhaupte, mit merkwürdigen kleinen Beulen und Rippen auf der Stirne. Die Not war es. Und diese Not sang beständig ihr frostiges Lied zu unseren Fenstern herein.

Es pflegte ein einfacher Speisezettel zu sein, nach welchem diese Not kochte. Manchmal ganze Wochen hindurch einen blauefarbigen, schütterten, wässerigen Kaffee zum Frühstück, einen Topf derselben Flüssigkeit zum Mittagstische, wovon die Hälfte dann zum Nachtmahl aufgehoben wurde. Wenigstens war es etwas Warmes.

Ich weiß, daß ich klecksig und blutarm bin — einige Kerle haben es mir gesagt. Vielleicht stammt es aus jener Zeit. Von diesem schmerzhaften, ins Violette spielenden Kaffee wurde das Blut schlecht. Aber alles in allem, ging es uns wohl, wenn zum Kaffee nur genügend Brot vorhanden war, wenn es nur manchmal genug Quark aufs Brot gab, und wenn es ein andermal nur genügend heiße Kartoffel hatte. Auch Fett gab es mitunter zu diesen Kartoffeln, manchmal zum Brot auch Speckwürsten, und endlich, zum Herbst, sogar eine Gans. Aber nach solchen seltenen Festessen folgte wieder der graublau Ra-mortkaffee.

Die kleinen Kinder empfanden diesen Mangel nicht, wir waren in ihm geboren worden. Aber die älteren Geschwister und die Eltern fühlten ihn, denn einmal war es ihnen besser gegangen.

Ich weiß nur soviel, daß ich beständig Hunger hatte. Niemand konnte ich das Sattgefühl. Oder nur sehr selten. Und wenn ich nach der Schule auf dem Hofe oder vor dem Hause herumtollte, und dann bei zunehmender Dämmerung auf die Gasse lief, in der sich ein Sechserladen befand, dann blühte ich voller Begierde auf die ungeheure Schüssel hinter dem Schaufensterkase, auf welcher ein ganzer Berg Knackwürste, frisch aus der Sechskommer, ausgehäuft lag, aus denen es noch frisch dampfte, und ich verschlang sie mit meinen Augen, mit den Nasenflügeln hing ich den duftenden Dampf auf, der auf die Gasse hinausbrang, sobald jemand hineinging oder heraustram, ich sah den Mädchen zu, die ganze Stücke Sechsfleisches in die Körbe legten, ich sah Soldaten, welche sich Knackwürste kauften und schon unterwegs in sie hineinbissen, so daß ihnen das Fett bei den Mundwinkeln nur so herunterran, und ich dachte bei mir: Haben diese Soldaten aber Geld.

Ach, fünf Kreuzer besitzen! Was wäre das doch für ein Reichtum! Und sich an diesen Knackern anessen können! Oder an Krennwürsteln!

Damals mußte ich noch nicht, was ein Ideal ist. Aber wenn ich es gewußt hätte, würde ich geantwortet haben: drei Paar Würstel!

Denn es geschah mitunter, daß irgendein Bekannter kam, ein Freund oder Verwandter, aus einer benachbarten Stadt, manchmal aus Prag, um uns zu besuchen, der dann nachmahlen wollte — (wohl eher, um uns Arme zu bewirten) — und der dann uns um Würstel fandte. Ein fertiges Abendessen, ohne lange Vorbereitung, ohne Feuer, und ein gutes Essen. In einem solchen Falle bekam ich und mein Bruder je ein halbes Würstel. Was war das für ein Feiertag für uns! Aber wie eine Fliege für einen Höllenhund, so war's ungefähr. Und ich rechne aus, daß ich mich nur mit Dreien sattessen könnte — von dort stammte mein bescheidenes Ideal.

Ich hatte wohl manchmal auch Geld, aber selten, sehr selten. Dies pflegte der Fall zu sein, wenn irgendein besonders freigebiger Verwandter bei uns zu Besuch eintraf. Wir hatten zwar genug wirkliche Onkel und Tanten, ebenso angeschwärgerte Onkel und Tanten, aber selten nur hatte einer von ihnen den Einfall, uns hungrigen Kindern ein Sechserl in die Hand zu drücken. Ja, dorthin, wo sie im Wohlstand waren, dorthin pflegten sie Geschenke zu tragen. Aber uns Armen wichen die meisten aus.

Tropdem gab es unter den Onkeln zwei, die auch für uns ein herzliches Wort fanden und die den bloßhüftigen zwei Zaugenichtsen — nämlich mir und meinem kleineren Bruder — je ein Sechserl, manchmal sogar je einen Bierkegel in die Hand drückten.

Die Streikwurst.

Eine Draufsichtengrube spendiert ihren Streikbrechern täglich eine Wurst.



Die Wurst als Antreibemittel — wer fällt auf diesen Trick herein!?

Aber dieses Geld durfte nicht in unserem Besitze bleiben. Ich sehe noch heute die sorgenvolle Mutter vor mir, wie sie zu fragen pflegte:

„Hat dir der Onkel etwas gegeben?“

Ich öffnete die Hand, zeigte das Sechserl, die Mutter nahm es und sagte:

„Zieh her, ich werd' dir's aufheben!“

Halb willig, halb auch nicht, gab ich ihr das Geld. Es fiel mir ein: Was hab' ich denn davon, wenn es aufgehoben wird? Lieber möchte ich mir etwas dafür kaufen. Und wozu wird's denn aufgehoben? Und wann werd' ich's denn wiederbekommen? Und zu welchem Zwecke werd' ich's dann bekommen?

Ich glaubte es, daß es aufgehoben werden würde, obgleich dies nicht der Fall war. Dieser geschenkte Groschen war oftmals das einzige Geld in unserer Hauslichkeit und die ganze Familie pflegte dafür ein Nachtmahl zu haben.

Und eines schönen Tages kam wieder einmal der Prager Onkel. Es war schon gegen den Herbst zu, aber ich war noch bloßhüftig. Schuhe trug ich bloß in die Schule, dann mußten sie herunter. Auf dem Exerzierplatz und in den Gassen genügten meine eigenen, natürlichen Sohlenleder.

Ich tollte mich gerade in einer engen Gasse an der Spitze meiner Kompanie herum — eines Hausens bloßhüftiger Bassenjungen wie ich —, als plötzlich mein Onkel auf der Bildfläche auftauchte. Gern hätte ich mich vor ihm versteckt, aber schon hatte er mich entdeckt.

„Ignaz!“

Ich trat näher und küßte ihm die Hand. Dabei trat ich mit einem Fuß auf den andern, damit er nicht sähe, daß ich barfuß war, ich dachte in meiner Dummheit, daß er dies nicht bemerkte.

„Ist dir nicht kalt?“

„Nein!“

„Da hast du ...“ und ich spürte ein hartes Gedröse, ein Sechserl, in meiner Hand.

„Sag' der Mama, daß ich euch besuchen werde.“

Wieder küßte ich dem Onkel verschämt die Hand und schon hatte ich keine Lust mehr zum Herumtollen mit den anderen. Das Sechserl machte mich zerstreut.

Mittags richtete ich der Mutter die Botschaft des Oheims aus. Aber des Geschenkes rühmte ich mich nicht. Zum erstenmal erwachte in mir etwas, was ich später als Egoismus begriff. Das Sechserl hatte ich im tiefsten Winkel des zerrissenen Rodfutters meines Rodelchens versteckt. Ich bangte vor der Frage der Mutter: Hat dir der Onkel etwas gegeben? Denn in diesem Falle hätte ich nicht standgehalten. Aber die Frage wurde nicht gestellt.

(Schluß folgt.)

Die Kunst des Heizens.

Von Richard Gernershausen.

Heizen ist doch keine Kunst! wird so mancher sagen, der sich's in diesen spätherbstlichen, schon recht unfreundlichen Tagen, am gut durchwärmten Ofen zum erstenmal wieder wohl sein läßt, nachdem es während der Uebergangszeit in den noch nicht abgeheizten und angestrichelten Ofen bei kaltem Luft behüllten Räumen eigenlich recht unfreundlich war. Freilich ist das Heizen keine Kunst für den, der's kann; aber so einfach und selbstverständlich uns diese Tätigkeit auch vorkommen mag, auch sie will verstanden sein. Es gehört sogar zur Kunst des Heizens auch einige Gelehrsamkeit; denn wie längst alle Einzelheiten des täglichen Lebens wissenschaftlich erforscht sind, so gibt es auch eine Heiztechnik auf streng wissenschaftlicher Grundlage, deren Lehren nur im Kleinbetrieb des Haushalts nicht so streng beachtet werden, wie in der Industrie, wo Fehler und Mängel auf diesem Gebiet nicht nur schwer den Ruhestoff beeinträchtigen, sondern auch viel Geld kosten.

Doch auch der Privathaushalt jagt ungenutzt das Geld zum Schornstein hinaus, wenn der dienstbare Geist, der die Ofen zu betreiben hat, sein Handwerk nicht versteht. Jedermann weiß, daß es Räume und Wohnungen gibt, in denen es nie richtig warm werden will, wogegen sich andere Wohnungen mit größter Leichtigkeit heizen lassen. Das gilt sowohl für Räume mit eisernen oder Radelöfen, wie für Wohnungen mit Sammelheizung. Der Grund dafür ist oft ganz verschieden. Zunächst spielt die Lage der Räume innerhalb des Hauses eine erhebliche Rolle. Daß Räume im Erdgeschloß, über offenen Loggen oder kalten Loggeräumen schwerer warm werden als andere, die rings umher von gut abgeheizten Zimmern umgeben sind, versteht sich von selbst. Aber es kommt auch vor, daß in sonst leicht heizbaren Wohnungen irgendein einzelnes Zimmer nie recht warm werden will, soviel auch die Hausfrau an Kohlen verachtet. Berücksichtigt in dieser Hinsicht sind besonders die Balken- und Erkerzimmer. Bei Zimmern mit Balken will sich die Bewohnerin das von selbst zu erklären; bei Erkerzimmern hepert es schon mehr mit der Begründung. Hier ist es stets die vorgebaute Erkerfront, die der kalten Außenluft leichter Zutritt gewährt als die Front der übrigen Räume; denn die Erker sind gewöhnlich weit leichter gebaut; die Mauer besteht hier aus weniger Steinen, und da sich die Luft durch eine dünne Mauer rascher nach innen fortplant als durch eine dicke, so ergibt sich das Rüttels Lösung zwanglos bei auch nur einiger Ueberlegung. Selbstverständlich sind auch Räume mit einfachen Fenstern ungleich schwerer zu erwärmen als solche mit Doppelfenstern; denn die zwischen den beiden Fenstern befindliche Luftschicht wirkt wie ein Kissen, das die kalte Luft fernhält. Allen solchen einmal gegebenen Umständen ist bei der Heizung von vornherein Rechnung zu tragen.

Einer der größten Missetaten bei der üblichen Ofenheizung ist der Umstand, daß sich die Wärmequelle, nämlich der Ofen, fast ausnahmslos an der Rückwand des Raumes befindet, wo es abseits am wärmsten ist. Am kältesten ist dagegen stets die Fensterwand, was zur Folge hat, daß es so oft in unteren Räumen „zieht“, obwohl Fenster und Türen verschlossen sind. Diese Zugluft, gegen die gerade wir Deutsche so empfindlich zu sein pflegen, ist lediglich die Folge des durch die Heizung im Zimmer verursachten Luftkreislaufs. Da warme Luft leichter ist als kalte, so steigt sie in der Nähe des Ofens, also an der Zimmerrückwand, nach oben, breitet sich dort aus und sinkt an der Fensterfront, wo sie sich wieder abkühlt, hinab, vermischt mit der durch die Ritzen des Fensterrahmens nach außen unmittelbar eindringenden Kälte, die sich in den bodennahen Schichten des Zimmers wieder bis in die Nähe des Ofens ausbreitet, um an diesem erneut nach oben zu steigen. Erst wenn der Raum gründlich erwärmt ist, verschwindet dieser Uebelstand, denn es in Wohnungen mit Zentralheizung nur höchst selten gibt, weil in solchen die Heizkörper vernünftigerweise unter den Fenstern, also an der kältesten Seite des Raumes, angebracht sind. Die Sammelheizung hat namentlich vor den großen, in Nord- und Ostdeutschland meist üblichen Radelöfen den Vorteil voraus, daß sich die Heizkörper mit ihrem oberen Rand meist nicht mehr als 75 Zentimeter über dem Fußboden befinden, wogegen die warmen Flächen der Radelöfen fast bis zur Decke reichen, besonders bei den Ofen in älteren Häusern. Dadurch werden die Luftschichten in der Höhe weit stärker erwärmt als die nahe am Boden lagernden, und empfindliche Personen klagten in solchen Räumen dann über einen heißen Kopf und kalte Füße. Auch die von den Heizkörpern der Sammelheizung ausstrahlende Wärme steigt selbstverständlich nach oben; aber sie bildet, indem sie zunächst an den Fenstern aufsteigt, gewissermaßen einen unsichtbaren warmen Vorhang zwischen den Fenstern ausstrahlenden Kälte, die sich überdies sofort erwärmt, und der innerhalb des Raumes befindlichen Luftschicht.

Eines der wichtigsten Kapitel beim Heizen ist das richtige Anfeuern. Die dabei so oft geübte fausche Spararbeit im Gebrauch leichtem Anfeuerholzes ist in Wahrheit die größte Verschwendung. Denn wenn die Kohlen, seien es nun Steinkohlen oder Bricketts, nicht rasch zu hellglühender Glut angezündet werden und statt dessen nur glimmen und unter großer Entwicklung von Rauch nur schwachen, so geht ihre Heizkraft fast völlig verloren. Damit das Ofenfeuer rasch in Glut gerät, muß unter den Kohlen auf einer lockeren Papier- oder Strohunterlage das leichte Brennholz so aufgeschichtet werden, daß von unten her genügend Luft an die Kohlen gelangt; denn in der atmosphärischen Luft ist der Sauerstoff enthalten, ohne den es überhaupt keine Verbrennung gibt, und das Hineinblasen ins Feuer, sei es mit Lungkraft, sei es mit einem Blasebalg, ist ja nichts anderes als die verstärkte Zufuhr des zur Verbrennung unerlässlichen Sauerstoffs. Ohne ein klein bißchen Physik geht's also nicht. Wenn Ofen trotzdem nicht ordentlich brennen wollen, so liegt die Ursache gewöhnlich in der unzulänglichen Rauchabfuhr. Der Ofen hat keinen Zug, pflegt dann die Hausfrau zu jagen, und das ist meist dann der Fall, wenn zwischen Ofen und Kamin lange, womöglich wogerecht liegende Ofenrohre eingeschaltet sind, unter Umständen noch mit mehreren Krielen in rechten oder gar spitzen Winkel. Am besten zieht stets der Ofen, dessen Rohr entweder unmittelbar oder senkrecht in den Schornstein führt. Das ist namentlich dann zu bedenken, wenn inmitten großer Räume oder in Zimmern, hinter denen kein Kamin liegt, Fußböden aufgestellt werden sollen. Manchmal verlagert oder beim Anheizen alle Kunst; der Ofen will und will nicht brennen. Das ist besonders oft der Fall bei ruhigem, windstillem Wetter und zumal im Vorfrühling, wenn draußen hell und schon ziemlich warm die Sonne scheint. Es kommt daher, daß durch den bei Hochdruck abfließenden Luftstrom der Kamin in seiner ganzen Länge mit kalter Luft angefüllt ist, die schwer und träge diesen engen Schacht ausfüllt. Man hört dann oft jagen: die Sonne steht auf dem Kamin. In Wahrheit ist die Sonne daran ganz unschuldig; denn ihre Strahlen fallen in unseren Breiten überhaupt niemals tiefer als ein paar Zentimeter in den Kamin ein, können die darin stagnierende Kälteflut demnach auch nicht erwärmen. Wohl ist aber die den oberen Rand des Kamins umgebende Luft durch Rückstrahlung vom Dach oft schon stark erwärmt, so daß zwischen der Luft im Kamin und der Außenluft leicht Temperaturdifferenzen von 10 bis 20 Grad Celsius herrschen können. Um diese träge und schwere Kälteflut zu erwärmen und damit zum Aufstieg zu bringen, entfacht man am besten zunächst gleichzeitig in mehreren, an den Kamin angeschlossenen Ofen ein kräftiges Flackerfeuer aus Papier, Stroh und leichtem Holz, nährt dieses einige Zeit hindurch durch Nachschub gleichen Brennstoffs und räumt dann, wenn dieses Feuer abgebrannt ist, zunächst die reichliche Papierasche wieder aus, um nunmehr von neuem Feuer zu machen, das dann auch brennen wird; denn das Flackerfeuer hat mittlerweile die kalte Kaminluft angewärmt und so Durckzug geschafft.

Man sieht, es gehört allerlei Wissen und Ueberlegung dazu, um in der kalten Jahreszeit eine warme Stube zu haben, und wenn das Wärmebedürfnis der Menschen auch verschieden ist, so fühlt man sich, besonders bei starker Kälte, auf die Dauer doch in keinem Raum behaglich, der nicht mindestens eine Temperatur von 18 Grad Celsius, bei leichter Kleidung sogar 20 Grad Celsius aufweist.

Der größte Vorhang der Welt verhüllt, wie Londoner Blätter berichten, die Bühne der Liberty Hall bei den beiden Opernvorstellungen, in denen Schallapin singt. In dem Vorhang sind gegen 25 000 Quadratmeter Stoff verarbeitet; er hat ein tieflaues russisches Ornament, das sich von einem hellblauen Fond abhebt; er ist in London besonders für diesen Zweck gearbeitet, feuerfester und schützt die Bühne in stimmungsvoller Weise gegen den Nebenraum ab, in dem das Publikum Platz findet.

Theater Lichtspiele
n.w.

Deutsches Theater
Norden 10334-37
Ende 11 U.

Dorothea Angermann
v. Gerb. Hausmann
Regie: Max Reinhardt

Kammerspiele
Norden 10334-37
8 1/2 U. Ende 10 1/2 U.

Ihr Mann
Lustspiel von Paul Gerlach

Die Komödie
Bismarck 2414/7516
8 1/2 U. Ende 10 1/2 U.
Zum 50. Male:

Zinsen
Komödie
von Bernard Shaw

Piscatorbühne
Theat. u. Hallendorfpark
Kurfürst 2091/93
Heute 9 Uhr:
80. Vorstellung

Roppia, wir leben
von Ernst Toller
Insz. Erwin Piscator

Großes Schauspielhaus
Tägl. 8 U. Ende 11 U.

DER MIKADO
Die neue
CHARLÉ
Inszeniert von
m. t.

Max Pallenberg
als Georg
Bendow
Jankuhn
Secco Szokoll
Werkmeister
Westmeier

Jackson Boys
Sensationelle
Sensationsgirls

Seg. nachm. 3 Uhr
ungelohnte Vorst.
zu halben Preisen
Vorverkauf!
10-9 Uhr

Thalia-Theater
8 Uhr

Der rote Hahn

URAUFFLEHRUNG

DIE E L F TEUFEL

HAUPTROLLEN

EVELYN HOLT
LISSI ARNA
GUSTAV FRÖHLICH
REGIE: ZOLTAN CORDA
CARL BOESE FILM
DER NATIONAL
FILMA-G.



AUENTZIEN PALAST

LUDWIG KLOPPER
VORSTELLUNGEN
6 8 10



Im Luxushotel

wird ebenso wie in allen gediegenen Kreisen - der Pflege des Kaffegetränkes höchste Sorgfalt zugewandt.

Die Gäste schätzen den rassig-edlen Kaffeegeschmack und die einladend goldbraune Farbe. Die Kunst des Küchenchefs versteht den Wert der Kaffeebohne durch

„Weber's Carlsbader“

zu steigern und kräftiger fühlbar zu machen.

Aber nur das echte Carlsbader mit der Krone von Weber, Radebeul, besitzt diese Kraft. Nachahmungen kosten Geld und sind wertlos.



Freitag, 21. 10. 27

Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
Ant. 9 Uhr

Salome

Stadt. Schauspiel.
Am Lustgarten
8 Uhr

Die Wupper

Freitag, 21. 10. 27

Städtische Oper
Bismarckstr.
8.15-10.15 U. ab 7 U.

Maskenball

Stadt. Schillerth.
Charlottenburg
8 Uhr

Fünf von der Jagdhand



KATOT KLEIDUNG

FÜR JEDEN BERUF

Volksbühne
Theater am Blüpplatz

8 Uhr

Kahale u. Liebe

Th. am Schiffsverdan

8 Uhr

George Gandin.

Dazu
Der gemütliche
Kommissär

KOHLEN & TORING

Arbeitskleidung

Eigene Fabrikation - Beste Verarbeitung

Englisch-Leder-Hosen gestreift	11.75, 8.75, 6.50	3.90
Weißer Pilot-Maurerhosen	12.75, 9.75	6.50
Manchesterhosen in allen Farben	15.-, 11.75	8.75
Zwirn- und Stoffhosen sehr haltb., in größt. Auswahl	12.50, 9.50, 7.50, 6.-	4.90
Englisch-Lederjoppen gestreift und weiß für Maurer	16.75, 12.50	8.50
Manchesterjoppen 1 und 2 reihig, warm gefüttert	20.-, 15.-	25.00
Winter-Lodenjoppen dreihlig, haltbare Qualitäten	20.-, 25.-, 18.-	12.75
Arbeitsjoppen waschbar viele Qualitäten, alle Größen	9.-, 7.50, 6.-	3.90
Monteur-Anzüge echt blau, Hautuch, Körper u. Dreil.	10.-, 8.40	5.60
Arbeits-Kittel braun und grau	7.50, 5.90	4.25
Warme Strickwesten kräftige Qualitäten, Gr. 5	7.50, 5.90, 3.90	2.80
Arbeitschürzen, Maurersocken, Pantinen		

KOHLEN & TORING

Alexanderstraße 13 / Rosenfelder Straße 83 / Turmstraße 30a
Brunnenstraße 125 / Laubberger Allee 145 / Boshagener Straße 50 / Winer Straße 11 / Frankfurter Allee 221
Neckstr. 69 / Friedriehshagen, Friedriehstr. 75 / Oberkühnstraße, Wüh-münchstraße 22

8. Komische Oper 8.
Neuartiges
Revue-Stück
Alles Nackt!
(Nach der gleichnamigen
Pariser Revue „Tout nu“
200 Mitwirkende)
Original-Pariser Kostüme
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Vollständige
Vorstellung zu kleinen Preisen
Jeder Erwachsene 1 Kind frei
Parkett 3.50 Mk.
Theaterkasse ununterbr. geöffnet

Trianon-Th.
Tägl. 8 1/2 Uhr

Erika Glässner
in
Frau Präsidentin
Sonntags nachm. 4 U.
Hänsel u. Gretel
Verkaufstisch, Kaportentel

Residenz-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
**Der Leibkutscher des
Friedrichs Rex**
Sonntags u. Sieg. 4 Uhr
Schnepfen
und Rosenrot
Kleine Eintrittspr.
Ab Sonnt. 22. Okt.
8 Uhr:
Gesamtspektakel des
Herrfeld-Theaters

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr
„Filmromanzen“

Th. im Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr
die neue
GALLER-REVUE
„Wann und wo“
2 Sonntag
Vorstellung
3 Uhr u. 8 1/2 Uhr
Kassa, keine Vorverkauf
12 bis 13 Uhr

8. SCALA
Nollendorf 730a

Die Oktober-Varieté-Revue
Sonntags u. Sonntags
je 2 Vorstellungen
3 1/2 u. 8 Uhr - 3 1/2 zu ermäßigten
Preisen das ganze Programm.

Reichshallen-Theater
Anfang 9 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr

Stettiner Sänger
Zum Schluss: Eine Hochzeit
in der Mollerstraße
Nachmittags: Halbe
Preise, volles Programm.

Dönhoff-Brettli:
Varieté, Konzert, Tanz

Reichshallen-Theater
Anfang 9 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr

Stettiner Sänger
Zum Schluss: Eine Hochzeit
in der Mollerstraße
Nachmittags: Halbe
Preise, volles Programm.

Dönhoff-Brettli:
Varieté, Konzert, Tanz

Theater des Westens
8 Uhr:
Gastspiel
Fritz Massary
Eine Frau von Format
Wa. Ha. 8 - 10 U.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Am Radesheimer
Schloß steht eine Linde
Parkett statt 4 Mk.
Sg. auch Sonntags
nur 60 Pf.
Sonntagsnachm. 4 U.
Dornröschen
Parkett von 30 Pf. an

Metropol-Theater
Tägl. 8 1/2 Uhr
der sensation. Erfolg
Die
Tugendprinzessin
Operette v. Zorlig.
Bereits über 200 Auf-
führungen!
Isth. Lini. 1. u. 2. u. 3. u.
Liedw. 1. u. 2. u. 3. u.
K. u. 1. u. 2. u. 3. u.

Rose-Theater
8 1/2 Uhr:
Die Maschinenbauer v. Berlin

Unserm lieb. Genossen-Gepaten
Wilhelm und Minna Schmidt
zur Silbernen Hochzeit
die herzlichsten Glückwünsche.
92 Abteilung Neukölln.

Am Mittwoch dem 18. Okt. 17.30 Uhr.
nachdem ein halbes Jahr schwerer,
mit großer Geduld und Geduld ertragen
gener. Krankheit meine innichthalbige
Frau unsere gute Tochter, Schwester,
Schwägerin und Zwi:
Margarete Wachtel
geb. Richter
im Alter von 41 Jahren.
Im tiefstem Schmerz, zugleich im
Namen der Hinterbliebenen
Bin-Abgeschied. **Karl Wachtel**
Die Beerdigung findet am Freitag,
dem 21. Oktober, 18 Uhr, im Krematorium
Baumfelderweg statt.

Am Dienstag, dem 18. Oktober,
nachdem nach langem schwerem Leiden
meine liebe Mutter, unsere Tochter,
Schwester, Tante, Schwiegermutter,
Großmutter und Schwägerin
Minni Karras
geb. Krüger
im vollendeten 76. Lebensjahre. Dies
bringt ihr Beerdigt an
Im Namen der Hinterbliebenen
Brich Karras
Berlin, den 20. Oktober 1927.
Schöneberg, 11 IV
Beerdigung Sonnabend, 22. Okt.
17 1/2 Uhr, Kremat. Baumfelderweg

Danksagung.
Für die vielen Beweise der Anteilnahme bei dem Beilegen meiner innichthalbigen Frau, unserer lieben Mutter, sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Otto Jänichen
Gertrud u. Otto als Kinder
Berlin, den 18. Oktober 1927.

Bettfedern, Daunen
Direkt aus der Fabrik an Deutsche.
Welche große Kuffelbeden, Pfund von
20 Pf. an. Keine Bettfedern zum
Selbstschleifen, Pfund von 20 Pf. an.
Bettfedernfabrik Schwan
Braunschw. 153
Fabriknebenb. postfrei gratis.

Gewobau
Gemeinnützige Wohnungsbaugesell-
schaft für Berlin und Vororte e. G. m. b. H.
Generalversammlung
den 25. Oktober 1927, abends 6 Uhr,
im Berl. Lehrervereinshaus (Weiß. Saal)

Ein gesunden Schlaf
und damit eine
Kräftigung des
ganzen Nervensystems
erzielen Sie sich durch den
echten
„Baldravin“
Patentmittl. gegen-
über No. 347 624.
Er enthält nicht
Estraktstoffe d.
Baldrian-Wurzel
in kräftiger Lös-
ung gelöst. Alle
Nachahmungen,
die als ebenso gut
angeboten wer-
den, weisen man
entschieden zurück.
Zu haben in
Apotheken und
Drogerien.
Hersteller:
Otto Stumpf & Co.
Chemnitz.

Auch Ihre Lunge kann wieder gesund werden!
Denn was ist das? Berufen Sie sich, Sie Gode, Sie
und nicht, hat sich erfüllt, unsere Gesundheit zu teilen oder
wichtig ist in ihnen. „NIMPHOSAN“ beruht auf
seiner Pflanzenstoffe, lebt an der Quelle der Lungenschwäche-
krankheit. Beruht, die Sie verlohren haben, hat sich der
Leber. Preis der Packung 2. 3.50, Fernbestellung 2. - 50.
Gründlich in allen Apotheken
bestimmt Prinzipal-Vertreter, Berlin N., Wallstraße 26,
Walter Apolke, W 27, Potsdamer Straße 66a, Koyche zum
goldenen Hirs, SW 68, Friedrichstraße-Verkehr, 50 39, Dege
Wepfert, Berlin O., Zeitverleihen: Frau Kuyferte.
Alleinverleihen: Nymphenburger-Platz, München 35, C.



CASINO-THEATER 8 Uhr
Die Paula vom Metropol.
Ausscheiden! Gutschein 1-4 Pers.
Faurell nur 1.10 Mk. Sessel nur 1.50 Mk.

Renaissance-Theater
Steinplatz 901. - Täglich 8 Uhr:
Giovanni und Annabella
(Schade, daß sie eine Muse).

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 8 U. u. Sonntagsnachm. 3 U.

Elite-Sänger
in großer Form in ihrem
Bombenprogramm!
Volkspreise von 50 Pf. bis 2.50 Mk.
Sonntagsnachmittag:
große Familien-Vorstellung
Volles Progr. Kl. Preise v. 40 Pf. b. 1.75 Mk.

Winter Variete Garten
Räucher gestaffelt
Edmonde Guy, Ernest van Ouren
Enoch Licht's Columbia-Orchester

Rauhes Wetter

bringt Husten, Schnupfen, Heiserkeit, Verschleimung. Verlangen Sie dann nicht einfach Hustenbonbons, denn was Sie da bekommen, das wissen Sie nicht, sondern nur

Hustosil

Katarrh-Bonbons. Das sind die richtigen!

Die Hustosil-Katarrh-Bonbons desinfizieren Ihre Mund- und Rachenhöhle und sind deshalb auch ein wirksamer Schutz gegen Ansteckung. Die Hustosil-Katarrh-Bonbons wirken schnell und sicher. Ein Probebeutel kostet 30 Pfg., ein Original-Beutel mit doppeltem Inhalt nur 50 Pfg. In fast jeder Apotheke und Drogerie erhältlich.